Daten der Geschichte der NSDAP

Hans Volz

Vorwort zur 1. Auflage.

Das in übergroßer Fülle erscheinende historische Schrifttum über die Bewegung und ihre Führer läßt vielfach die erforderliche Genauigkeit in den tatsächlichen Angaben vermissen. Daher war es notwendig, die wichtigsten Daten aus der Geschichte der NSDAP (einschließlich der SA, SS und HJ) zuverlässig und einigermaßen vollständig zusammenzustellen. Bei der Auswahl des Stoffes erwies es sich ferner als zweckmäßig, die gesamtdeutsche Innenpolitik seit den Septemberwahlen von 1930 entsprechend dem steigenden Einfluß der NSDAP immer stärker zu berücksichtigen. Da die Verschmelzung von Partei und Staat seit Hitlers Machtergreifung eine Trennung der Parteigeschichte von der gesamtdeutschen Geschichte nicht mehr zuläßt, ist für die Zeit nach dem 30. Januar 1933 die Zusammenstellung der Daten auf die gesamte deutsche Innen- und Außenpolitik ausgedehnt.

Diese Schrift bildet auch einen Teil des Nachtrages zur 21. Auflage des *Auszuges aus der Geschichte* von Karl Plötz.

Februar 1934. Hans Volz, Obertruppführer beim Stabe der SA-Gruppe, Berlin-Brandenburg.

Vorwort zur 5. Auflage.

Der rasche Absatz dieser Schrift, über die sich zahlreiche führende Persönlichkeiten der Bewegung sehr anerkennend ausgesprochen haben und die schon bei verschiedenen Parteigliederungen zu Schulungszwecken eingeführt ist, macht bereits eine 5., bis zum Oktober 1935 fortgeführte Auflage der *Daten der Geschichte der NSDAP* erforderlich.

Diese Schrift ist von der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums genehmigt. Sie wurde ferner aufgenommen in die Liste: Die hundert ersten Bücher für nationalsozialistische Büchereien. Zusammengestellt von der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums im Reichsüberwachungsamt der NSDAP sowie in das amtliche Verzeichnis der zur Beschaffung für Schulbüchereien geeigneten Bücher und Schriften (Ministerialamtsblatt Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 5. Mai 1935).

November 1935. Der Verlag.

1889-1908 -- Hitlers Eltern und Jugend

20. April 1889: Adolf Hitler * als 3. Kind aus 3. Ehe des k. k. Zollamtsoffizials Alois Hitler (7. Juni 1837 bis 3. Januar 1903) mit Klara, geb. Pölzl (12. August 1860 bis 21. Dezember 1908) in Braunau am Inn [im Innviertel, bis 1779 zu Bayern gehörig], Salzburger Vorstadt Nr. 219 (jetzt Nr. 15) (*Gasthof Josef Pommer*). Beide Eltern stammen aus Bauerngeschlechtern des niederösterreichischen Waldviertels. Hitlers Vorfahren väterlicherseits (Hitler, Hiedler, Hüt[t]ler = Angestellter beim Salzburger Salzwesen, dem die Verwahrung des Salzes in Hütten, dessen Verkauf und die Verrechnung des Gewinnes oblag) sind in Walterschlag, Spital und Strones als Bauern bis in die 5. Generation nachweisbar (Stephan Hiedler * 1672). Die Vorfahren mütterlicherseits lassen sich als Bauern in Spital bis in die 4. Generation (Johann Pölz[e]] * um 1752) zurückverfolgen.

Seine Jugend verbringt Hitler nach der Versetzung seines Vaters als Zollbeamter nach Passau (1894) und dessen baldiger Pensionierung (1895) zuerst in Lambach, dann im Dorf Hafeld a. d. Traun (bei Lambach), seit 1898 wieder in Lambach und schließlich seit 1899 in dem Dorf Leonding (bei Linz). Nach seines Vaters Tod (1903) siedelt seine Mutter mit der Familie nach Linz über. Schon auf der Schule wird Hitler unter dem Eindruck des Geschichtsunterrichtes in Linz und des Nationalitätenkampfes in Österreich zum Nationalisten und Revolutionär. Infolge einer schweren Erkrankung gibt er die von seinem Vater gewünschte, ihm selbst widerstrebende Vorbereitung auf die Beamtenlaufbahn auf, um sich der Malerei zu widmen. Ablehnung auf der Malschule der Akademie in Wien; seine Aufnahme in die Architekturschule scheitert am fehlenden Besuch der Bauschule der Technik.

1908-1914 -- Hitler in Wien und München

Nach dem Tode seiner Mutter (1908) siedelt er, neunzehnjährig, mittellos nach Wien über, um aus eigener Kraft Baumeister zu werden. Er arbeitet zunächst als ungelernter Bauarbeiter, dann als Zeichner und Aquarellist. Theoretisches und praktisches Studium des Marxismus, der sozialen Frage, der Gewerkschaften und des Judentums. Hitler wird zum Sozialisten und Antisemiten. Er lernt den Parlamentarismus kennen. 24. April 1912: Übersiedelung von Wien nach München; neben seiner Berufsausbildung beschäftigt er sich weiterhin mit dem Marxismus. 5. Februar 1914: In Salzburg als waffenunfähig vom Militärdienst befreit.

1914-1919 -- Hitlers Kriegszeit und erste politische Betätigung nach dem Kriege

3. August 1914: Hitlers Gesuch vom 3. August 1914 an König Ludwig III. von Bayern betreffend Eintritt in das bayrische Heer wird genehmigt. 16. August 1914 als Kriegsfreiwilliger angenommen. Dem bayrischen Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 16 (List) zugewiesen, dem Hitler bis zum Kriegsende (seit Herbst 1914 als Meldegänger) angehört. Teilnahme an 48 Schlachten an der Westfront. Da er, nach dem Regierungsantritt des österreichischen Kaisers Karl I. (12. November 1916) zum Übertritt ins österreichische Heer aufgefordert, diesen ablehnt, wird ihm die österreichische Staatsangehörigkeit entzogen. Auszeichnungen: Oktober 1915 zum Gefreiten befördert; 2. Dezember 1914 Eisernes Kreuz II. Kl.; 17. September 1917 Militär-Verdienstkreuz III. Kl. mit Schwertern; 9. Mai 1918 Regimentsdiplom für hervorragende Tapferkeit während des Einsatzes bei Fontaines; 4. August 1918 Eisernes Kreuz I. Kl.; 25. August 1918 Dienstauszeichnung III. Kl. Am 5. Oktober 1916 bei Le Barque durch einen Granatsplitter verletzt (am 5. März 1917 Rückkehr zur Front; 18. Mai 1918 Verwundetenabzeichen in Schwarz), am 14. Oktober 1918 bei

Montagne schwere Gasvergiftung. Im Reservelazarett in Pasewalk (21. Oktober bis 13. November 1918) erlebt er die Revolution vom 9. November 1918; er beschließt, Politiker zu werden. Zunächst bis März 1919 im Lager in Traunstein bis zu dessen Auflösung; entgeht durch persönliche Tapferkeit am 27. April 1919 der Verhaftung durch Rotgardisten in München (seit 6. April dort Räteregierung); nach der Niederwerfung der Rätediktatur (Befreiung Münchens am 2. Mai) wird er zur Untersuchungskommission des 2. Infanterieregiments kommandiert; infolge seines politischen Auftretens zum Bildungsoffizier des 1. bayrischen Schützenregiments Nr. 41 bestimmt; er spricht auch außerhalb des Regiments, zur Beispiel, vor der bayrischen Einwohnerwehr in Passau; plant die Gründung einer Sozialrevolutionären Partei. In einem Kursus (Juni 1919) hört er erstmalig den Ingenieur Gottfried Feder, später (14. Mai 1920) Gründer des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft, über das Leihkapital sprechen; wichtige Anregung für Hitler zur Beschäftigung mit Finanzfragen. Im dienstlichen Auftrag besucht er im September eine Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei im Sterneckerbräu (Leiberzimmer) in München, in der ebenfalls Feder spricht.

1919 -- Die *Deutsche Arbeiterpartei (1919)*

Die Deutsche Arbeiterpartei (DAP; ursprünglich: Deutscher Arbeiterverein) gründet am 5. Januar 1919 zusammen mit dem Schriftsteller Karl Harrer (Mitglied der völkischen Thule-Gesellschaft) im Fürstenfelderhof in München der Schlosser Anton Drexler, der am 17. März 1918 den Freien Arbeiterausschuß für einen guten Frieden als Münchener Ortsgruppe des seit August 1916 bestehenden Freien Ausschusses für einen deutschen Frieden gebildet hatte. Vorsitzender der Reichsorganisation der Deutschen Arbeiterpartei ist Harrer, Vorsitzender der Münchener Ortsgruppe Drexler. Daneben hat Drexler im Winter 1918/19 den Politischen Arbeiterzirkel geschaffen. Im Sommer 1919 kommt der völkische antisemitisch eingestellte Dichter Dietrich Eckart (* 23. März 1868), der ähnliche Ziele verfolgt, mit der **Deutschen Arbeiterpartei** in Verbindung, stellt sich ihr für Vorträge (erstmalig am 16. August) und sonstige Mitarbeit zur Verfügung und gibt seinen Plan einer Deutschen Bürgervereinigung auf; starker Einfluß auf die geistige Gestaltung der Partei. Seit dem 7. Dezember 1918 gibt Eckart die gegen die Novemberverbrecher, das Judentum und die Zinsknechtschaft gerichtete Wochenschrift: Auf gut deutsch heraus unter Mitarbeit des Deutschbalten Alfred Rosenberg und Gottfried Feders. Im September 1919 besucht Hitler im dienstlichen Auftrage eine Versammlung der damals noch völlig unbekannten Deutschen Arbeiterpartei. Kurz darauf (16. September) wegen seiner Diskussionsrede (gegen Prof. Baumann) als 7. Mitglied des Arbeiterzirkels und der Deutschen Arbeiterpartei aufgenommen. Rege Tätigkeit als Propagandist und Versammlungsredner (seit 16. Oktober). Erstmalig eine Versammlungsankündigung der Partei in einer völkischen Zeitung (Münchener Beobachter). Damals besitzt die Partei als Programm nur ein dürftiges Grundgesetz.

1920. Die Frühzeit der NSDAP (1920/23).

- ♦ Januar 1920: Auf Hitlers Betreiben wird die erste Geschäftsstelle der Partei (im Sterneckerbräu, München, Tal 54) errichtet; Rudolf Schüßler als erster Geschäftsführer angestellt; 64 eingeschriebene Mitglieder.
- ♦ 6. Januar 1920: Harrer († 5. September 1926) tritt als erster Vorsitzender der Deutschen Arbeiterpartei zurück; Drexler wird Nachfolger; Hitler behält sich Leitung der Propaganda vor (Werbeobmann).

- ❖ 24. Februar 1920: Erste Massenversammlung der Partei (im Festsaal des Hofbrauhäuses in München); nach einem völkischen Redner Dr. Joh. Dingfelder, verkündet und erläutert Hitler mit durchschlagendem Erfolg vor 2000 Hörern die 25 Thesen des von ihm, Drexler und Feder ausgearbeiteten Programms (Hauptforderungen: Brechung der Zinsknechtschaft, Gemeinnutz vor Eigennutz) der Deutschen Arbeiterpartei (seit dem Salzburger Parteitag [7./8. August 1920]: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei [NSDAP]). Ein Sprengungsversuch marxistischer Gegner rasch unterdrückt. Emil Maurice (jetzt SS-Standartenführer) schafft eine kleine, tatkräftige und draufgängerische Ordnertruppe zum Schutz der nationalsozialistischen Versammlungen.
- ♦ 13./17. März 1920: Kapp-Putsch; Hitler fliegt mit Eckart nach Berlin, um in die Politik einzugreifen; bei seiner Ankunft ist das Unternehmen schon gescheitert.
 - ♦ April 1920: Hitler scheidet aus dem Militärdienst (Schützenregiment Nr. 41) aus.
- **♦ 18. April 1920:** In Rosenheim Gründung der ersten Ortsgruppe der NSDAP außerhalb Münchens. Bald darauf Aufstellung einer *Ordnertruppe*.
- ❖ 7./8. August 1920: Tagung der nationalsozialistischen Parteien in Salzburg; Eintritt der NSDAP in die am 8. Dezember 1919 gebildete Zwischenstaatliche nationalsozialistische Kanzlei des deutschen Sprachgebietes (unter Dr. Walter Riehl-Wien), in der außer der NSDAP Hitlers in München vertreten sind:

Deutsche nationalsozialistische¹) Partei in den Sudetenländern und Österreich; in Böhmen 1909 als *Deutsche Arbeiterpartei für Österreich* gegründet, seit dem Wiener Parteitag vom 5. und 6. Mai 1918 Name in: *Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei Österreichs* geändert; nach dem Zerfall der Donaumonarchie Teilung der Partei in zwei Zweige: *Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) in den Sudetenländern* unter Hans Knirsch († 6. Dezember 1933) und Rudolf Jung (mit dem *Nationalsozialistischen Jugendbund*) und in die *Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei Österreichs* unter Dr. Walter Riehl. Während sich nach Riehls Rücktritt (September 1923) die damals etwa 30000 eingeschriebene Mitglieder umfassende österreichische DNSAP wegen der Frage der Wahlbeteiligung in 3 Gruppen spaltet und die *nationalsozialistische Hitlerbewegung* Österreichs sich erst 1926 an die reichsdeutsche NSDAP anschließt, bleibt die DNSAP in den Sudetenländern bis zu ihrer Selbstauflösung am 4. Oktober 1933 (um dem Verbote des tschechischen Staates zuvorzukommen) völlig selbständig.

Deutsch-Sozialistische Partei (DSP; im Sommer 1919 in München als *Deutsch-sozialistische Arbeitsgemeinschaft* [unter Hans Georg Grassinger] gegründet; unter dem Diplomingenieur Alfred Brunner in Düsseldorf; Sitz in Hannover); der hauptsächlichste Vertreter dieser Partei, Julius Streicher in Nürnberg, schließt sich mit seiner antisemitischen Bewegung am 2. Oktober 1922 der NSDAP bei Gründung von deren Nürnberger Ortsgruppe an (seine Zeitung: *Der Stürmer* erscheint seit 16. April 1923).

- ♦ 29. September bis 11. Oktober 1920: Hitler spricht erstmalig in Versammlungen in Deutschösterreich (Innsbruck, Salzburg, Wien, St. Pölten).
- ♦ 17. Dezember 1920: Mit Eckarts Hilfe erwirbt Hitler für die NSDAP als erste nationalsozialistische Zeitung die bisherige völkische Zeitung: Völkischer Beobachter (von 1887 bis 1918 ist das Wochenblatt als Münchener Beobachter in verschiedenen Händen; vom 1. Juli 1918 an als Münchener Beobachter und Sportblatt unter Rudolf von Sebottendorf Organ des völkischen Germanenordens und der ebenfalls völkischen Thule-

- 4 -

¹ Der Name nationalsozial erstmalig von Pfarrer **Friedrich Naumann** gebraucht; dieser gründete am **23. November 1896** den aus den Christlichsozialen Stöckers hervorgegangenen Nationalsozialen Verein [später: Partei].

- Gesellschaft und seit 1919 auch Ankündigungsblatt nationaler Vereine; bis zum 28. Juni 1919 erscheint die Zeitung wöchentlich, seit dem 2. Juli halbwöchentlich, seit dem 9. August daneben Reichsausgabe unter dem Titel: Völkischer Beobachter). Die Zeitung erscheint jetzt halbwöchentlich unter der Schriftleitung Hermann Essers, eines der altesten Mitkämpfer Hitlers (Mitgliedsnummer 2).
- ♦ 21. Januar 1921: Auf der Generalmitgliederversammlung der NSDAP in München Wiederwahl des bisherigen Vorstandes: 1. Vorsitzender Anton Drexler, 2. Vorsitzender Oskar Körner († 9. November 1923). Damals hat die NSDAP knapp 3000 eingeschriebene Mitglieder; vom 24. Februar 1920 bis zum 21. Januar 1921 hielt die Partei in München 46 öffentliche Massenversammlungen ab.
- ♦ 3. Februar 1921: Erste Massenversammlung der NSDAP im Zirkus Krone in München als Protestversammlung gegen das Pariser Diktat (269 Milliarden Goldmark verlangt); außer Eckart spricht Hitler vor etwa 6500 Hörern über das Thema: Zukunft oder Untergang.
- **♦ Frühsommer:** Hitler nimmt in Berlin erstmalig mit den norddeutschen Konservativen Fühlung.
- **29. Juli 1921:** Nach schweren Auseinandersetzungen in der Parteileitung und heftigen Intrigen gegen Hitler wird dieser auf der außerordentlichen Generalmitgliederversammlung der NSDAP zum *I.* Vorsitzenden und Oskar Körner zum 2. Vorsitzenden sowie Drexler zum lebenslänglichen Ehrenvorsitzenden der NSDAP gewählt; durch neue Satzungen erhält Hitler besondere Vollmachten. Reorganisation der Partei; Verantwortlichkeitsprinzip (Arbeitsteilung) an Stelle der Mehrheitsbeschlüsse des Parteiausschusses.
- ♦ August 1921: Max Amann, Hitlers Feldwebel aus dem Weltkriege, zum Geschäftsführer der Partei ernannt (bis zum 9. November 1923); seit September 1922 Philipp Bouhler stellvertr. Geschäftsführer.
- ♦ 8. August 1921: Gründung der SA als einer Schutz- und Propagandatruppe der NSDAP. Marineleutnant a. D. Klintzsch, Mitglied der *Brigade Ehrhardt*, von Ehrhardt Hitler als Organisator zur Verfügung gestellt, erläßt in Hitlers Auftrag einen Aufruf zum Eintritt in die neugegründete *Turn- und Sportabteilung der NSDAP*, seit 5. Oktober als *Sturmabteilung* (abgekürzt: SA) bezeichnet. Einziges Kennzeichen der SA ist die Hakenkreuzarmbinde.
- ♦ 11. August 1921: Dietrich Eckart übernimmt die Schriftleitung des Völkischen Beobachters und gibt seine Wochenschrift: Auf gut deutsch auf.
- ♦ 11. Oktober 1921: In Zwickau gründet Fritz Tittmann die erste Ortsgruppe der NSDAP außerhalb Bayerns.
- ♦ November 1921: Errichtung einer neuen, größeren Geschäftsstelle der NSDAP in München, Corneliusstraße 12. Schaffung einer zentralen Mitgliederkartothek.
- ♦ 4. November 1921: Saalschlacht anläßlich einer Versammlung der NSDAP im Hofbräuhaus in München, in der Hitler über das Thema: Wer sind die Mörder? spricht (auf den Sozialdemokraten Auer war kurz vorher in München ein Attentat verübt worden, als dessen Urheber fälschlich die Nationalsozialisten von den Marxisten bezeichnet wurden). 46 Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) schlagen 800 Marxisten, die die Versammlung sprengen wollen, mit dem Erfolg aus dem Saale, daß in München bis zum 9. November 1923 keine nationalsozialistische Versammlung mehr gestört wird. Feuertaufe der SA. Bei der Saalschlacht im Hofbräuhaus in München anläßlich einer Hitlerversammlung behaupten sich 46 Mitglieder der Turn- und Sportabteilung gegenüber 800 Marxisten, die die Versammlung sprengen wollen Hitler legt der SA daraufhin die bereits vorher gebrauchte Bezeichnung Sturmabteilung (SA) als Ehrennamen bei.
- ♦ 29./30. Januar 1922: Parteitag und Generalmitgliederversammlung der NSDAP in München; eine Anzahl auswärtiger Ortsgruppen der Partei ist vertreten; damals umfaßt die NSDAP rund 6000 eingeschriebene Mitglieder. Vom 24. Februar 1920 bis 30. Januar 1922 hielt die Partei in München 81 öffentliche Massenversammlungen ab.

- ♦ 8. März 1922: Hitler gründet den *Jugendbund der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei* (Aufruf im *Völkischen Beobachter*); am 13. Mai begründet der Jugendbundführer Adolf Lenk die Ortsgruppe München des Nationalsozialistischen Jugendbundes; Organ (1923): *Nationaler Jungsturm*.
- ♦ 10. März 1922: Die bayrische Regierung Lerchenfeld (vom 21. September 1921 bis 8. November 1922 am Ruder) plant Hitlers Ausweisung.
- ♦ April 1922: Amann übernimmt neben der Geschäftsführung der Partei auch noch die des Verlages des *Völkischen Beobachters*.
- ❖ 24. Juni bis 27. Juli 1922: Hitler im Gefängnis; im Januar zusammen mit Hermann Esser und Oskar Körner wegen *Landfriedensbruches* wegen der Sprengung einer Versammlung des *Bayernbundes* (Ingenieur Ballerstedt) vom 9. August 1921 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt; für den Strafrest erhält Hitler Bewährungsfrist.
- ♦ August 1922: Feier im Bürgerbräukeller in München anläßlich des einjährigen Bestehens der SA.
- ♦ 16. August 1922: Riesenkundgebung der vaterländischen Verbände zusammen mit den Nationalsozialisten (ca. 70000 Menschen) gegen das Republikschutzgesetz (wegen der Erschießung Rathenaus am 24. Juni) auf dem Königsplatz in München. Hitler spricht. Bei der Kundgebung der Münchener Vaterländischen Verbände gegen das vom Reichstag am 18. Juli beschlossene Republikschutzgesetz auf dem Königsplatz in München tritt erstmalig die SA mit wehenden Hakenkreuzfahnen (Hochsommer 1920 von Hitler geschaffen) an die Öffentlichkeit. Gegen die marxistischen Angreifer (Auergarde) erobert sich die SA das Recht auf die Straße.
- ♦ September: Zusammenfassung der SA Münchens und der näheren Umgebung sowie der SA von Tölz und Rosenheim zu 8 *Hundertschaften*; in rascher Folge werden -- auch außerhalb Münchens -- weitere Hundertschaften gegründet (am 23. November die vor allem aus Studenten bestehende 11. Hundertschaft in München unter Rudolf Heß).
- ♦ 14./15. Oktober 1922: Deutscher Tag in Koburg; Hitler, Eckart u. a. sprechen. Anläßlich eines Deutschen Tages in Koburg brechen 800 SA-Männer aus München und anderen bayrischen Orten unter Führung von Hitler und Klintzsch in schwerem Straßenkampf den roten Terror. Erster großer Vorstoß der Partei nach Nordbayern.
- ♦ 9. November 1922: Anschluß der NSDAP an die *Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Verbände* in München (bis zum 14. Januar 1923 [Beginn des Ruhrkampfes und Bildung der *Nationalen Einheitsfront*]).
- **♦ 18.** November 1922: Verbot der NSDAP in Preußen; die am 19. als Fortsetzung gegründete *Großdeutsche Arbeiterpartei* wird ebenso wie die als Ersatz kurz darauf gebildete *Großdeutsche Bewegung* der *Deutschvölkischen Freiheitspartei* verboten.
 - ♦ 30. November 1922: 5 Massenversammlungen der NSDAP in München.
- * 13. Dezember 1922: 10 Massenversammlungen der NSDAP in München: Jüdischinternationaler Marxismus und Freimaurerei als Totengräber Deutschlands, die Entente ihr Nutznieβer.
- ♦ 11. Januar 1923: Französischer Ruhreinbruch; infolgedessen Umstellung der SA auf einen Wehrverband. Die SA damals hauptsächlich nur in Bayern vertreten; im übrigen Deutschland infolge von Partei und SA-Verboten nur schwach.
- ♦ 26. Januar 1923: Aus Sorge vor einem *Putsche* Hitlers, der sich nicht an der *Nationalen Einheitsfront* (Deutschnationale bis Sozialdemokraten) anläßlich des französischen Ruhreinbruchs (11. Januar) beteiligt, verhängt die bayrische Regierung Knilling (vom 8. November 1922 bis 28. Juni 1924 am Ruder) über das rechtsrheinische Bayern Ausnahmezustand, um die Durchführung des nationalsozialistischen Parteitages in München zu verhindern. Verbot der Standartenweihe unter freiem Himmel und der 12 Massenversammlungen (mit dem Thema: *Was hat zu geschehen und was wollen wir Nationalsozialisten?*). Infolge des Eintretens der Reichswehr (Generalmajor v. Epp,

Hauptmann Röhm) für Hitler kann dieser die 12 Versammlungen am 27. und die Standartenweihe am 28. abhalten.

- ❖ 27./29. Januar 1923: Ungestörte Durchführung des 1. Reichsparteitags der NSDAP in München. Nationalsozialisten, die mit der Eisenbahn aus Norddeutschland nach München fahren wollen, werden auf Veranlassung der roten Thüringer Regierung in Gera festgehalten.
- ♦ 28. Januar 1923: Auf dem 1. Reichsparteitag der NSDAP in München weiht Hitler auf dem Marsfeld vor 6000 Angehörigen der Wehrverbände die 4 ersten, von ihm entworfenen, von Goldschmiedemeister Otto Gahr hergestellten *Feldzeichen* der SA, die *Standarten* (München, München II, Nürnberg, Landshut), sowie als erste außerbayrische Sturmfahne die Zwickauer Hakenkreuzfahne. Erstmalig ist ein Teil der SA (11. Hundertschaft) einheitlich uniformiert (graue Skimütze und Windjacke mit Hakenkreuzbinde). Hitler nimmt in der Schwanthaler Straße den Vorbeimarsch ab.
 - ♦ 29. Januar 1923: Hitler bestimmt Hans Jacob zum 2. Vors. der NSDAP.
- ♦ Anfang Februar: Auf Röhm's Veranlassung Bildung der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände, jedoch ohne einheitliche politische Führung; Oberstleutnant a. D. Hermann Kriebel militärischer Führer. Zusammenschluß der SA mit anderen bayrischen Wehrverbänden (Reichsflagge, Bund Oberland u. a.) zur Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände (unter milit. Führung von Oberstleutnant a. D. Kriebel).
 - ♦ 8. Februar 1923: Völkischer Beobachter wird Tageszeitung.
- ♦ 26. Februar 1923: Dr. Karl Winter in Höllenstein (Baden) als einer der ersten Nationalsozialisten von Marxisten ermordet.
- **♦ März 1923:** Oberleutnant a. D. Wilhelm Brückner übernimmt die Führung des **SA-Regimentes München**.
- ♦ März: Der Fliegerhauptmann a. D. Hermann Göring, letzter Führer der Richthofenstaffel im Weltkriege, übernimmt als SA-Kommandeur die Führung der gesamten SA. Aufstellung der *Stabswache* in München als besonderer Elitetruppe der SA (schwarze Mütze mit Totenkopf, schwarzumrandete Hakenkreuzbinde).
- ♦ 10. März 1923: Alfred Rosenberg wird Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachters* (seit Juli 1921 Schriftleiter).
- ♦ 25. März 1923: Übung der *Arbeitsgemeinschaft* im Forstenrieder Park (südwestl. von München); die SA stellt von ca. 3000 Teilnehmern 1300 Mann.
- ♦ 31. März 1923: Hitler überläßt in einem Abkommen mit dem deutschvölkischen Führer Albrecht von Graefe vorläufig Norddeutschland, wo die NSDAP fast überall (Preußen, Sachsen, Thüringen, Hamburg; außerdem Baden, seit 29. April 1923 in Hessen, seit 18. Sept. 1923 in Braunschweig) verboten ist, der *Deutschvölkischen Freiheitspartei* (unter Graefe) als Wirkungsgebiet, während er sich Süddeutschland vorbehält (*Völkisch-sozialer Block* gebildet).
- ♦ 12. April 1923: Der Leipziger Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik erläßt einen Haftbefehl gegen Dietrich Eckart als den Verfasser zweier satirischer Flugblätter gegen Ebert, Wirth u. a.; Eckart muß vorläufig München verlassen, hält sich in den Bergen auf.
- ♦ 15. April 1923: Große Übung der *Arbeitsgemeinschaft* auf der Fröttmaninger Heide (Freimann) (nördl. von München).
- ♦ Mai 1923: Bewaffneter Aufmarsch der Arbeitsgemeinschaft auf Oberwiesenfeld; Hitlers Plan, anläßlich der roten Maifeiern mit dem Marxismus endgültig abzurechnen, durch das Eingreifen des Staates vereitelt. Die gegen Hitler wegen dieser Vorgänge eingeleitete Untersuchung am 24. Mai 1924 endgültig eingestellt. Bewaffneter Aufmarsch der aus ganz Bayern zusammengezogenen SA und anderer Kampfverbände (ca. 6000 Mann) auf Oberwiesenfeld bei München. Die anläßlich der roten Maifeiern von Hitler geplante endgültige Auseinandersetzung mit dem Marxismus durch Eingreifen des Staates (Einsatz von Polizei und Reichswehr unter General v. Danner) verhindert; ein Teil der Kampfverbände zeigt sich als unzuverlässiger Bundesgenosse Hitlers.

- * Mai: Ehrhardt zieht die Offiziere seiner *Marinebrigade* (unter anderen Klintzsch) aus der SA zurück. Unter Joseph Berchtold Aufstellung des *Stoβtrupps Hitler* (gleiche Uniform wie die *Stabswache*, die in den *Stoβtrupp* überführt wird), Vorläufer der *Schutzstaffel* (SS) der NSDAP (1925 gegründet).
- ♦ 10. Juni 1923: Gedächtnisfeier der Nationalsozialisten zusammen mit den vaterländischen Kampfverbänden auf dem Königsplatz in München für den von den Franzosen am 26. Mai auf der Golzheimer Heide (Düsseldorf) erschossenen Ruhrkämpfer und Nationalsozialisten Albert Leo Schlageter. Ansprache des Abtes Schachleitner.
- ♦ 15. Juli 1923: 13. Deutsches Turnfest in München; die Polizei sprengt nach einer Zirkusversammlung, in der Hitler gesprochen hat, den Festzug der Turner und SA auseinander und beschlagnahmt bei dieser Gelegenheit eine der Münchener SA-Standarten (der SA erst am 15. März 1933 feierlich zurückgegeben).
- **♦ 14.** August 1923: Auf dem Salzburger Parteitag die österreichische nat.-soz. *Ordnertruppe* (O.T.) in *Vaterländischer Schutzbund* umbenannt.
 - ❖ 29. August 1923: Der Völkische Beobachter erscheint in Großformat.
- ♦ 1./2. September 1923: *Deutscher Tag* in Nürnberg in Anwesenheit des Generals Ludendorff, der erstmalig mit Hitler im Jahre 1921 zusammengetroffen ist. Gründung des *Deutschen Kampfbundes* (NSDAP und SA unter Hitler und Göring; *Reichsflagge* unter Hauptmann Heiß; *Bund Oberland* unter Dr. Weber); der Nationalsozialist Max Erwin von Scheubner-Richter († 9. November 1923) Geschäftsführer des *Kampfbundes*.
- ♦ September 1923: Auf dem *Deutschen Tag* in Nürnberg in Ludendorffs Anwesenheit Gründung des *Deutschen Kampfbundes* (aus SA, *Reichsflagge* [unter Heiß], *Bund Oberland* [unter Dr. Weber]); Aufmarsch der Verbände auf der Deutschherrnwiese. Hitler und die übrigen Führer nehmen den Vorbeimarsch von etwa 70000 Mann auf dem Hauptmarkt ab.
- **♦ 25.** September 1923: Hitler politische Leitung des *Kampfbundes* übertragen; militarischer Führer wie bisher Oberstlt. a. D. Kriebel.
- ♦ 26. September 1923: Wegen der Zuspitzung der politischen Lage (Hitler politischer Führer des Kampfbundes, Abbruch des Ruhrkampfes am 26., wirtschaftliche Schwierigkeiten und fortschreitender Währungsverfall durch die Inflation, rote Aufstände in Sachsen und Regierung Thüringen) ernennt die bavrische Knilling ober bavrischen Regierungspräsidenten Dr. von Kahr zum Generalststaatskommissar und überträgt ihm die vollziehende Gewalt in Bayern; Verhängung des Ausnabmezustandes in Bayern. Hitlers für den 27. geplante 14 Massenversammlungen (Nieder mit den Ruhrverrätern!) von Kahr verboten; Kahr hebt Vollzug des Republikschutzgesetzes für Bayern auf; Eckart kann nach München zurückkehren.
- ♦ 27. September 1923: Reichspräsident Ebert verhängt den Ausnahmezustand für das ganze Reich und überträgt die vollziehende Gewalt an Reichswehrminister Geßler, der sie an die Wehrkreisbefehlshaber (in Bayern [Wehrkreis VII] General von Lossow) weiter überträgt; Lossow unterstellt sich jedoch Kahr. 19./20. Oktober: erneuter, erst am 18. Februar 1924 beigelegter Konflikt zwischen Bayern und Reich (Entstehung des Schlagwortes: *Marsch auf Berlin* in dieser Zeit); als Generalstaatskommissar v. Kahr und General v. Lossow das von Reichswehrminister Geßler wegen einer Beleidigung des Generals von Seeckt geforderte Verbot des *Völkischen Beobachters* ablehnen, ernennt die bayrische Regierung Knilling den von Geßler daraufhin abgesetzten General v. Lossow zum bayrischen Landeskommandanten. 22. Oktober: Inpflichtnahme der bayr. VII. Division durch die bayr. Regierung *als Treuhänderin des deutschen Volkes*.
- ♦ 30. September 1923: *Deutscher Tag* in Bayreuth; Aufmarsch von 4000 SA-Männern vor Hitler; Hitler trifft erstmalig mit Siegfried und Winifred Wagner sowie mit Houston Stewart Chamberlain († 9. Januar 1927) zusammen.
- ♦ 7. Oktober 1923: Abfall der *Reichsflagge* (unter Heiß) von Hitler und dem *Kampfbund*.

- **♦ 8.** Oktober 1923: Hitler ruft im Bürgerbräukeller in München an der Spitze des *Stoßtrupps Hitler* die nationale Revolution aus.
- ♦ 9. Oktober 1923: Verbot der NSDAP und SA durch Generalsraatskommissar von Kahr. Bei dem Feuerüberfall an der Feldherrnhalle in München auf den nat.-soz. Demonstrationszug unter Hitlers und Ludendorffs Führung werden 14 Nationalsozialisten und *Oberländer* getötet, viele schwer verletzt, unter ihnen der SA-Kommandeur Göring, der sich durch Flucht nach Österreich (Innsbruck) vor der Verhaftung retten kann.
 - ♦ 11./12. Oktober 1923: Röhm gründet die hitlertreue *Reichskriegsflagge*.

Die Erhebung vom 8./9. November 1923

- 8. November 1923: Hitler schreibt das Vorwort zu Feders Buch: Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage (Katechismus der Bewegung). Am Abend ruft Hitler, gestützt auf die SA (unter Göring), die Reichskriegsflagge (unter Röhm) und den Bund *Oberland* (unter Dr. Weber), anläßlich einer Rede Kahrs im Bürgerbräukeller in München im Vertrauen auf die Mitwirkung Kahrs, Lossows und des Polizeiobersten v. Seißer sowie der bayrischen Reichswehr und Landespolizei die nationale Revolution und Diktatur aus; Proklamation der provisorischen Deutschen Nationalregierung (an Stelle der für abgesetzt erklärten Reichsregierung und bayrischen Regierung): Hitler Reichskanzler, General Ludendorff Reichsverweser und Führer der neuzubildenden Nationalarmee, v. Lossow Reichspolizeiminister, Reichswehrminister. v. Seißer Feder Reichsfinanzminister. Generalstaatskommissar von Kahr Landesverweser für Bayern, Oberstlandesgerichtsrat Ernst Pöhner bayrischer Ministerpräsident, Oberamtmann Dr. Wilhelm Frick Polizeipräsident von München; der bayrische Ministerpräsident Knilling in Schutzhaft genommen; Verhaftung mehrerer Minister und Stadträte in München. Die Infanterieschule in München stellt sich unter Führung des ehemaligen Freikorpsführers Oberlt. a. D. Roßbach und des Lt. Robert Wagner (seit 25. März 1925 Gauleiter der NSDAP in Baden) auf Hitlers Seite. Röhm besetzt mit 400 Mann der Reichskriegsflagge das Kriegsministerium (jetziger Reichsführer der SS Himmler als Fahnenträger). Auf Görings Befehl vom Stoßtrupp Hitler (unter Berchtold) das Gebäude der sozialdemokratischen Münchener Post zerstört (am 28. April 1924: 40 Mitglieder des Stoßtrupps deswegen zu 1 Jahr 3 Monaten bis zu 2 Jahren Festungshaft verurteilt). Nachdem Kahr, Seißer und Lossow auf ihr Ehrenwort von Ludendorff freigelassen sind, organisieren sie die Niederwerfung der Erhebung; Herbeiziehung von auswärtiger Reichswehr und Polizei. Noch in der Nacht verfügt Kahr die Auflösung der NSDAP, die damals 55787 eingeschriebene Mitglieder zählt, samt der SA sowie der Reichskriegsflagge und des Bundes Oberland. Verbot des Völkischen Beobachters (bis 26. Februar 1926). Gesamtes Parteieigentum beschlagnahmt und Geschäftsstelle geschlossen.
- ♦ 9. November 1923: Aufruf der nach Regensburg geflohenen verfassungsmäßigen Regierung unter Kultusminister Dr. Matt gegen den Preußen Ludendorff und seinen Anhang. Frick in der Nacht, Pöhner und Major Hühnlein (in Görings Stab) frühmorgens in der Polizeidirektion verhaftet. Auf Grund dieser Nachrichten unbewaffneter Erkundungs- und Demonstrationszug, mit Hitler, Ludendorff und den anderen Führern (u. a. Graefe als einziger Norddeutscher) an der Spitze vom Bürgerbräukeller über den Marienplatz zur Residenz. An der Feldherrnhalle Feuerüberfall der bayrischen Landespolizei; 14 Nationalsozialisten und Oberländer getötet (F. Allfahrt, A. Bauriedl, W. Ehrlich, A. Hechenberger, O. Körner [ehem. 2. Vors. der NSDAP], K. Kuhn, K. Laforce, K. Neubauer, K. v. Pape, T. von der Pfordten, J. Rickmers, M. E. v. Scheubner-Richter, L. Ritter v. Stransky, W. Wolf). Hitler, durch seinen ständigen Begleiter Ulrich Graf, der schwer verwundet wird, gedeckt, wird nicht getroffen; von dem tödlich verwundeten Scheubner-Richter zu Boden gerissen, trägt er eine schwere Schultergelenkverletzung davon. Kampfunfähig im Auto von dem obersten SA-Arzt Dr.

Walter Schultze nach Uffing (am Staffelsee) in das Haus von Ernst Hanfstaengl gebracht. Göring schwer verwundet, Ludendorff unverletzt. Auf die Nachricht von dem Blutbad an der Feldherrnhalle übergibt Röhm, von starken Reichswehr- und Polizeiabteilungen eingeschlossen (durch einen unglücklichen Zufall werden zwei Angehörige der *Reichskriegsflagge*, T. Casella und M. Faust, tödlich getroffen), unter Vermittlung von Generalleutnant von Epp und Oberstleutnant Hofmann das von ihm besetzte Kriegsministerium unter ehrenvollem Abzuge der *Reichskriegsflagge*, Waffenabgabe und Stellung seiner selbst. Amann, Rosenberg und Drexler bilden die geheime Parteileitung der verbotenen NSDAP.

- ♦ 11. November 1923: Hitler in Uffing auf Grund eines Haftbefehls von einem großen Polizeiaufgebot verhaftet; zunächst in Schutzhaft, seit dem 14. in Untersuchungshaft (bis zum Prozeßbeginn) auf der Festung Landsberg am Lech. Die meisten Partei- und SA-Führer werden am 9. November oder in den nächsten Tagen in Haft genommen; Ludendorff gegen sein Ehrenwort wieder freigelassen. Pöhner, Weber, Röhm, Frick, Brückner (Führer der Münchener SA), Lt. Robert Wagner, Gregor Strasser (Gauleiter und SA-Führer Niederbayerns), Streicher, Amann, Drexler, Hühnlein, Heines (SA-Führer) und Eckart in Landsberg, Neudeck oder Stadelheim festgesetzt. Kriebel stellt sich kurz vor Prozeßbeginn (am 16. Januar). Göring (Rückkehr nach Deutschland nach der Amnestie im Herbst 1927), Roßbach, Feder, Esser und Berchtold gelingt die Flucht nach Österreich oder der Tschechoslowakei.
- ♦ 13. November 1923: Der fränkische SA-Führer Buch übernimmt nach dem Verbot der NSDAP und SA (vom 9. November) auf Anordnung der geheimen Parteileitung (Rosenberg, Drexler, Amann) die Führung der deutschen SA (seit Herbst 1924 bis zur Haftentlassung Hitlers Freiherr Wilhelm Pieickardt Marschall von Bieberstein [† 31. Januar 1935]). In Österreich übernimmt Oberleutnant a. D. Roßbach die Führung der SA.
- ♦ 28. November 1923: Chef der Heeresleitung General von Seeckt, dem am 9. November die vollziehende Gewalt und der Oberbefehl über die Wehrmacht übertragen ist, löst die NSDAP, Deutschvölkische Freiheitspartei und Kommunistische Partei im ganzen Reich auf.
- ♦ 26. Dezember 1923: † Dietrich Eckart (in Berchtesgaden), der am 10 November in Schutzhaft genommen (zunächst in Neudeck, dann Stadelheim, schließlich Landsberg) und wegen seines schweren Herzleidens kurz vor Weihnachten freigelassen ist; am 30. Dezember auf dem Bergfriedhof in Berchtesgaden bestattet.
- ♦ 10. Januar 1924: Landtagswahl in Thüringen: *Vereinigte Völkische Liste* erhält 7 (darunter 3 Nationalsozialisten) von 72 Mandaten (erstmalige Wahlbeteiligung der Nationalsozialisten). Auf diese *Fraktion des völkisch-sozialen Blocks* angewiesen, hebt die bürgerliche Regierung bereits am 3. März das Parteiverbot auf. Bürgerschaftswahl in Lübeck: Deutschvölkische erhalten 6 (darunter kein Nationalsozialist) von 80 Mandaten.
- ♦ 17. Februar 1924: Landstagwahl in Mecklenburg-Schwerin: Deutschvölkische erhalten 13 (kein Nationalsozialist) von 64 Mandaten.

Der Hitlerprozeß (1924).

26. Februar 1924: Beginn des Prozesses vor dem Volksgericht München I in der ehemaligen Infanterieschule in München, Blutenburgstraße, unter Landgerichtsdirektor Neithardt; Anklagevertreter: 1. Staatsanwalt Stenglein. Wegen Hochverrates bzw. Beihilfe sind angeklagt: Hitler (verteidigt von Rechtsanwalt Dr. Roder), General Ludendorff, Oberstlandesgerichtsrat Ernst Pöhner, Oberamtmann Dr. Wilhelm Frick, der Führer des Bundes Oberland Dr. Friedrich Weber, der Gründer und Führer der Reichskriegsflagge Hauptmann a. D. Ernst Röhm, der Führer des SA-Regimentes München Oberlt. a. D. Wilhelm Brückner, Lt. Robert Wagner [später Gauleiter der NSDAP in Baden], der militärische Führer

des Deutschen Kampfbundes Oberstleutnant a. D. Hermann Kriebel und Ludendorffs Stiefsohn Oberleutnant a. D. Heinz Pernet. 27. März: Hitlers Schlußwort. 1. April: Urteilsverkündung: Hitler, Weber, Kriebel und Pöhner wegen Hochverrats zu 5 Jahren Festungshaft (Bewährungsfrist nach Verbüßung von 6 Monaten Haft in Aussicht gestellt), Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft (Bewährungsfrist mit sofortiger Wirksamkeit) verurteilt; Ludendorff freigesprochen. Dagegen lehnt das Gericht Ausweisung des staatenlosen Hitler (auf Grund des Republikschutzgesetzes vom 21. Juli 1922) ab. Hitler, Weber und Kriebel am 1. April nach der Festung Landsberg zum sofortigen Strafantritt überführt. (Pöhner vom 5. Januar bis 31. März 1925 auf Festung Landsberg; † 11. April 1925 durch Autounfall.) In Sonderprozessen werden wegen Hochverrats zu Festungsstrafen verurteilt: Rudolf Heß (SA-Führer in München), Julius Streicher, Max Amann, Gregor Strasser (Gauleiter und SA-Führer Niederbayerns), Edmund Heines (SA-Führer in München) sowie am 28. April 40 Mitglieder des Stoßtrupps Hitler, unter ihnen Emil Maurice, Hitlers jetziger Begleiter Julius Schaub und der jetzige Münchener Oberbürgermeister Karl Fiehler. 1. April 1924: Hitler und Kriebel erteilen nach ihrer Verurteilung Röhm Vollmacht zum Wiederaufbau der SA und Wehrbewegung. Göring ernennt ihn in Innsbruck zum stellvertretenden Kommandeur der SA, Roßbach wird Stabschef für die SA.

Die Verbotszeit (1924).

Die Nationalsozialisten zersplittern sich nach dem Verbot der NSDAP in 2 Gruppen: Alfred Rosenberg gründet als Fortsetzung der verbotenen NSDAP die *Großdeutsche Volksgemeinschaft*; seit 1. Januar 1924 unter Julius Streicher und Hermann Esser (Phil. Bouhler Geschäftsführer, Franz Xav. Schwarz 1. Kassierer) (Organ [Februar bis Mai 1924]: *Großdeutsche Zeitung*); in Opposition gegen Ludendorff und die Deutschvölkischen; antiparlamentarisch eingestellt. Die andere Gruppe der Nationalsozialisten schließt sich mit dem von Deutschvölkischen am 7. Januar 1924 in Bamberg gegründeten *Völkischen Block in Bayern* zusammen; später für das ganze Reich die *Nationalsozialistische Freiheitsbewegung* unter der *Reichsführerschaft* Graefe (deutschvölk.) -- Ludendorff -- Gregor Strasser (nat.-soz.) (statt des gefangenen Hitler) gebildet (Organ: *Völkischer Kurier*). Hitler legt Mitte Juni während seiner Haft die Führung der Bewegung nieder, da er keine Verantwortung übernehmen kann.

- ♦ 6. April 1924: Neuwahl des bayrischen Landtags, der am 22. Februar sich selbst aufgelöst hat. Unter dem Eindruck des Hitlerprozesses erhält der Völkische Block in Bayern 23 von 129 Mandaten; Fraktionsführer Gregor Strasser (nach dessen Wahl zum Reichstagsabgeordneten am 7. Dezember Dr. Rudolf Buttmann) hält am 9. Juli als erster Nationalsozialist eine Parlamentsrede.
- ♦ 17./18. April 1924: SA-Führertagung in Salzburg unter Röhms Vorsitz. Einführung des Braunhemdes für die SA beschlossen.
- ♦ 4. Mai 1924: Neuwahl des am 13. März aufgelösten Reichstages: Einheitsliste der Nationalsozialisten und Deutschvölkischen (*Nationalsozialistische Freiheitsbewegung*) erhält 1924000 Stimmen und damit 32 von 472 Mandaten (unter ihnen 10 Nationalsozialisten: Heinrich Blume, Hans Dietrich, Feder [stellvertr. Fraktionsvors.], Frick, Dr. Emil Gansser, Hans Jacob, Christian Mergenthaler, Röhm, Tittmann, Prof. Dr. Theodor Vahlen). Landtagswahl in Württemberg: *Völkisch-sozialer Block* (Nationalsozialisten) erhält 3 (darunter Mergenthaler) von 80 Abg.
- ♦ 31. Mai/1. Juni 1924: Da der bayrische Staat das Partei- und SA-Verbot nicht aufhebt und ein Wiederaufbau der SA daher vorläufig nicht möglich ist, gründet Röhm als Ersatz den militärisch aufgebauten *Frontbann* (unter Ludendorffs Schirmherrschaft), der außerhalb des

Parteistreites stehen und eine Stütze für die zersplitterte gesamtvölkische Bewegung bilden soll.

- ♦ 22. Juni 1924: Landtagswahl in Anhalt: Nationalsozialisten erhalten zusammen mit den Deutschvölkischen 2 von 36 Mandaten.
- ♦ 16./17. August 1924: Parteitag der *Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung* in Weimar unter Ludendorffs Vorsitz; Einigung der völkischen Bewegung verkündet; trotzdem immer schärfere Gegensätze zwischen Nationalsozialisten und Deutschvölkischen.
- **♦ 26.** August 1924: Annahme der Dawes-Gesetze im Reichstag unter anderen gegen die Stimmen der *Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung*.
 - ♦ 29. August 1924: Rede Feders im Reichtag gegen das Bankgesetz.
- **♦ 26.** Oktober 1924: Bürgerschaftswahl in Hamburg: *Völkischer Block* erringt 13500 Stimmen und 4 (darunter 1 Nationalsozialist) von 160 Mandaten.
- ♦ 9. November 1924: Landtagswahl in Anhalt, da keine Mehrheitsregierung gebildet werden kann: Nationalsozialisten erhalten mit Deutschvölkischen 1 (bisher [Wahl vom 22. Juni 1924] 2) von 36 Mandaten.
- ♦ 7. Dezember 1924: Neuwahl des am 20. Oktober aufgelösten Reichstahes: Alle Parteien (einschl. der Deutschnationalen), die für die Dawes-Gesetze eintraten, gewinnen Mandate, die Gegner der Dawes-Gesetze, Kommunisten und Nationalsozialisten (einschl. Deutschvölkische), verlieren 17 bzw. 18 Mandate. Die **Nationalsozialistische** Freiheitsbewegung erhält nur 900000 Stimmen und damit 14 von 493 (bisher [Wahl vom 4. Mai 1924] 32 von 472) Sitzen (nat.-soz. Abg.: Hans Dietrich, Feder, Frick, G. Strasser; Anfang 1927 treten die deutschvölkischen, sozialistisch eingestellten Abg. Kube, Graf Reventlow und Stöhr zur NSDAP über). Gleichzeitig Wahl des preußischen Landtages (am 22. Oktober aufgelöst): Deutschvölkische gewinnen 11 (darunter nur 1 Nationalsozialist: Heinz Haake-Köhn) von 450 Sitzen. Wahl des braunschweigischen und hessischen Landtags (nur je 1 Deutschvölkischer unter 48 bzw. 70 Abgeordneten gewählt) und der bremischen Bürgerschaft (nur 4 Deutschvölkische unter 120 Abgeordneten gewählt).
- ♦ 20. Dezember 1924: Hitler und Kriebel aus der Festungshaft in Landsberg entlassen (Kriebel geht als Militärinstrukteur nach China, kehrt erst im Sommer 1933 zurück); Inkrafttreten der Bewährungsfrist (im Urteil bereits für 1. Oktober vorgesehen) durch Einspruch des Staatsanwaltes bisher verzögert.
- ♦ 12. Januar 1925: Zerfall der völkischen Bewegung; Ludendorff, Graefe und Strasser legen die *Reichsführerschaft* der *Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung* nieder; Graefe gründet am 17. für Norddeutschland die *Deutschvölkische Freiheitspartei*.

Die Neugründung der NSDAP (1925).

- ♦ 26. Januar 1925: Hitler erläßt in der ersten Nummer des wiedererscheinenden Völkischen Beobachters (seit 9. November 1923 verboten; seit Februar 1927 Bayern- und Reichsausgabe), dessen Schriftleitung Alfred Rosenberg wieder übernimmt (Herausgeber: Adolf Hitler), Grundsätzliche Richtlinien für die Neuaufstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei.
- ♦ 26. Februar 1925: In seinen *Grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei* verfügt Hitler die Neugründung der SA (wieder reine Parteiorganisation für Saalschutz und Propaganda, nicht mehr Wehrverband) (Uniform: braune Mütze, braunes Hemd, Hakenkreuzbinde; seit 5. Juni 1927 farbige Spiegel und Abzeichen auf den Spiegeln; seit 25. März 1929 Zweifarbenschnur um Kragen; seit 7. Juli 1933 farbige Mützenbänder, neue Spiegelfarben; seit 15. Dezember 1933 Dienstdolche). Mit der Aufstellung der SA betraut Hitler den Gründer und Führer des *Frontbanns* Röhm.

♦ 27. Februar 1925: Hitler spricht nach seiner Freilassung erstmalig wieder im Bürgerbräukeller in München; Neugründung der NSDAP unter seiner Führung. Beseitigung der bisherigen Gegensätze zwischen den verschiedenen Führern. Der Völkische Block und die Großdeutsche Volksgemeinschaft lösen sich auf; Frick, Feder, Buttmann, Esser, Streicher, Dinter Imterstellen sich in der Gründungsversammlung Hitlers Führung. Im Reichstag trennen sich die nationalsozialistischen Abg. Frick, Feder, Dietrich und Strasser von den Deutschvölkischen; im bayrischen Landtag erklären sich von den 23 völkischen Abg. 6 für Hitler, unter ihnen Buttmann, Streicher und Adolf Wagner (Bildung einer eigenen Fraktion am 24. September). In Württemberg bestehen von 1925 bis 1927 nebeneinander NSDAP (Hitlerbewegung) und Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB) unter nat.-soz. Abg. Mergenthaler (als Vereinigung von Nationalsozialisten und Deutschvölkischen); im Frühsommer 1927 in Hitlers Anwesenheit NSFB in NSDAP eingegliedert. Neubau der Bewegung aus den kleinsten Anfängen heraus. Reichsschatzmeister: Franz Xaver Schwarz (am 28. März 1925 von Hitler mit diesem Amt betraut); Reichsgeschäftsführer: Philipp Bouhler; Direktor des Zentralparteiverlags: Max Amann. Da das Verbot gegen die NSDAP nunmehr auch in den übrigen deutschen Ländern auf gehoben wird, faßt die Bewegung in der Folgezeit auch in Norddeutschland festen Fuß. Gründung zahireicher neuer Gaue; es bestehen Ende des Jahres folgende: Rheinland-Nord (Karl Kaufmann), Rheinland-Süd (kurze Zeit Heinz Haake, dann Dr. Robert Ley), Westfalen (Franz von Pfeffer), Hessen-Nassau-Nord (Prof. Schultz), Hessen-Nassau-Süd, Hamburg (Joseph Klant), Lüneburg-Stade (Otto Telschow), Schleswig-Holstein (Hinrich Lohse), Hannover (Bernhard Rust), Mecklenburg-Lübeck (Friedrich Hildebrandt), Pommern (Theodor Vahlen), Ostpreußen (Bruno Gustav Scherwitz), Groß-Berlin (Ernst Schlange), Elbe-Havelgau (Bachschmidt), Anhalt (Dr. Schmischke), Halle-Merseburg (Paul Hinkler), Sachsen (Martin Mutschmann), Thüringen (Arthur Dinter), Oberschlesien (Helmuth Brückner), Baden (Robert Wagner), Württemberg (Eugen Munder), Niederbayern (Gregor Strasser), Franken (Julius Streicher). Außerhalb Bayerns ist der Nationalsozialismus am stärksten im Rheinland (hier gibt Dr. Joseph Göbbels, Gaugeschäftsführer des Gaues Rheinland-Nord, zusammen mit Gregor Strasser seit 1. Oktober 1925 die für den Aufbau der NSDAP in Norddeutschland äußerst wichtige Halbmonatsschrift: *Nationalsozialistische Briefe* heraus) sowie in Thüringen und Sachsen.

Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der NSDAP:

Ende 1925	27117
Ende 1926	49523
Ende 1927	72590
Ende 1928	108717
Ende 1929	176426
14. Sept. 1930	293000
Ende 1930	389000
Ende 1931	806294
April 1932	1 Million
Ende 1932	1414975

- ♦ 9. März 1925: Bayrische Regierung Held (seit 28. Juni 1924 am Ruder) erläßt gegen Hitler wegen seiner Rede vom 27. Februar ein völlig ungerechtfertigtes Redeverbot, andere Länderregierungen (zur Beispiel, Preußen, Baden, Sachsen, Hamburg, Oldenburg) schließen sich diesem Vorgehen an. Nur in Württemberg, Thüringen, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin darf Hitler reden.
- ♦ 29. März 1925: 1. Wahlgang der Reichspräsidentwahl (bisheriger Reichspräsident Ebert † 28. Februar). Hitler stellt als Präsidentschaftskandidaten der NSDAP General Ludendorff auf, der 285793 Stimmen (1,1 %) erhält, während sich die Deutschvölkischen gegen ihr Fraktionsmitglied Ludendorff für den Reichsinnenminister und Vizekanzler Jarres, Oberbürgermeister von Duisburg, einsetzen.
- ♦ 26. April 1925: Generalfeldmarschall von Hindenburg im 2. Wahlgang mit 14,65 Mill. Stimmen (u. a. der Nationalsozialisten, die auf einen eigenen Kandidaten verzichten) zum Reichspräsidenten (gegen Marx und Thälmann) gewählt (Amtsantritt am 12. Mai).
- ♦ Mai 1925: Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Stellung der SA zur NSDAP (Hitler wünscht die SA als Glied der Parteiorganisation, Röhm aber eine selbständige Gliederung in Verbindung mit dem Frontbann zur Stütze der völkischen Bewegung, losgelöst von der Partei) veranlassen Röhm, die Führung der SA und des Frontbanns niederzulegen. Wo in den folgenden Monaten Sturmabteilungen gegründet werden, sind sie ohne zentrale Leitung in der Hand der einzelnen Gauleiter der NSDAP. Als zentrale Organisation, besonders zum persönlichen Schutze Hitlers und zum Versammlungsschutz, am 9. November 1925 aus den treuesten und zuverlässigsten Parteigenossen die zahlenmaßig absichtlich sehr klein gehaltenen, zentral von München aus geleiteten Schutzstaffeln (SS) der NSDAP gebildet (Vorläufer der SS [auch in der Uniform: schwarze Mütze mit Totenkopf, schwarzumrandete Hakenkreuzbinde; dazu jetzt Braunhemd mit schwarzem Binder] ist der Stoßtrupp Hitler). Später wird die SS in ihrem Aufbau dem der SA angeglichen am 31. Dezember 1931 ihr ein Rasse- und Siedlungsamt (seit 30. Januar 1935: Rasse- und Siedlungs-Hauptamt) (unter Darré) angegliedert; seit Herbst 1926 nimmt die SS auch passive (fördernde) Mitglieder auf. Oberleitung der SS in München: zunächst Hitlers jetziger Fahrer Julius Schreck, nach seiner Rückkehr aus Österreich (15. April 1926) bis Anfang März 1927 der Führer des Stoßtrupps Hitler von 1923 Joseph Berchtold (November 1926 von der neugegründeten Obersten SA-Führung als Reichsführer der SS bestätigt), seit März 1927 der bisherige Vertreter des Reichsführers Erhard Heiden (1923 Mitglied des Stoßtrupps Hitler) Reichsführer; seit 6. Januar 1929 der stellvertretende Reichsführer der SS (seit 1927) Heinrich Himmler Reichsführer der damals noch sehr kleinen SS.
- ♦ Juni: Durch Übertritt des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Georg Best zu den 10 deutschvölkischen ergibt sich jetzt die Möglichkeit, zusammen mit den 4 nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag eine Fraktion zu bilden. Infolgedessen Schaffung einer Völkischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag.
- ♦ 24. Juni 1925: Eröffnung der ersten Parteigeschäftsstelle der NSDAP in München nach Neugründung der Partei (Schellingstr. 50) (bisher seit Neugründung im Verlag Eher in München, Thierschstr. 15, untergebracht).
- ♦ 18. Juli 1925: Von Hitlers Werk: *Mein Kampf* (als ursprünglicher Titel geplant: 4 1/2 Jahre Kampf gegen Lüge, Dummheit und Feigheit) erscheint der 1. Band, den Hitler während der Festungshaft seinem Sekretär Rudolf Heß diktierte.
- ♦ Oktober: Gregor Strasser, Gauleiter Niederbayerns, wird als Essers Nachfolger Reichspropagandaleiter der NSDAP.
- ♦ 14. Februar 1926: Nationalsozialistische Führertagung unter Hitlers Vorsitz in Bamberg; Entscheidung über Programmfragen an Feder übertragen. Hitler löst die von Gregor Strasser auf der Tagung der nord- und westdeutschen Gauleiter in Hannover am 22. November 1925 gegründete Arbeitsgemeinschaft Nordwest auf.
- **Februar:** Auf Hitlers Veranlassung Gründung des *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes* (NSDStB) durch Wilhelm Tempel.

- ♦ März 1926: Gründung des *Kampfverlags* in Berlin durch die Brüder Gregor und Otto Strasser zusammen mit dem Gauleiter Pommerns, Prof. Vahlen; hier erscheinen 7 nationalsozialistische Wochenzeitungen (Berliner Arbeiterzeitung, Der nationale Sozialist für Norddeutschland, für Westdeutschland, für Rhein und Ruhr, für die Ostmark, für Sachsen, für Mitteldeutschland, außerdem seit 1928 für Württemberg).
- ♦ 11. März 1926: Gründung des Gaues Danzig, (Gauleiter: Hans-Albert Hohnfeldt, seit 15. Oktober 1930 Albert Forster).
- ♦ 12. März 1926: Gründung der Berliner SA aus Teilen des damals aufgelösten *Frontbann Nord* unter Kurt Daluege.
- ♦ 19. März 1926: Hitlers *Offene Antwort an Herrn von Graefe* im *Völkischen Beobachter*; entscheidende Auseinandersetzung mit den Deutschvölkischen.
- ❖ 11. Mai 1926: Unterstellung der hitlertreuen österreichischen Nationalsozialisten unter Hitler, nachdem nach einer Spaltung der Nationalsozialistischen Partei Österreichs der hitlertreue Teil im März 1926 nach dem Vorbild der reichsdeutschen Bewegung nach Rücksprache mit Hitler den Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein gegründet hatte.
- ♦ 22. Mai 1926: Auf der Generalversammlung in München Hitler einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Annahme neuer Satzungen des *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins* (am 30. Juni in das Vereinsregister in München eingetragen; am 29. März 1935 aufgehoben). Der Vorstand des *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins* bildet zugleich Leitung der NSDAP. Beschluß: *Das Programm vom 24. Februar 1920 ist unabänderlich.*
- ♦ 20. Juni 1926: Kommunistischer Volksentscheid (Volksbegehren vom 4.-17. März) gegen Fürstenabfindung scheitert. Die Parteileitung der NSDAP verbietet Beteiligung der Nationalsozialisten. Am 6. Mai stimmt die NSDAP im Reichstag gegen die Fürstenenteignung.
- ♦ 3./4. Juli 1926: 2. Reichsparteitag der NSDAP in Weimar; Hitler spricht über: *Politik, Idee und Organisation*; Gründung der *Hitler-Jugend* (später als Untergliederungen: Deutsches Jungvolk, Bund Deutscher Mädel in der HJ, Jungmädel in der HJ geschaffen) als nat.-soz. Jugendbewegung unter Reichsführer Kurt Gruber in Plauen (1931/32 v. Renteln), nachdem Hitler am 6. Mai 1925 nach Ausscheiden des bisherigen Führers Lenk die Leitung der nationalsozialistischen Jugendbewegung dem Führer der *Schill-Jugend* E. Heines übertragen hatte; erstmaliges Erscheinen des *Illustrierten Beobachters* (erscheint seit 1. Oktober 1928 wöchentlich) (Schriftleiter: Hermann Esser); Feder mit der Herausgabe der *Nationalsozialistischen Bibliothek* (amtliches Schrifttum der Partei) beauftragt (bisher über 50 Hefte).
- * 3./4. Juli 1926: Auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Weimar ernennt Hitler Kurt Gruber in Plauen, den Gründer der neuen Organisation, zum ersten Reichsführer der Hitler-Jugend (der Name stammt von Gauleiter Julius Streicher; zur Beispiel, für die nat.-soz. Groβdeutsche Jugendbewegung in Gera schon am 25. April 1926 eingeführt). Sitz der Reichsleitung der HJ in Plauen. Erstes Organ: Hitler-Jugend (1926/27; seit 1928: H.J.Z.). 1928 als besondere Gliederungen: Schwesternschaften (seit 1930: Bund Deutscher Mädel in der Hitler-Jugend) und Jungmannschaften (1930 mit dem Jungvolk zusammengeschlossen) gebildet. Jungvolk: 1929/30 zahlreiche Jungvolkgaue (in Fähnlein gegliedert) in Österreich und im Reich (Baden, Bayern, Hessen, Nordfranken, Pommern, Rheinland) aufgestellt; 1930 Jungvolk-Verbote in Bayern, Hessen und anderen deutschen Ländern. Am 18. August 1930 umbenannt in Deutsches Jungvolk (Uniform: schwarzes Käppi, Braunhemd mit Dreieckstuch und Ärmelscheibe mit Siegrune, schwarze Hose). April 1931 das Deutsche Jungvolk in die Hitler-Jugend und die Jungvolk-Mädelgruppen in den Bund Deutscher Mädel als Unterorganisationen eingegliedert.
- ♦ 4. Juli 1926: 2. Reichsparteitag der NSDAP in Weimar; Hitler verleiht im Nationaltheater in Weimar der SA 8 Standarten (3 für Bayern, 5 für das Gebiet außerhalb

Bayerns); dem Reichsführer der SS Berchtold übergibt er die *Blutfahne*, deren Träger Andreas Bauriedl am **9. November 1923** an der Feldherrnhalle in München gefallen ist; 6000 Braunhemden marschieren an Hitler vorbei.

- **♦** August: Auf der Tagung Vereinigung österreichischen in Passau des **Deutschen** Arbeitervereins" *Nationalsozialistischen* und der österreichischen nationalsozialistischen Ländervertreter zur NSDAP Österreichs (Hitlerbewegung) und deren Eingliederung samt dem Vaterländischen Schutzbund (als SA unter Reschny) in die reichsdeutsche Organisation (unter Landesführer Friedrich Jankovic).
- ♦ September 1926: Leutnant a. D. Edmund Heines wird mit seiner Roßbach Organisation Bayerns in die SA eingegliedert.
 - ♦ 27. Oktober 1926: Unterstellung der HJ unter die neugegründete Oberste SA-Führung.
- ♦ 31. Oktober 1926: Landtagswahl in Sachsen: NSDAP erhält 37725 Stimmen (1,6 %) und 2 von 96 Sitzen.
- ♦ November 1926: Dr. Joseph Göbbels übernimmt im Auftrage Hitlers die Leitung des Gaues Berlin-Brandenburg der NSDAP. Beginn der Eroberung des *roten Berlins* trotz schwersten Terrors und im Kampfe gegen Vizepolizeipräsidenten Dr. Bernhard (*Isidor*) Weiß. Gründung der Obersten SA-Führung in München (als zentrale Leitung), der auch die SS und die Hitler-Jugend unterstellt wird. Hitler ernennt zum Obersten SA-Führer (Osaf) (gleichzeitig Vorsitzenden des Jugend- sowie des Sport- und Turnausschusses der Parteileitung) den Gauleiter und SA-Führer des Gaues Ruhr Franz von Pfeffer, der eine einheitliche Organisation der SA und deren scharfe Trennung von der politischen Organisation der NSDAP durchführt (sein Adjutant: Georg Hallermann, † 14. September 1930). 6. November 1926 und 4. Juni 1927: Einteilung der SA in Gruppen, Trupps, Stürme, Standarten, Brigaden und Gaustürme (Gaustürme nicht nach politischen, sondern nach Stammesgrenzen gegliedert); seit 1928 die Gaustürme in die Gebiete der 7 Oberführer Ost, Nord West, Mitte, Süd, Ruhr und Österreich (seit Frühjahr 1929 als Osaf-Stellvertreter bzw. selbständige Oberführer bezeichnet) zusammengefaßt (Stennes, Dincklage [† 7. Oktober 1930], v. Ulrich [seit 1. Juni 1930 v. Fichte], v. Killinger, Schneidhuber, Lutze, Reschny).
- ♦ 9. November 1926: Dieser Tag zur Erinnerung an den 9. November 1923 zum Reichstrauertag der NSDAP erhoben.
 - ♦ 10. Dezember 1926: Band 2 von Hitlers Werk: *Mein Kampf* erscheint.
- ♦ 30. Januar 1927: Landtagswahl in Thüringen: NSDAP erhält 27918 Stimmen (3,41 %) und 2 von 56 (bisher [Wahl vom 10. Februar 1924] 5 von 72) Mandaten.
 - ♦ Februar 1927: Aufhebung des Redeverbots gegen Hitler in Sachsen.
- ♦ 11. Februar 1927: Saalschlacht anläßlich einer Göbbels-Versammlung in den *Pharussälen*, der Hochburg der Kommunisten, in Berlin; der kommunistische Sprengungsversuch wird unter dem Berliner SA-Führer Kurt Daluege mit schweren Blutopfern abgewehrt; Göbbels prägt das Wort vom *unbekannten SA-Mann*.
- ♦ 15. Februar 1927: Lösung der im Juni 1925 zwischen den 15 nationalsozialistischen und deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten gebildeten *Völkischen Arbeitsgemeinschaft*, da den Nationalsozialisten, die in der Fraktion in der Mehrzahl sind, der Vorsitz versagt wird.
 - ♦ 5. März 1927: Aufhebung des Redeverbotes für Hitler in Bayern.
- **♦ Mai 1927:** Hitler spricht erstmalig in geschlossener Mitgliederversammlung im *Clou* in Berlin vor 5000 Mitgliedern der NSDAP.
- ♦ 5. Mai 1927: Verbot der NSDAP in Berlin durch den Polizeipräsidenten Zörgiebel infolge von Provokationen des ehemaligen Pfarrers Stucke in einer Göbbels-Versammlung im Kriegervereinshaus in Berlin (am 4. Mai). Gleichzeitig Verbot der NSDAP in Köln und Neuwied.
- ♦ 17. Mai 1927: Verlängerung des Republikschutzgesetzes durch den Reichstag unter anderen gegen die Stimmen der NSDAP.

- ♦ Juli 1927: Erstmalig erscheint die von dem Berliner Gauleiter Dr. Göbbels herausgegebene Berliner nationalsozialistische Montagszeitung: *Der Angriff* (Hauptschriftleiter: Dr. Julius Lippert).
- ♦ 19./21. August 1927: 3. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg; Herausgabe kultureller Richtlinien, auf Grund deren 1929 der *Kampfbund für deutsche Kultur* unter Alfred Rosenberg gegründet wird. -- Wegen der vielen Wahlen Ausfall des Parteitages von 1928.
- ♦ 21. August 1927: 3. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg; Hitler verleiht der SA im Luitpoldhain 12 neue Standarten; 30000 SA-Männer marschieren auf dem Hauptmarkt an Hitler vorbei. Die (damals verbotene) Berliner SA wird bei ihrer Rückkehr aus Nürnberg in Teltow von der Berliner Polizei aus dem Eisenbahnzug heraus verhaftet.
- ♦ 9. Oktober 1927: Bürgerschaftswahl in Hamburg: NSDAP erringt 9754 Stimmen (1,5%) und 2 (bisher [Wahl vom 6. Oktober 1924] 1) von 160 Mandaten.
- **♦ 27. November 1927:** Landtagswahl in Braunschweig: NSDAP erringt 10358 Stimmen (3,7 %) und 1 (bisher [Wahl vom **7. Dezember 1924**] keins) von 48 Mandaten.
- ♦ Januar 1928: Gregor Strasser (bisher Vorsitzender des Propagandaausschusses) wird Vorsitzender des Organisationsausschusses (bisher: von Heinemann); vorübergehend übernimmt Hitler Vorsitz im Propagandaausschuß (seit 1929 Dr. Göbbels Reichspropagandaleiter); stellv. Propagandaleiter: Heinr. Himmler (von Herbst 1926-1930); Walter Buch zum Vorsitzenden des *Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses* (Uschla; seit 1. Januar 1934 *Parteigericht*) (bisher: von Heinemann) ernannt. Der 1924 von Elsbeth Zander gegründete *Völkische Frauenorden* als *Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz* der NSDAP als Unterorganisation eingegliedert.
- **♦ 19. Februar 1928:** Bürgerschaftswahl in Hamburg (infolge Ungültigkeit der Wahl vom **9. Oktober 1927** laut Staatsgerichtshofsurteil vom **17. Dezember 1927**): NSDAP erhält 15060 Stimmen (2,1 %) und 3 (bisher 2) von 160 Mandaten.
 - ♦ 28. März 1928: Gründung der SA-Reserve für die über 40 Jahre alten Parteigenossen.
- ♦ 31. März 1928: Aufhebung des Verbotes der NSDAP in Berlin nach fast einjähriger Dauer, kurz darauf auch in Köln und Neuwied.
- ♦ April 1928: Gründung der Zeugmeistereien (zur guten und billigen Ausrüstung der SA).
- **♦ 13. April 1928:** Parteiamtliche Auslegung des Punktes 17 des Programms der NSDAP (über unentgeltliche Enteignung von Grund und Boden).
- ♦ 20. Mai 1928: Neuwahl des am 31. März aufgelösten Reichstages: starke Zunahme der Sozialdemokraten, die 22 neue Mandate (im ganzen: rund 9,3 Mill. Stimmen und 153 Mandate) gewinnen; NSDAP erhält bei einer Wahlbeteiligung von nur 74,6 % 809000 Stimmen (2,6 %) und 12 (bei Auflösung des Reichstages vom 7. Dezember 1924: 7) von 491 Mandaten (Buch, Dreher, Epp, Feder, Frick [Fraktionsführer], Göbbels, Göring, Reventlow, Stöhr, G. Strasser, Jos. Wagner, Willikens). Die Deutschvölkischen erhalten kein Mandat. Gleichzeitig Neuwahl der Landtage in Preußen (NSDAP: 6 Mandate: Haake, Kaufmann, Kerrl, Kube [Fraktionsführer], Ley, Lohse [bisher durch Wahl vom 7. Dezember 1924 1: Haake] von 450 Mandaten), Bayern (NSDAP: 9 [bisher durch Wahl vom 6. April 1924 6] von 129 Mandaten), Anhalt (NSDAP: 1 [wie bisher durch Wahl vom 9. November 1924] von 36 Mandaten), Oldenburg (NSDAP: 3 [bisher durch Wahl vom 4. Mai 1925 keins] von 48 Mandaten), Württemberg (NSDAP: keins [bisher durch Wahl vom 4. Mai 1924 1] von 80 Mandaten; später tritt ein Abgeordneter zur NSDAP über).
- ♦ Juli 1928: Reinhold Muchow († 12. September 1933) von Dr. Göbbels zum Gauorganisationsleiter des Gaues Groß-Berlin der NSDAP berufen. Sein Gauorganisationsplan (Zelle, Unterstraßenzelle, Straßenzelle, Sektion, Bezirk [Kreis], Gau) später von der Reichsleitung für die organisation der Partei im ganzen Reich übernommen.
- ♦ Juli: Baldur von Schirach als Tempels Nachfolger Reichsführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes.

- ♦ 9. August 1928: Reichsleitung der NSDAP lehnt die Gründung nationalsozialistischer Gewerkschaften ab.
 - ♦ 28. September 1928: Aufhebung des Redeverbotes für Hitler in Preußen.
- ♦ 30. September 1928: Anläßlich des 3. Märkertages veranstaltet der Gau Berlin der NSDAP erstmalig eine Massenversammlung (mit Dr. Göbbels) im Sportpalast in Berlin.
- ♦ Oktober 1928: Neueinteilung der Gaue der NSDAP (in der Hauptsache entsprechend den Reichstagswahlkreisen) in 25 Gaue (der Gau Bayern zerfällt in 8 selbständige Untergaue), 2 selbständige Bezirke und den Landesverband Österreich (mit 6 Gauen).
- ♦ 11. Oktober 1928: Gründung des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ) unter Dr. Hans Frank II.
 - ♦ 16. November 1928: Hitler spricht erstmalig im Sportpalast in Berlin.
- ♦ 28./31. Dezember 1928: Erste Reichsführertagung der Hitler-Jugend in Plauen i. V., dem Sitze des Reichsführers Kurt Gruber.
- ♦ Januar 1929: Umwandlung der bisherigen SA-Versicherung in ein Parteiunternehmen (unter Martin Bormann); seit 1. September 1930 Name in Hilfskasse der NSDAP geändert.
- ♦ 7. März 1929: In der Blutnacht von Wöhrden (Holstein) 2 SA-Männer (Hermann Schmidt, Otto Streibel) von Kommunisten ermordet.
 - ♦ 15. April 1929: Hitler ernennt Karl Kaufmann zum Gauleiter Hamburgs.
- ♦ 23. April 1929: Stellung der Hitler-Jugend zur Partei festgelegt (Überführung der 18 jährigen Hitlerjungen in die SA am 9. November jedes Jahres). Richtlinien zwischen Hitler-Jugend und Partei sowie zwischen Hitler-Jugend und SA durch Osaf von Pfeffer und Reichsführer der HJ Gruber festgelegt. Überführung der achtzehnjährigen Hitlerjungen in die Partei und SA (am 9. November eines jeden Jahres) geregelt; kein HJ-Führer darf zugleich SA-Führer sein.
- ♦ Mai 1929: Verbot des kommunistischen Rotfrontkampferbundes in Preußen durch den preußischen Innenminister Grzesinski wegen des kommunistischen Aufstandes in Berlin am 1. Mai; fast alle deutschen Länderregierungen schließen sich diesem Verbot an.
- ♦ 12. Mai 1929: Landtagswahl in Sachsen: NSDAP erhält 133787 Stimmen (4,95 %) und 5 (bisher [Wahl vom 31. Oktober 1926] 2) von 96 Mandaten; Kabinett Dr. Bünger (25. Juni 1929 bis 6. Mai 1930); die Deutsche Volkspartei lehnt die Vorschläge der NSDAP ab.
- ♦ 23. Juni 1929: NSDAP erringt bei der vorläufigen Stadtratswahl in Koburg 5146 Stimmen und mit 13 (bisher [durch Wahl vom 7. Dezember 1924] 3) von 25 Stadtratssitzen (durch Listenverbindung mit den bürgerlichen Parteien) erstmalig in einer Stadt die absolute Mehrheit. Bei der endgültigen Stadtratswahl am 8. Dezember erringt die NSDAP jetzt im Kampfe gegen alle übrigen Parteien 6348 Stimmen (bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 auf 7416 erhöht) und mit 13 von 25 Stadtratssitzen wiederum die absolute Mehrheit. 2 Nationalsozialisten (Schwede, Faber) zum 1. und 2. Bürgermeister gewählt. Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes (erstmalig in einer deutschen Stadt); Beginn der Verwirklichung des nationalsozialistischen Programms; Sparsamkeit und Sauberkeit in der Verwaltung; Ausgleich des Etats; Bauten von billigen Wohnungen; Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer; Abschaffung der unsozialen Bürgersteuer; Arbeitsbeschaffung für ausgesteuerte Erwerbslose.
- ❖ 23. Juli 1929: Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin: NSDAP erhält 2 (bisher [Wahl vom 22. Mai 1927] keins) von 51 Mandaten. Die beiden nationalsozialistischen Stimmen sind ausschlaggebend: den 25 Stimmen der Regierungsparteien stehen 24 der Linken gegenüber.
- ♦ 1./4. August 1929: 4. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg; Gründung des *Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes* unter San.-Rat Dr. Liebl Ingolstadt, seit 1932 Dr. Gerhard Wagner. Beschluß, die bisher auf Franken begrenzte Organisation des 1927 in Hof von Hans Schemm gegründeten NS-Lehrerbundes auf das Reich auszudehnen.
- ❖ August 1929: 4. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg; Hitler verleiht der SA im Luitpoldhain 24 neue Standarten und der SS 10 Sturmfahnen; 60000 SA- und SS-Männer sowie 2000 Hitlerjungen marschieren auf dem Hauptmarkt an Hitler vorbei.

- ♦ August 1929: Auf dem Reichsparteitag in Nürnberg marschieren unter Grubers Führung erstmalig 2000 Hitlerjungen an Hitler vorbei. Weihe von HJ-Gaufeldzeichen (Hammer und Schwert auf rotem Grund).
- ♦ 27. Oktober 1929: Landtagswahl in Baden: NSDAP erhält 66106 Stimmen (6,98 %) und 6 von 88 Mandaten (bisher [Wahl vom 25. Oktober 1925) nur 1,18 % der Stimmen, kein Mandat).
- ♦ 10. November 1929: Bürgerschaftswahl in Lübeck: NSDAP erhält 6338 Stimmen (8,1%) und 6 (bisher [Wahl vom 14. November 1926] keins) von 80 Mandaten.
- ♦ 17. November 1929: Dr. Theodor Adrian von Renteln von Hitler mit der Reichsführung des *Nationalsozialistischen Schülerbundes* (zuerst in Hamburg gegründet; im Frühjahr 1933 in die HJ ganz eingegliedert) als der nat.-soz. Jugendorganisation der höheren Schulen beauftragt (Organ [seit 1. Dezember 1929]: *Der Aufmarsch*).
- ♦ Anfang Dezember: Beginnende Zersetzung der Deutschnationaen Volkspartei (Austritt von Treviranus und zahlreichen anderen deutschnat. Reichstagsabgeordneten; im Juli 1930 folgen Graf Westarp u. a. Im ganzen scheiden von 78 Abgeordneten 47 aus).
- ♦ 8. Dezember 1929: Landtagswahl in Thüringen: NSDAP erhält 90236 Stimmen (11.31 %) und 6 von 53 (bisher [Wahl vom 30. Januar 1927] 2 von 56) Mandaten (nach SPD und Landbund stärkste Partei).

Der Kampf gegen den Youngplan (1929/30).

Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren (am 9. Juli konstituiert) gegen den (von den Sachverständigen am 31. Mai angenommenen) Youngplan (unter Führung von Hitler, Hugenberg, Seldte und Claß) gibt am 11. September den Wortlaut des Freiheitsgesetzes bekannt. Nachdem sich vom 16. bis 29. Oktober trotz behördlicher Behinderung 4,135 Mill. Wähler (10,06 %) für das Volksbegehren und für den Entwurf eines Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes eingezeichnet haben, wird im Reichstag das Freiheitsgesetz am 30. November abgelehnt. Da bei dem Volksentscheid am 22. Dezember jedoch nur 5825 Mill. Ja-Stimmen abgegeben werden, erlangt das Freiheitsgesetz keine Gesetzeskraft. Am 12. März 1930 Annahme des Youngplans im Reichstag mit 224 gegen 206 Stimmen; am 13. März von Hindenburg unterzeichnet.

1930 -- Nationalsozialistische Regierung in Thüringen (1930/31).

❖ 28. Januar 1930: Auf Grund des Landtagswahlergebnisses vom 8. Dezember 1929 der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Frick mit 28 gegen 22 Stimmen (Kommunisten Sozialdemokraten, Demokraten) des thüringischen Landtags thüringischen Innen- und Volksbildungsminister gewählt; erster nationalsozialistischer Minister. Baum (Landvolkpartei) zum Ministerpräsidenten gewählt. Infolge des Eingreifens des Reichsinnenministers Severing in innerthüringische Angelegenheiten (wegen Aufhebung des Verbotes des nationalen Jugendbundes Adler und Falken) und wegen angeblicher Einstellung von Nationalsozialisten in die thüringische Landespolizei Konflikt zwischen Frick und Severing, der am 18. März die dienstlichen Beziehungen des Reiches zum thüringischen Staatsministerium abbricht und am 20. die Zahlung von Reichsgeldern für Thüringen sperrt. Nach Rücktritt der Reichsregierung Müller (27. März), der auch Severing angehört, wird der Konflikt durch Unterredung zwischen Ministerpräsident Baum und dem neuen Reichsinnenminister Wirth am 10. April gütlich beigelegt; Aufhebung der Geldsperre. Wichtiges Ermächtigungsgesetz für Sparmaßnahmen und Personalabbau am 29. März mit 28 gegen 25 Stimmen im Landtag angenommen. Durchführung der notwendigen Verwaltungsreform; Ausgleich des Etats; Berufung des Prof. Schultz-Naumburg an die Spitze der Weimarer vereinigten Kunstlehranstalten und des Rassenforschers Dr. Günther als Professor an die Universität Jena gegen den Willen der Fakultät; Eintreten für deutsche Kultur; Einführung neuer Schulgebete, von denen der Staatsgerichtshof in Leipzig am 11. Juli 3 als gegen Art. 148 der Reichsverf. verstoßend bezeichnet. Am 17. Mai bei Gelegenheit der Verstaatlichung der thüringischen Polizei Ernennung zweier nationalsozialistischer Beamter (Hellwig, Ortlepp) zum Weimarer Polizeidirektor und Leiter der Landeskriminalpolizei vom thüringischen Staatsministerium beschlossen; daraufhin stellt Wirth am 5. Juni erneut die Zahlung der Polizeizuschüsse des Reiches ein. Am 22. Dezember der Streit durch einen für Thüringen günstigen Vergleich zwischen Frick und Wirth, der nur so eine offene Niederlage vermeiden kann, vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig beigelegt.

- ❖ 23. Februar 1930: Der Berliner Sturmführer 5 (seit 1. Mai 1929) Horst Wessel (Dichter des Horst-Wessel-Liedes) erliegt seinen schweren Schußverletzungen, die ihm Kommunisten am 14. Januar bei einem Überfall in seiner Wohnung beibrachten; am 1. März unter ungeheurer Beteiligung der Berliner Bevölkerung auf dem Nikolaikirchhof in Berlin beigesetzt. Die Mörder wegen gemeinschaftlichen Totschlages nur zu 6 Jahren 1 Monat Zuchthaus verurteilt.
- ♦ 6. März 1930: Gegen Nationalsozialisten und Kommunisten gerichteter Erlaß des Reichswehrministers Gröner (betr. Zellenbildung). Parteiamtliche Kundgebung über die Stellung der NSDAP zum Landvolk und zur Landwirtschaft (vom Reichsorganisationsleiter II [von 1929 bis 9. Juni 1932] Oberst a. D. Konstantin Hierl verfaßt).
- ♦ 18. März 1930: Neues Republikschutzgesetz (ohne Ausnahmebestimmungen gegen die früher Regierenden Fürstenhäuser) im Reichstag unter anderen gegen die Stimmen der Nationalsozialisten angenommen.
- ♦ 30. März 1930: Hindenburg ernennt Dr. Brüning zum Reichskanzler (Kabinett der Frontsoldaten) an Stelle des am 27. März zurückgetretenen Reichskanzlers Hermann Müller. Die Nationalsozialisten stimmen im Reichstag am 3. April für das mit 253 gegen 187 Stimmen abgelehnte Mißtrauensvotum gegen Brüning.
- ❖ April 1930: Erstmalig erscheint die von Hitler herausgegebene wissenschaftliche nationalsozialistische Zeitschrift: Nationalsozialistische Monatshefte (Schriftleitung: Alfred Rosenberg) (bisher über 5 Hefte). Erstes Verbot der Hitler-Jugend (an den Schulen und Berufsschulen der Provinz Hannover durch den Oberpräsident Noske). Gründung der SA-Motortrupps und des nationalsozialistischen Automobilkorps (NSAK) (als Hilfsorganisation der SA).
- ♦ Juni 1930: Diplomlandwirt Walther Darré von Hitler mit der Organisation des Bauerntums innerhalb der NSDAP betraut; am 1. August nach München in die Reichsleitung (als Abteilungsleiter in der Organisationsabteilung II) berufen; Aufbau des Agrarpolitischen Apparates der NSDAP; Schöpfer der Begriffe Bauer und Landwirt im Sinne des (am 1. Oktober 1933 verkündeten) Reichserbhofgesetzes. Seit 31. Dezember 1931 Chef des SS-Rasse- und Siedlungsamtes (seit 30. Januar 1936: Rasse- und Siedlungs-Hauptamt der SS).
- ♦ Anfang Juni: Bayern erläßt als erstes Land Uniformverbot für politische Verbände, einseitig gegen NSDAP durchgeführt, in Baden Verbot nur der Braunhemden (14. Januar 1931 aller Parteiuniformen). Osaf-Stellvertreter-West Curt von Ulrich zum Generalinspekteur der SA und SS (Gisass) ernannt.
 - ♦ Juni 1930: Erstes Uniformverbot in Berlin (SA trägt weiße Hemden).
 - ♦ 11. Juni 1930: Braunhemdenverbot in Preußen.
- ♦ 22. Juni 1930: Landtagswahl in Sachsen: NSDAP erringt 376768 Stimmen und 14 (bisher [Wahl vom 12. Mai 1929) von 96 Sitzen, wird damit nach den Sozialdemokraten bereits zur stärksten Partei. Geschäftsführendes Ministerium Schieck (seit 6. Mai 1930).
- ♦ 30. Juni 1930: Infolge des Konfliktes zwischen Hitler und Otto Strasser (am 21./22. Mai) legt dessen Bruder Gregor Strasser die Herausgeberschaft der Zeitungen des

Kampfverlages nieder und stellt sich auf Hitlers Seite, Hitler beauftragt den Berliner Gauleiter Dr. Göbbels mit der rücksichtslosen Säuberung der Partei von den Salon-Bolschewisten.

- ♦ Juli 1930: Die preußische Regierung verbietet den Beamten Zugehörigkeit zur NSDAP und KPD.
- ♦ Juli 1930: Otto Strasser gründet unter der Parole: Die Sozialisten verlassen die NSDAP mit einigen Abtrünnigen die bedeutungslose Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten (später Schwarze Front). 3. Juni 1931: Zusammenschluß mit der von Stennes am 30. April gegründeten Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands (NSKD). 11. September 1931: Strasser und Stennes trennen sich. Januar 1932: Stennes die Führung des Namens: Nationalsozialistisch gerichtlich verboten.
- ♦ Juli 1930: NSDAP erwirbt in München mit Hilfe einer außerordentlichen Parteiumlage das ehemalige Barlow-Palais (Briennerstr. 45) als künftigen Sitz der Reichsparteileitung (Braunes Haus).
- ♦ 18. Juli 1930: Hindenburg löst auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, da dieser mit 236 (u. a. der Nationalsozialisten) gegen 222 Stimmen die Aufhebung der beiden Steuernotverordnungen Brünings vom 16. Juli beschlossen hat.
- ❖ 29. August 1930: Rücktritt Pfeffers als Oberster SA-Führer und Vorsitzender des Jugendausschusses der Parteileitung (seit 1927). Walter Buch Vorsitzender des Jugendausschusses (bis 1931).
- ♦ September 1930: Erstmal. Erscheinen der Nationalsozialistischen Landpost (agrarpolit. Wochenbl. d. NSDAP hauptschriftl.: W. Darré).
- ♦ September 1930: Hitler selbst übernimmt die oberste Führung der SA und SS (rund 100000 Mann) und den Vorsitz des Sportund Turnausschusses und ruft Röhm, der seit 1928 als Oberstleutnant in bolivianischen Militärdiensten steht, unter Ernennung zum Chef des Stabes (Januar bis Juni 1934: Stabschef) der SA telegraphisch nach Deutschland zurück.
- ♦ September 1930: Hitler ernennt Pfeffers Stabschef (seit Sommer 1929) Dr. Otto Wagener zu seinem vorläufigen Stabschef.
- ♦ 14. September 1930: Reichstagswahl: NSDAP erringt bei einer Wahlbeteiligung von 82 % 6406000 Stimmen (18,3 %) und 107 von 577 (bisher [Wahl vom 20. Mai 1928] 12 von 491) Mandaten. NSDAP wird nächst der soz.-dem. Partei (143 Sitze) zur stärksten Fraktion im Reichstag. Starke Verluste der Mittelparteien. Gleichzeitig Landtagswahl in Braunschweig: NSDAP erringt 67902 Stimmen (22,2 %) und damit 9 von 40 (bisher [Wahl vom 27. November 1927] 1 von 48) Mandaten. Regierungsbildung zusammen mit den Bürgerlichen (Bürgerliche Einheitsliste gewinnt 11 Mandate). 1. Oktober: mit 20 Stimmen gegen 17 bei 3 Enthaltungen der deutschnationale Abg. Dr. Küchenthal Ministerpräsidenten und der Nationalsozialist Dr. Anton Franzen zum Innenminister gewählt. Beseitigung der Folgen jahrelanger marxistischer Mißwirtschaft; Säuberung Vereinfachung der Verwaltung; Wiederherstellung der Bekenntnisschule: nationalsozialistische Sozial- und Wirtschaftspolitik; Ausgleich des Etats; Einführung der Warenhaus- und Filialsteuer; Herabsetzung der Gehälter der Minister und höchsten Beamten; Einsparung des dritten Ministerpostens und der Ministerpensionen. Bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen am 1. März 1931 weitere Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen; Rückgang der bürgerlichen Stimmen.
- ♦ 25. September 1930: Hitler beeidet im Ulmer Reichswehrprozeß (23. September bis 4. Oktober) gegen die Reichswehroffiziere Ludin, Scheringer und Wendt, die wegen nationalsozialistischer Betätigung als Hochverräter zu Festungsstrafen verurteilt werden, vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Legalität der NSDAP.
- ♦ 13. Oktober 1930: Reichstagseröffnung; die 107 Nationalsozialisten ziehen im Braunhemd ein. Am 15. der Sozialdemokrat Löbe gegen den Willen der Nationalsozialisten, die für den Volksparteiler Dr. Scholz eintreten, zum Reichstagspräsident, der Nationalsozialist Stöhr zum 1. Vizepräsidenten gewählt. Dr. Frick Fraktionsführer, Göring stellv. Fraktionsführer der NSDAP. 17. Oktober: G. Strasser verkündet im Reichstag die Ziele

- der NSDAP und gleichzeitig schärfsten Kampf gegen die Regierung Brüning; Mißtrauensantrag der NSDAP gegen Brüning mit 317 (u. a. der Sozialdemokraten) gegen 234 Stimmen durch Übergang zur Tagesordnung abgelehnt.
- ❖ 26. Oktober 1930: Hitlers Antwort im Völkischen Beobachter (Das Telegramm Hervés und Deutschland) an den französischen Politiker Gustave Hervé auf dessen durch Arnold Rechberg übermittelte Anfrage betreffend Hitlers Stellung zu einem Militärbündnis zwischen Deutschland und Frankreich. Auf Hervés Erwiderung am 29. Oktober antwortet Hitler am 7. November im VB (Deutschlands und Frankreichs Abrüstung. Will Frankreich vertragsbrüchig werden?).
- ♦ November 1930: Die Berliner nationalsozialistische Halbwochenzeitung (seit 1. [3.] Oktober 1929): Der Angriff wird Tageszeitung.
- ♦ 16. November 1930: Volkstagswahl in Danzig: NSDAP erringt 31516 Stimmen (16,1%) und 12 von 72 (bisher [Wahl vom 13. November 1927] 1 von 120) Mandaten (nach der SPD [19 Mandate] stärkste Fraktion).
- ♦ 30. November 1930: Bürgerschaftswahl in Bremen: NSDAP verdoppelt ihre Stimmenzahl gegenüber dem 14. September (26045 Stimmen) und gewinnt 51324 Stimmen (25,6 %) und 32 (bisher [Wahl vom 13. November 1927] keins) von 120 Mandaten. Am 16. Januar 1931 der Nationalsozialist Bernhard, am 23. Oktober 1931 der Nationalsozialist Dr. Backhaus zum Bürgerschaftspräsidenten gewählt.
- ♦ Dezember 1930: Anläßlich der Uraufführung des Remarque-Films: Im Westen nichts Neues kommt es in Berlin an diesem und an den folgenden Tagen (8. und 9. Dezember) unter Führung des Berliner Gauleiters der NSDAP Dr. Göbbels zu großen Protestdemonstrationen, bis das Verbot des Films am 11. Dezember erzwungen wird.
- ♦ Dezember 1930: Antrag auf Aufhebung der Brüningschen Finanznotverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember im Reichstag mit 292 gegen 254 Stimmen (u. a. der Nationalsozialisten), die Mißtrauensanträge mit 291 gegen 255 Stimmen abgelehnt.
- ♦ 16. Dezember 1930 (und 3. Januar 1931: Streitgespräch Gottfried Feder mit dem Sozialdemokraten Prof. Nölting im Rundfunk über die nationalsozialistische Wirtschaftslehre.
 - ♦ 31. Dezember 1930: 4,4 (1929: 1,98) Mill. Arbeitslose in Deutschland.
- ♦ Januar 1931: Gründung der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP (unter Dr. Otto Wagener). Das Braune Haus in München von der Reichsparteileitung der NSDAP bezogen. Erstmaliges Erscheinen der nationalsozialistischen politisch-satirischen Wochenschrift: Die Brennessel.
- ♦ Januar 1931: Röhm tritt seinen Dienst als Chef des Stabes an; zugleich Vorsitzender des Turn- und Sportausschusses.
- ♦ 14. Januar 1931: Unterstellung des Reichsführers der SS Himmler unter den Chef des Stabes (die SS am 20. Juli 1934 zur selbständigen Organisation erhoben).
- ★ 15. Januar 1931: Gründung der Reichsbetriebszellenabteilung (RBA) (seit 8. März: Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation [NSBO]) der NSDAP bei der Reichsleitung (unter Abteilungsleiter [seit Dezember 1932 Amtsleiter] Walter Schuhmann): Sitz zunächst in Berlin, seit Herbst 1931 in München, seit Sommer 1933 wieder in Berlin; Organ der NSBO: Das Arbeitertum. Stärke der NSBO am 5. August 1933 auf 1100000 Mitglieder festgesetzt. Vorgeschichte der NSBO: In der Verbotszeit der NSDAP in Berlin (1927/28) organisiert Joh. Engel im Betrieb der Knorrbremse Nationalsozialistische Wählerschaft bei der Knorrbremse und nationalsozialistischen Arbeiterkampfbund; Ende Juni 1928: Plan der organisatorischen Zusammenfassung der Einzelbetriebszellen (aber nicht in Form einer Gewerkschaft); 30. Juli 1928: Einrichtung eines Sekretariates für Arbeiterangelegenheiten bei dem Gau Groß-Berlin (unter Engel; Organ [seit November 1928]: Signale). Gauorganisationsleiter Muchow entwirft einen in der Hauptsache noch jetzt gültigen Organisationsplan für eine Gaubetriebszellenorganisation. 1. Mai 1930: Gründung der Betriebszellenleitung bei dem Gau Berlin (unter Engel und Muchow) (von anderen Gauen

der NSDAP übernommen). Auf Muchows Vorschlag diese Betriebszellenorganisation (unter Reichsbetriebszellenabteilung, s. o.) 1931 auf das ganze Reich ausgedehnt.

- ♦ 20. Januar 1931: Erweiterung der SA- und SS-Gliederung (Schar, Trupp, Sturm, Sturmbann, Standarte, Untergruppe [Gausturm] [SS: Abschnitt], Gruppe).
- ♦ Februar 1931: Ablehnung des nationalsozialistischen Mißtrauensvotums gegen die Regierung Brüning im Reichstag mit 292 gegen 220 Stimmen und des nationalsozialistischen Antrages auf Reichstagsauflösung mit 314 gegen 206 Stimmen.
- ♦ Februar 1931: Erste Tagung der Vertreter des gesamtdeutschen nationalsozialistischen Bauerntums im Nationaltheater in Weimar. Reichstag, beschließt auf Antrag des Zentrumsabg. Bell in einer zwölfstündigen Sitzung ohne Beteiligung der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten mit 297 Stimmen (einstimmig) eine verfassungswidrige neue Geschäftsordnung sowie eine Änderung des Preßgesetzes (betr. verantwortl. Redakteur), um die nationale Opposition mundtot zu machen. Aufhebung der Immunität zahlreicher nationalsozialistischer Abgeordneter.
- Februar 1931: Unter Niederlegung sämtlicher Reichstagsämter und nach Abgabe einer Erklärung durch den bisherigen 1. Reichstagsvizepäsidenten, den nationalsozialistischen Abg. Stöhr, verläßt die gesamte nationalsozialistische Fraktion das Young-Parlament, die nur dorthin zurückkehren will, um eine besonders tückische Maßnahme der volksfeindlichen Mehrheit des Reichstages zu vereiteln. Die 41 Deutschnationalen und 4 Landvolk-Abgeordnete, von denen am 28. Dezember 3 (Wendhausen, v. Sybel, Sieber) zur NSDAP übertreten, folgen diesem Beispiel. Plan, ein Gegenparlament, bestehend aus der nationalen Opposition, nach Weimar zu berufen.
 - ♦ 18. Februar 1931: Hitler warnt die SA und SS vor Provokateuren.
 - ♦ 20. März 1931: Reichstag auf den 13. Oktober vertagt.
- ♦ 28. März 1931: Brünings Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen (betr. Versammlungs- und Uniformverbote, polizeiliche Zensur über Plakate und Flugblätter, Zeitungs- und Zeitschriftenverbote, Aufhebung der Grundrechte der Verfassung, um auf diktatorischem Weg die nationale Opposition auszuschalten).
- ♦ 30. März 1931: Hitler befiehlt bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei strengste Befolgung dieser Notverordnung.
- ♦ April 1931: Rücktritt Fricks und Marschlers. Die thüringische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei benutzt einen unbedeutenden Anlaß, um am 13. März die Regierungskoalition durch die Nationalsozialisten gebrochen für zu Sozialdemokratische Mißtrauensanträge gegen die beiden Nationalsozialisten Minister Frick und Staatsrat Marschler am 1. April mit 29 (Deutsche Volkspartei, Staatspartei, Sozialdemokraten, Kommunisten) gegen 22 Stimmen angenommen. Bildung eines Minderheitskabinetts am 22. April (unter Duldung der SPD und gegen Nationalsozialisten). Osaf-Stellvertreter-Ost Stennes, dem die ganze ostelbische SA unterstellt ist, lehnt sich gegen seine Absetzung durch Röhm und Hitlers legalen Kurs nur; diese Rebellion bricht schon nach wenigen Tagen völlig zusammen; nur wenige SA-Führer und -Männer leisten Stennes Gefolgschaft. Hitler beauftragt Dr. Göbbels mit der Säuberung der Partei, Leutnant a. D. Heines mit der vorläufigen Führung der Berliner SA. Ausschluß von Stennes und anderen SA-Führern aus der Partei. Bis zum 12. April verlangt Hitler von allen SA-Führern der neugebildeten SA-Gruppe Ost eine Loyalitätserklärung.
- April 1931: Aufhebung der bisherigen Zusammenfassung der Gaustürme in 5 Osaf-Stellvertreter-Gebiete. Stennes-Putsch; in Anerkennung der Verdienste der SS (unter Daluege) um die Wiederherstellung der Ordnung und Disziplin in Berlin schreibt Hitler: SS-Mann, Deine Ehre heißt Treue.
- ♦ 8./21. April 1931: Für das Volksbegehren des Stahlhelms betreffend Auflösung des preußischen Landtags (am 4. Februar dem preußischen Innenminister Severing durch den 1. Stahlhelm-Bundesführer Seldte eingereicht), von Hitler (Aufruf vom 10. April) unterstützt, tragen sich 5956000 Wähler ein, damit gültig.

- ❖ 27. April 1931: Die Hitler-Jugend (HJ) der Obersten SA-Führung, der Reichsführer der HJ dem Chef des Stabes unterstellt (Unterstellung im Sommer 1932 aufgehoben). Reichsleitung der HJ (bisher in Plauen) zum 1. Mai nach München verlegt.
- ❖ 27. April 1931: Die HJ als geschlossene Organisation der Obersten SA-Führung, der Reichsführer der HJ dem Chef des Stabes mit Wirkung vom 1. Mai unterstellt. Entsprechend der neuen SA-Gliederung die HJ in 10 HJ-Gruppen und 2 selbständige HJ-Gaue (anstatt der bisherigen 7 erst 1930 geschaffenen Oberbereiche [HJ-Gliederung Anfang 1930: Gau, Untergau, Bezirk, Ortsgruppe, Schar, Gruppe]) eingeteilt. Verlegung der Reichsleitung der HJ von Plauen nach München.
- ♦ Mai 1931: Besuch Görings, des politischen Beauftragten Hitlers, in Rom bei Mussolini und dem Vatikan.
- ♦ Mai 1931: Gründung der Auslandsabteilung der NSDAP in Hamburg (seit 17. Februar 1934: Auslandsorganisation der NSDAP). Die 34 SA-Gaustürme in 10 Gruppen und 2 selbständige Untergruppen (im Frühjahr 1932: 14 Gruppen) zusammengefaßt. Gründung des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps (NSKK) (unter dem jetzigen Korpsführer Adolf Hühnlein) (an Stelle des NSAK), zunächst Hilfsorganisation der SA, vom 26. Oktober 1933 bis 23. August 1934 Gliederung der SA.
- ♦ Mai 1931: Landtagswahl in Schaumburg-Lippe: NSDAP erringt 7854 Stimmen (26,9 %) und 4 (bisher [Wahl vom 29. April 1928] keins) von 15 Mandaten.
- ♦ 8. Mai 1931: Hitler als Zeuge vor dem Schwurgericht in Berlin-Moabit (betreffend Legalität und SA).
- ♦ 17. Mai 1931: Landtagswahl in Oldenburg: NSDAP gewinnt 101490 Stimmen (37,2 %) und damit 19 (bisher [Wahl vom 20. Mai 1928] 3) von 48 Mandaten; damit wird die NSDAP erstmalig in einem Landtag zur stärksten Fraktion (zweitstärkste ist die SPD mit 11 Mandaten). Die bisherige Regierung Cassebohm (Beamtenministerium) am 16. Juni durch die Nationalsozialisten gestürzt.
 - ♦ 31. Mai 1931: Entwurf der SA-Dienstvorschrift veröffentlicht.
- ♦ Juni 1931: 2. Finanznotverordnung Brünings zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen (Gehaltskürzungen, neue Steuern usw.).
- ♦ 15. Juni 1931: Hitler weiht die am 31. März von ihm gegründete, für die SA und zunächst auch für die SS bestimmte Reichsführerschule in München (jetzt unter Leitung des SA-Gruppenführer Heinrich Bennecke) ein.
 - ❖ 20. Juni 1931: SA-Sportfest im Berliner Stadion als politische Veranstaltung verboten.
- ♦ Juli 1931: Besprechung zwischen Hitler und dem deutschnationalen Parteiführer Hugenberg über den Zusammenschluß der nationalen Opposition zum Endkampf gegen das System. Ablehnung des durch Volksbegehren gestellten Auflösungsantrages im preußischen Landtag mit 229 gegen 190 Stimmen.
- ♦ 13. Juli 1931: Bankkatastrophe in Deutschland; Schließung der Danatbank; zahlreiche Wirtschaftsunternehmen brechen zusammen.
 - ♦ 17. Juli 1931: Neue Notverordnung Brünings schränkt die Pressefreiheit ein.
- ♦ 21. Juli 1931: Telegramm Hitlers, Hugenbergs, Seldtes und der übrigen Führer der nationalen Opposition an Brüning in London: Ablehnung der Rechtsverbindlichkeit neuer Bedingungen gegenüber Frankreich.
- ❖ 26. Juli 1931: Rücktritt des nationalsozialistischen braunschweigischen Innen- und Volksbildungsministers Dr. Franzen gegen Hitlers Willen (1. September: Austritt aus der NSDAP).
- ♦ August 1931: Errichtung der Pressestelle der Reichsleitung [später Reichspressestelle] der NSDAP; Dr. Otto Dietrich zum Reichspressechef der NSDAP ernannt (seit 1. Februar stellv. Hauptschriftleiter der nationalsozialistischen Essener Nationalzeitung).
- ♦ 9. August 1931: Volksentscheid auf Auflösung des preußischen Landtags scheitert, da infolge Stimmenthaltung der Kommunisten und Anhänger der Regierungsparteien nur 9,79 Mill. Wähler der nationalen Opposition (37,1 %) mit Ja stimmen.

- ♦ 30. August 1931: Der hessische Gauleiter (seit 9. Januar 1931) der NSDAP Peter Gemeinder nach einer nat.-soz. Riesenkundgebung in Mainz einem Herzschlag erlegen; die katholischen Kirchenbehörden versagen ihm als führenden Nationalsozialisten das kirchliche Begräbnis.
 - ♦ September 1931: Beginn der Hib-Aktion (Hinein in die Betriebe!) der NSBO in Berlin.
- ♦ September 1931: Zusammenstoß zwischen SA und jüdischen Passanten auf dem Kurfürstendamm in Berlin bei nationalsozialistischen Kundgebungen anläßlich des jüdischen Neujahrsfestes; eine Anzahl SA-Führer und -Männer am 23. September und 8. November deswegen zu schweren Strafen verurteilt.
- ♦ 15. September 1931: Der Nationalsozialist Dietrich Klagges im braunschweigischen Landtag mit 20 (Nationalsozialisten und bürgerliche Einheitsliste) gegen 19 Stimmen zum braunschweigischen Innen- und Volksbildungsminister gewählt.
- ❖ 27. September 1931: Bürgerschaftswahl in Nürnberg: NSDAP erhält 202145 Stimmen (25,9 %) und 43 (bisher [Wahl vom 19. Februar 1928] 3) von 160 Mandaten; hinter den Sozialdemokraten (46 Mandate) stärkste Fraktion im roten Hamburg.
- ♦ Anfang und Ende Oktober: Erste persönliche Fühlungnahme des Chefs des Ministeramts im Reichswehrministerium General von Schleicher mit Hitler bezüglich des Ulmer Reichswehrprozesses; Hitler lehnt jede illegale Zersetzungspropaganda in der Reichswehr ab.
- ♦ Oktober 1931: Gründung der Nationalsozialistischen Frauenschaft (unter Elsbeth Zander).
- Oktober 1931: 3. Notverordnung Brünings zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen (u. a. betreffend Zeitungsverbote, Schließung von Sammelstätten staatsgefährlicher Betätigung [besonders gegen SA-Heime und -Verkehrslokale gerichtet]).
- ♦ Oktober 1931: Brüning bildet nach Rücktritt des Reichsaußenministers Curtius (3. Oktober) im Auftrage Hindenburgs (vom 7. Oktober) sein Kabinett in ein überparteiliches um; Ausscheiden des Reichsinnenministers Wirth; Brüning Reichskanzler, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsaußenministers beauftragt; Gröner Reichswehrminister, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsinnenministers beauftragt.
- ♦ Oktober 1931: Hitler mit seinem politischen Beauftragten in Berlin (seit Herbst 1930) Göring erstmalig bei Hindenburg Aussprache von 1 1/4 Stunden Dauer über innen- und außenpolitische Fragen.
- ♦ Oktober 1931: Tagung der Nationalen Opposition unter Führung Hitlers, Hugenbergs, Seldtes, Schachts u. a. in dem braunschweigischen Bad Harzburg; Bildung der Harzburger Front; Reichstagsneuwahl (am 8. November) und Aufhebung der seit dem 10. Februar erlassenen Notverordnungen gefordert.
- ❖ 14. Oktober 1931: Rückkehr der nationalen Opposition in den am 18. zusammengetretenen Reichstag. -- Offener Brief Hitlers an Brüning als Antwort auf dessen Reichstagsrede vom 13.
- ♦ 16. Oktober 1931: Nach Ablehnung der Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning (mit 295 gegen 270 Stimmen) und des Antrages auf Reichstagsauflösung (mit 319 gegen 250 Stimmen) verläßt die nationale Opposition erneut den Reichstag.
- ♦ 17./18. Oktober 1931: SA-Treffen der SA-Gruppe Nord in Braunschweig (als Ersatz für den Parteitag, der ebenso wie 1930 wegen der vielen Wahlen und der politischen Lage ausfällt); Aufmarsch von 104000 SA- und SS-Männern unter SA-Gruppenführer Lutze; starker Eindruck auf das Ausland. Der Garnisonälteste von Braunschweig, Oberst Geyer, stellt in seinem von Reichswehrminister Gröner angeforderten Bericht vom 19. Oktober über die Zusammenstöße der Nationalsozialisten mit den Marxisten anläßlich des SA-Aufmarsches die Verleumdungen über die SA richtig.

- ♦ 17./18. Oktober 1931: SA-Treffen der SA-Gruppe Nord in Braunschweig; Hitler verleiht der SA auf dem Franzesfeld 24 neue Standarten; erste Besichtigung der Motor-SA und des NSKK durch Hitler; 104000 SA- und SS-Männer marschieren in sechsstündigem Marsch auf dem Schloßplatz an Hitler vorbei.
- ♦ 30. Oktober 1931: Hitler ernennt Baldur von Schirach zum Reichsjugendführer beim Stabe der Obersten SA-Führung (dem Chef des Stabes unterstellt) und unterstellt ihm alle drei nat.-soz. Jugendorganisationen (NS-Studentenbund; HJ; NS-Schülerbund. Rücktritt Grubers als Reichsführer der HJ und Ernennung Dr. Theodor Adrian von Rentelns zu seinem Nachfolger.
- ♦ 30. Oktober 1931: Baldur von Schirach zum Reichsjugendführer ernannt; Dr. Theodor Adrian von Renteln (an Kurt Grubers Stelle) Reichsführer der Hitler-Jugend (bis 15. Juni 1932).
- ♦ 15. November 1931: Landtagswahl in Hessen: NSDAP gewinnt 291189 Stimmen (37 %) und 27 (bisher [Wahl vom 13. November 1927] keins) von 70 Mandaten, weitaus stärkste Partei; Koalitionsverhandlungen (seit 8. Dezember) mit dem Zentrum, das 10 Mandate besitzt, scheitern endgültig am 11. Januar 1932 infolge Ablehnung der nationalsozialistischen Forderungen.
- ❖ 25. November 1931: Haussuchung in Hessen bei den nationalsozialistischen Führern wegen der Boxheimer Dokumente (Boxheimer Hof bei Lampertheim), einer Privatarbeit des nationalsozialistischen hessischen Landtagsabgeordneten Dr. Werner Best für den Fall eines Kommunistenaufstandes. 26. November: Legalitätserklärung Görings in Hitlers Auftrag gegenüber Gröner. Das gegen Best beim Reichsgericht wegen Hochverrat am 30. November eingeleitete Verfahren am 12. Oktober 1932 eingestellt.
- ❖ 28. November 1931: Einführung des Unterschiedes zwischen Dienstgrad und Dienststellung bei der SA und SS (bisher nur Dienststellung; einziger Dienstgrad war: SA-[SS-] Mann).
- ♦ Anfang Dezember: Besuch Rosenbergs in London und des Leiters der Auslandsabteilung der NSDAP Dr. Nieland in Italien.
- ♦ Dezember 1931: Interview Hitlers für die ausländischen Pressevertreter im Kaiserhof in Berlin (Anerkennung der Privatschulden durch die Nationalsozialisten).
- ♦ 8. Dezember 1931: 4. Notverordnung Brünings zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens (u. a. Verbot politischer Uniformen und Abzeichen für das ganze Reich; Weihnachtsfriede bis zum 3. Januar 1932). Uniformverbot für das ganze Reich durch Brünings 4. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens (vorher schon Uniformverbote in den meisten deutschen Ländern, zur Beispiel, Preußen, Bayern, Baden, Hessen, Hamburg).
- ♦ Dezember 1931: Die Reichsregierung verbietet auf Grund der letzten Notverordnung die Übertragung einer Rede Hitlers nach Amerika.
- ♦ Dezember 1931: Offener Brief Hitlers an Brüning als Antwort auf dessen Rundfunkrede vom 8. Dezember.
- ♦ 18. Dezember 1931: Der nationalsozialistische Reichstagsabg. Werner Willikens zu einem der 4 Reichslandbund-Präsidenten gewählt.
- ❖ 23. Dezember 1931: Gründung der Eisernen Front (aus Reichsbanner Schwarz-rot-gold [am 22. Februar 1924 gegründet], Gewerkschaften, Arbeitersportverbänden; Abzeichen: drei nach unten gerichtete Pfeile) zum aktiven Kampf gegen den Nationalsozialismus.
- ♦ 31. Dezember 1931: 5,66 (1930: 4,38) Mill. Arbeitslose in Deutschland. Reichsführer SS Himmler ordnet für die Angehörigen der SS Einholung der Heiratsgenehmigung an.
- ♦ 16. Januar 1932: Aufhebung des Verbotes, politische Abzeichen zu tragen (vom 8. Dezember 1931); Uniformverbot bleibt bestehen.
- ❖ 24. Januar 1932: Der 15 jährige Berliner Hitlerjunge Herbert Norkus von Kommunisten im Beusselkietz in Berlin bei Hauspropaganda ermordet. Reichsjugendführer v. Schirach bestimmt später diesen Tag zum Trauertag für die Gefallenen der nat.-soz. Jugend.

- ♦ 24. Januar 1932: Ermordung des Hitlerjungen Herbert Norkus in Berlin; beerdigt auf dem Neuen St. Johannes-Friedhof.
- ❖ 27. Januar 1932: Hitler spricht über den Nationalsozialismus und seine Ziele vor den westdeutschen Wirtschaftsführern im Industrie-Klub in Düsseldorf.
- ❖ 29. Januar 1932: Reichswehrminister Gröner gestattet Nationalsozialisten Eintritt in die Reichswehr; Kommunisten weiterhin ausgeschlossen.
- ♦ Februar 1932: Eröffnung der Abrüstungskonferenz in Genf; Hitler entsendet dorthin als Beobachter die Nationalsozialisten Generalleutnant von Epp und Oberst Haselmayr, ebenso zur Lausanner Tributkonferenz (16. Juni bis 9. Juli 1932).
 - ♦ 9. Februar 1932: Appell der Berliner SA im Sportpalast vor Hitler.
 - ♦ Februar 1932: SA-Verbot durch Notverordnung zur Sicherung der Staatsautorität.
- ❖ 26. Februar 1932: Ablehnung der Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning im Reichstag mit 288 gegen 264 Stimmen und der Anträge auf Reichstagsauflösung mit 319 gegen 226 Stimmen. Erneuter Auszug der Nationalsozialisten.

Die Reichspräsidentenwahl (1932).

Auf eine telegraphische Einladung des Reichswehr- und -innenministers Gröner vom 6. Januar kommt Hitler am 6. nach Berlin, um zu dem Plane einer Verlängerung der am 6. Mai ablaufenden Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg durch Beschluß des Reichstages Stellung zu nehmen. Nach Verhandlungen mit Brüning, Gröner, General von Schleicher und Hindenburgs Staatssekretär Meißner unter Teilnahme des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg (6.-12. Januar) lehnt Hitler im Einverständnis mit Hugenberg aus verfassungsrechtlichen und politischen Gründen (Ablehnung seiner Forderung auf Rücktritt Brünings und Reichstagsneuwahlen) diesen verfassungsändernden Plan ab, für den Zweidrittelmehrheit (385 Stimmen; Regierungsparteien haben nur 350 Stimmen) in dem (schon längst überalterten) Reichstage erforderlich wäre. Hitlers Denkschrift betr. Präsidentenwahl an Hindenburg durch Göring am 12. Januar überreicht. Daraufhin veranlaßt Hindenburg Brüning zur Einstellung der Verhandlungen. Hitler legt im Schreiben an Brüning vom 15. Januar (am 17. durch Göring übergeben; von Brüning am 22. beantwortet) und im oftenen Brief an Brüning vom 26. Januar seine Gründe für die Ablebnung dar. 15. Februar: Hindenburg nimmt Präsidentschaftskandidatur an. Daraufhin Bildung die Hindenburgausschusses (unter dem Berliner Oberbürgermeister Sahm) (Aufruf vom 1. Februar). Einigung im Lager der nationalen Opposition auf einen gemeinsamen Kandidaten scheitert am 22. Februar am Widerstand der Deutschnationalen. 22. Februar: Der Berliner Gauleiter der NSDAP Dr. Göbbels gibt in einer Generalmitgliederversammlung im Sportpalast in Berlin erstmalig Hitlers Kandidatur bekannt. 25. Februar: Einbürgerung Hitlers (bisher staatenlos, da ihm wegen seiner Teilnahme am Weltkrieg auf deutscher Seite die österreichische Staatsangehörigkeit aberkannt worden und bisher seine Einbürgerung in Deutschland nicht möglich war; in Bayern 1929 abgelehnt) durch seine Ernennung zum braunschweigischen Regierungsrat (durch Minister Klagges) (auf seinen Antrag scheidet Hitler am 4. März 1933 aus diesem Amt aus), am 26. in Berlin vereidigt. 27. Februar: offizielle Bekanntgabe der Kandidatur Hitlers. Weitere Kandidaten: Düsterberg, 2. Stahlhelm-Bundesführer, (Schwarz-weiß-roter Block = Deutschnationale und Stahlhelm) am 22. Februar aufgestellt; Thälmann (Kommunisten) am 12. Januar aufgestellt; Winter (bekannt durch sein Eintreten für die Aufwertung der rotgestempelten Vorkriegs-Tausendmarkscheine, fällt mit 0,3 % der abgegebenen Stimmen nicht ins Gewicht). Heftigster Wahlkampf, in dem die NSDAP durch behördliche Schikanen (Versagung des Rundfunks, Zeitungs-, Rede- und Versammlungsverbote, Auflagenachrichten für ihre Zeitungen von der Regierung) stärkstens benachteiligt wird. 20. Februar: Dr. Göbbels verlangt telegraphisch vom Reichspräsidenten und Reichsinnenminister Gewährung der Wahlfreiheit; 28. Februar: Hitler übergibt der ausländischen Presse einen an Hindenburg gerichteten offenen Brief betr. einseitiger Beschränkung der Wahlfreiheit (am 5. März von Gröner in einem offenen Brief abschlägig beantwortet). 1. Wahlgang (Wahlbeteiligung: 86,2 %) am 13. März: Hindenburg: 18,65 Mill. Stimmen (49,6 %); erreicht die notwendige absolute Mehrheit nicht. Hitler: 11,33 Mill. Stimmen (30,1 %; bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erhielt die NSDAP nur 18,3 %). Thälmann: 4,98 Mill. Stimmen (13,2 %). Düsterberg: 2,55 Mill. Stimmen (6,8 %). Noch in der Wahlnacht entschließt sich Hitler, den Kampf weiterzuführen und in den 2. Wahlgang einzutreten, während sich Hugenberg und die Stahlhelmführung zurückziehen. Um die Benachteiligung durch die Vorenthaltung des Rundfunks wieder auszugleichen und der gegnerischen Lügenpropaganda nachdrücklich entgegentreten zu können, unternimmt Hitler nach Ablauf des von Brüning verordneten Osterfriedens (20. März bis 3. April mittags) vom 3.-9. April unter Ausnutzung aller technischen Hilfsmittel seinen 1. Deutschlandflug (Kapitän H. Baur auf D 1720), auf dem er in 21 deutschen Städten in Riesenversammlungen spricht. 2. Wahlgang (Wahlbeteiligung: 83,5 %) am 10. April: Hindenburg: 19,35 Mill. Stimmen (53 %); damit auf weitere 7 Jahre zum Reichspräsidenten gewählt. Hitler: 13,41 Mill. Stimmen (36,8 %). Thälmann: 3,70 Mill. Stimmen (10,2 %).

13. März 1932: Gleichzeitig mit dem ersten Wahlgang Wahl zum Landesrat im Saargebiet: NSDAP erhält 2 (bisher keinen) von 32 Sitzen, sowie Landtagswahl in Mecklenberg-Strelitz: NSDAP gewinnt 14250 Stimmen (23,8 %) und 9 von 35 Sitzen (bisher [Wahl vom 29. Januar 1928] kein Sitz); 6. April: Regierungsbildung unter Beteiligung der Nationalsozialisten. Nachdem wegen der der Reichsregierung vorher bekanntgegebenen Zusammenziehung der SA vom 13. März der preußische sozialdemokratische Innenminister Severing am 17. März (daraufhin 18. März: Legalitätserklärung der Führer der NSDAP; 24. März: Vergleich zwischen NSDAP und Preußen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig betr. Klage vom 20. März) und am 5. April in ganz Preußen völlig ergebnislos verlaufene Haussuchungen bei der NSDAP, der SA und ihren Führern hat durchführen lassen, gewinnt er Reichsinnenminister Gröner für eine Auflösung der SA und SS.

27. März 1932: HJ-Fahnenweihe durch Renteln in Braunschweig.

- 13. April 1932: Auf Grund einer Notverordnung zur Sicherung der Staatsautorität einseitiges Verbot der SA (Sturmabteilungen) und SS (Schutzstaffeln) der NSDAP als eines Privatheeres für das ganze Reich. Dank der Parteidisziplin Auflösung überall reibungslos vollzogen. Hitler warnt in einem Aufruf vor Unbesonnenheiten. Klage der NSDAP am 14. gegen Reichsregierung beim Staatsgerichtshof. Unter dem Eindruck des SA-Verbotes werden die Landtagswahlen zu einem großen Sieg der NSDAP.
- 13. April 1932: Durch das SA-Verbot auch die HJ als SA-Gliederung verboten (bis 17. Juni. Getarntes Weiterarbeiten der HJ als Nationalsozialistische Jugendbewegung (NSJB).
- 24. April 1932: Neuwahl der zuletzt am 20. Mai 1928 gewählten Landtage in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt sowie der letztmalig am 27. September 1931 gewählten Hamburger Bürgerschaft (im ganzen Neuwahl in 84 % des Deutschen Reiches). 2. Deutschlandflug Hitlers vom 16.-23. April, auf dem er in Riesenversammlungen in 25 deutschen Städten spricht. Mit Ausnahme Bayerns wird die NSDAP überall zur stärksten Partei: Preußen 162 von 422 Sitzen (38,3 %), bisher 6 Sitze; Bayern 43 von 128 Sitzen (33,5 %), bisher 9 Sitze; Württemberg 23 von 80 Sitzen (28,7 %), bisher 1 Sitz; Anhalt 15 von 36 Sitzen (41,6 %), bisher 1 Sitz; Hamburg 61 von 160 Sitzen (31,8 %), bisher 43 Sitze. Auf Grund dieses Wahlergebnisses nur in Anhalt neue Regierungsbildung; 21. Mai: Nationalsozialist Dr. Freyberg zum Ministerpräsidenten gewählt (erster nat.-soz. Ministerpräsident). In Preußen (sozialdemokr. Ministerpräsident Braun; Regierung am 21.

Mai zurückgetreten), Bayern (Ministerpräsident Dr. Held, Bayr. Volkspartei), Württemberg (Staatspräsident Dr. Bolz, Zentrum) und Hamburg (staatsparteil. Bürgermeister Dr. Petersen) bleiben die bisherigen Regierungen (meist geschäftsführend), da neue Regierungsbildung scheitert. Der alte preußische Landtag hat noch kurz vor Ablauf seiner Amtszeit am 12. April zur Verhinderung einer nationalen Regierungsbildung die Geschäftsordnung mit 227 Stimmen geändert (Wahl des Ministerpräsidenten nur durch absolute Mehrheit). In Sachsen (seit 6. Mai 1930 Ministerpräsident Dr. Schieck, Deutsche Volkspartei) gleichfalls nur geschäftsführende Regierung.

Der Sturz des Kabinetts Brüning (Mai 1932).

- ♦ 7. Mai 1932: Zweite Annäherung General v. Schleichers an Hitler; geheime Besprechung in Berlin über Brünings Sturz und Bildung eines Präsidialkabinetts.
- ♦ 9./12. Mai 1932: Reichstagssitzung. Scharfe Kritik der Regierungspolitik durch die nationalsozialistischen Abgeordneten Fritz Reinhardt (gegen Kreditermächtigungsgesetz; mit 288 gegen 260 Stimmen angenommen), Gregor Strasser (nationalsozialistisches Arbeitsbeschaffungs- und -finanzierungsprogramm), Göring (gegen SA-Verbot); nach mißglückter Verteidigungsrede am 10. Mai tritt Gröner am 12. als Reichswehrminister zurück, will Reichsinnenminister bleiben. Mißtrauensvotum gegen Brüning mit 286 gegen 259 Stimmen abgelehnt. Reichstagpräsident Löhe (Sozialdem.) läßt durch den Berliner Vizepolizeipräsidenten Weiß und mehrere Polizeibeamte 4 nationalsozialistische Abgeordnete im Sitzungssaal wegen tätlicher Auseinandersetzungen mit einem Verleumder verhaften. Reichstag vertagt. Infolge Gröners Rücktritt (als Reichswehrminister), der seit Wirths Rücktritt (7. Oktober 1931) das Reichsinnenministerium kommissarisch verwaltet, sind jetzt im ganzen 4 Reichsministerien unbesetzt: Reichsaußenministerium (seit 3. Oktober 1931), -innenministerium, -wehrministerium, -wirtschaftsministerium (seit 6. Mai).
- ♦ 24. Mai 1932: Zusammentritt des preuß. Landtages (unter dem nat.-soz. Alterspräsidenten General Litzmann); 25. Mai: Wahl des nat.-soz. Abg. Hans Kerrl zum Landtagspräsidenten (22. Juni: marxistenfreies Präsidium gewählt). Kommunisten entfesseln große Saalschlacht im Plenarsaal. Neuwahl des Ministerpräsidenten, schließlich bis nach der Reichstagswahl (31. Juli) vertagt, findet überhaupt nicht mehr statt.
- ❖ 28. Mai 1932: Leipziger Oberreichsanwalt weist Severings Landesverratsklage gegen die NSDAP als unbegründet zurück; auf dieses Material hat Gröner teilweise sein SA-Verbot aufgebaut (Hochverratsverfahren am 7. August eingestellt). In Anbetracht des bevorstehenden Sturzes Brünings Zusammenkunft zwischen dem früheren preußischen Zentrumsabgeordneten Franz von Papen und Hitler in Berlin (erste persönliche Fühlungnahme im Frühjahr 1932); Hitler sagt Tolerierung eines Kabinettes Papen durch die NSDAP zu, falls SA-, Uniform- und Demonstrationsverbot aufgehoben und Reichstag aufgelöst würde.
- ♦ 29. Mai 1932: Neuwahl des durch Volksentscheid vom 17. April aufgelösten Oldenburger Landtags (vom 17. Mai 1931: NSDAP gewinnt 48,5 % der abgegebenen Stimmen und damit (zum erstenmal in einem Länderparlament) absolute Mehrheit (24 von 46 Sitzen; bisher 19 von 48 Sitzen). 16. Juni: Bildung einer nationalsozialistischen Regierung unter dem Gauleiter des Gaues Weser-Ems der NSDAP Carl Röver als Ministerpräsident, die Nationalsozialisten Julius Pauly (Finanzen, soz. Fürsorge) und Heinz Spangemacher (Kultus, Justiz) werden Minister.
- ♦ 30. Mai 1932: Nach einer Unterredung Hindenburgs mit Brüning vom 29. Mai Rücktritt des Rumpfkabinetts Brüning, da Hindenburg Umbildung des Kabinetts Brüning (Rücktritt Gröners) verlangt und er Brüning die Unterschrift unter die neue Notverordnung (neue Steuern, Zwangsenteignung ostdeutschen Grundbesitzes zu Siedlungszwecken, Kürzung der

Renten) versagt. Hitler, von Göring begleitet, bei Hindenburg; Hitler wiederholt seine Forderungen für die Tolerierung eines (Übergangs-) Kabinetts Papen.

- ♦ Juni 1932: Hindenburg ernennt Papen zum Reichskanzler, der ein Präsidialkabinett bildet.
- ♦ Juni 1932: Zusammenkunft Schleichers mit Hitler, der den mecklenburgischen Wahlkampf vom Gut Severin aus führt, auf einem Nachbargut. Hitler lehnt schriftl. Tolerierungserklärung für das Kabinett Papen ab.
- ♦ Juni 1932: Hindenburg löst den längst überalterten Reichstag (vom 14. September 1930) auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung auf; 6. Juni: Neuwahlen entgegen dem Wunsch der NSDAP auf den spätestmöglichen Termin (31. Juli) anberaumt.
- ♦ Juni 1932: Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin: NSDAP erringt 48,9 % der abgegebenen Stimmen und damit auch hier mit 30 von 59 Sitzen (bisher [Wahl vom 23. Juni 1929] 2 von 51 Sitzen) die absolute Mehrheit; nationalsozialistische Regierung am 13. Juli gebildet: der nationalsozialistische Abgeordnete Walter Granzow zum Ministerpräsident, der Nationalsozialist Dr. Friedrich Scharf zum 2. Minister gewählt.
- ♦ 9. Juni 1932: Vereinheitlichung der politischen Organisation der NSDAP; Reichsorganisationsleitung (Gregor Strasser) mit Reichsinspektion I und II (9 Landesinspektionen) und Hauptabteilung III-VI.
 - ♦ 13. Juni 1932: Hitler bei Papen; er fordert Aufhebung des SA-Verbotes.
- ❖ 14. Juni 1932: G. Strasser spricht als erster Nationalsozialist im Rundfunk (Die Staatsidee des Nationalsozialismus); die bayrische und württembergische Regierung verbietet die Übertragung dieser Sendung auf die süddeutschen Sender. Notverordnung gegen politische Ausschreitungen hebt gegen den Widerstand der süddeutschen Länderregierungen (Bayern, Württemberg, Baden) SA-, Uniform- und Demonstrationsverbot auf (am 17. Juni in Kraft getreten). Widerstand der Länderregierungen (neue Uniform- und Demonstrationsverbote in Baden und Bayern) durch die 2. Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni (nur räumlich begrenzte Uniform- und Demonstrationsverbote durch Länderregierungen zulässig) gebrochen.
- ♦ 15. Juni 1932: Reichsjugendführer v. Schirach, bisher Führer des Studentenbundes (Nachfolger: 1932/33 Gerd Rühle, 1933/34 Oskar Stäbel, seit 1934 Albert Derichsweiler), wird Reichsführer der Hitler-Jugend (an v. Rentelns Stelle). Der NS-Schülerbund wird der Hitler-Jugend eingegliedert.
- ♦ 15. Juni 1932: Rücktritt Rentelns als Reichsführer der HJ (Stärke der HJ etwa 35000 Mitglieder) und des NS-Schülerbundes. Reichsjugendführer von Schirach zugleich Reichsführer der Hitler-Jugend (der NS-Schülerbund der HJ eingegliedert). Durch Schirachs Ernennung zum Amtsleiter (seit 2. Juni 1933 Reichsleiter) der NSDAP die Unterstellung der HJ unter die Oberste SA-Führung aufgehoben. Reorganisation der HJ. Einführung neuer Bezeichnungen für die höheren HJ-Einheiten: Gebiet, Bann, Unterbann (statt: Gruppe, Gau, Bezirk). Die Bezeichnungen: Gefolgschaft (seit März 1932 statt: Ortsgruppe), Schar, Kameradschaft (seit 27. April 1931 statt: Gruppe) bleiben unverändert.
- ♦ 17. Juni 1932: Aufhebung des SA- und Uniformverbotes durch die erste Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni.
- ♦ 19. Juni 1932: Neuwahl des durch Urteil des hessischen Staatsgerichtshofes vom 9. Mai aufgelösten hessischen Landtages (vom 15. November 1931): NSDAP erringt als weitaus stärkste Partei 328306 Stimmen (43,9 %) und 32 (bisher 27) von 70 Sitzen; marxistische geschäftsführende Regierung Adelung bleibt am Ruder.
- ♦ Juli 1932: Einteilung der SA in 18 Gruppen (am 9. September in 5, am 1. April 1933 in 4 Obergruppen zusammengefaßt).
- ♦ 15. Juli 1932: Entwurf der Dienst-Vorschrift der PO (Politische Organisation der NSDAP) veröffentlicht; durchgreifende Neugliederung der politischen Organisation und des Aufbaues der NSDAP.

- ♦ 18. Juli 1932: Reichsregierung erläßt auf Grund der Notverordnung vom 28. Juni Verbot von Demonstrationen unter freiem Himmel infolge des steigenden marxistisch-kommunistischen Terrors (10. Juli: SA-Lastkraftwagenkolonne in Ohlau vom Reichsbanner beschossen, 2 SA-Männer tot; 17. Juli [Blutsonntag]: in Altona bei einem SA-Propagandamarsch 18 Tote, darunter 3 Nationalsozialisten, und etwa 50 Schwerverletzte, in Greifswald bei einem kommunistischen Feuerüberfall 3 SA-Männer getötet; vom 17. Juni bis 31. Juli 32 Nationalsozialisten ermordet und Tausendesch werverletzt).
- ♦ 20. Juli 1932: Reichskanzler v. Papen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung Reichskommissar für Preußen, dessen Einsetzung der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl am 19. Juli verlangt hat; Absetzung der Regierung Braun-Severing wegen der engen Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten und zur Sicherung der dadurch gefährdeten Staatsautorität. Erfolglose Proteste einzelner deutscher Landerregierungen. 20.-26. Juli: Ausnahmezustand für Berlin und die Provinz Brandenburg.
- ♦ 31. Juli 1932: Reichstagswahl: NSDAP gewinnt als weitaus stärkste Partei nach Hitlers 3. Deutschlandflug (15.-30. Juli, er spricht in 50 Städten) bei einer Wahlbeteiligung von 83 % 13,7 Mill. Stimmen (36,9 %) und 230 von 608 Mandaten (37,8 %) (bisher [Wahl vom 14. September 1930] 107 von 577 [18,5 %]). Neuwahl des am 15. zum 30. Juli aufgelösten Landtags in Thüringen: NSDAP ebenfalls stärkste Partei, erhält 395321 Stimmen (42,4 %) und 26 von 60 Mandaten (bisher [Wahl vom 8. Dezember 1929] 6 von 53 Sitzen); nationalsozialistische Regierung: am 26. August der Thüringer Gauleiter der NSDAP (seit 30. September 1927) Fritz Sauckel zum Ministerpräsidenten, die Nationalsozialisten Fritz Wächtler (Volksbildungsministerium) und Wilhelm Marschler (Finanz- und Wirtschaftsministerium) zu Ministern gewählt.

Hitlers Kampf um die Macht (August/Dezember 1932).

- ♦ 11. August 1932: Hitler, der am 9. August mit Schleicher in Dresden ergebnislos verhandelt hat, von der Reichsregierung nach Berlin zur Verhandlung über eine Regierungsumbildung eingeladen.
- ♦ 13. August 1932: Hitler verhandelt vormittags mit Reichswehrminister v. Schleicher und Reichskanzler v. Papen; nachmittags Besuch bei Hindenburg in Papens Gegenwart. Statt des von Hitler geforderten Kanzlerpostens wird ihm nur der Vizekanzlerposten angeboten, den er als unannehmbar ablehnt. Nach gescheiterter Verhandlung beurlaubt er die gesamte SA auf 14 Tage.
- ♦ 20. August 1932: In Schloß Großkühnau (nordwestl. von Dessau) von Ministerpräsident Freyberg nach Plänen Hierls (seit 9. Juni 1932 Hitlers Beauftragter für den Arbeitsdienst) unter Mitwirkung von Gauleiter Löper die erste Stammabteilung und Führerschule des nat.-soz. Arbeitsdienstes errichtet.
- ❖ 22. August 1932: Sondergericht in Beuthen verurteilt auf Grund der Notverordnung gegen politischen Terror vom 9. August (am 19. Dezember aufgehoben) 5 SA-Männer, die in der Notwehr einen polnischen Insurgenten und berüchtigten Kommunistenführer am 10. August in Potempa getötet haben, zum Tode. Telegramm Hitlers an die Verurteilten. 2. September: Umwandlung des Todesurteils in lebenslängliche Zuchthausstrafe. Mitte März 1933 freigelassen.
- ♦ 30. August 1932: Zusammentritt des neuen Reichstages (unter der kommunistischen Alterspräsidentin Klara Zetkin). Der nationalsozialistische Abgeordnete Göring mit 367 von Reichstagspräsidenten gewählt. erstmalig Stimmen marxistenfreies Reichstagspräsidium. Verhandlung der NSDAP mit dem Zentrum über Regierungsbildung als Druckmittel gegen die Regierung Papen. Hindenburg lehnt Görings Bitte um sofortigen Empfang des Reichstagspräsidiums ab, der erst am 9. September

- stattfindet. Preußischer Landtag spricht gegen die deutschnationalen Stimmen dem Reichs kommissar v. Papen die Mißbilligung aus.
- ♦ 8. September 1932: Errichtung eines Wehrpolitischen Amtes (mit Kolonialreferat) unter Leitung des Generalleutnants von Epp; zunächst dem Stab der Obersten SA-Führung angegliedert; Wehrpolitisches Amt am 19. März 1935 aufgelöst.
- ♦ 12. September 1932: In der 2. Sitzung des neuen Reichstages bringt Göring im Einverständnis mit Hitler den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September, verbunden mit einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung Papen, vor der Kanzlerrede zur Abstimmung. Der Antrag mit 512 gegen 42 Stimmen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei angenommen. Abstimmungsergebnis wird nicht wirksam infolge vorheriger Auflösung des Reichstages durch Hindenburg auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung. 13./14. September: Briefwechsel Göring-Hindenburg über Reichstagsauflösung. 17. September: Neuwahl auf den 6. November ausgeschrieben.
- ♦ Ende September 1932: Gründung der Nationalsozialistischen Jugend-Betriebszellen-Organisation (NSJB) unter Jugend-Betriebszellen-Hauptleitung der Reichsjugendführung (Heinz Otto, Artur Axmann) (am 20. Oktober 1933 in die HJ überführt).
- ♦ 1./2. Oktober 1932: 1. Reichsjugendtag der NSDAP in Potsdam. Aufmarsch von 110000 Hitlerjungen und -mädels; Rede Hitlers an die Jugend; siebenstündiger Vorbeimarsch an Hitler.
- ♦ 1./2. Oktober 1932: 1. Reichsjugendtag der NSDAP in Potsdam. Bannfahnenweihe. HJ ist damals in 10 HJ-Gebiete und 12 selbständige Banne gegliedert.
 - ♦ Oktober 1932: SA-Dienstvorschrift veröffentlicht.
- ❖ 20. Oktober 1932: Offener Brief Hitlers an Papen vom 16. Oktober gegen dessen Innenund Außenpolitik (Abrüstung) (Antwort auf Papens Rede in München vom 12. Oktober) veröffentlicht.
- ♦ 3./8. November 1932: Verkehrsstreik in Berlin unter Führung der Nationalsozialisten, besonders der Betriebszellenorganisation (NSBO).
- ♦ 6. November 1932: Nach schwerstem Wahlkampfe Reichstagswahl (11. Oktober bis 4. November: 4. Deutschlandsflug Hitlers, der in 60 Städten spricht): NSDAP erhält trotz schwierigster Verhältnisse bei einer Wahlbeteiligung von 80,5 % 11,7 Mill. Stimmen (33.1 %) und 196 von 684 Mandaten (33,5 %) (bisher [Wahl vom 31. Juli 1932] 230 von 608 Mandaten [37,8 %]).
- ♦ 8. November 1932: Verbot der militärähnlichen Organisationen der NSDAP (SA, SS) durch Regierungskommission des Saargebietes.
- ♦ 13. November 1932: Bürgerschaftswahl in Lübeck (marxistische Mehrheit gebrochen): NSDAP gewinnt als zweitstärkste Partei bei einer Wahlbeteiligung von 87% 27681 Stimmen und 27 (bisher [Wahl vom 10. November 1929] 6) von 80 Sitzen.
- ♦ 16. November 1932: Hitler lehnt Papens Einladung vom 13. nach Berlin zu mündlicher Aussprache betreffend Regierungsumbildung ab, schlägt schriftlichen Gedankenaustausch vor.
- ♦ 17. November 1932: Rücktritt des Kabinetts Papen. Hindenburgs Staatssekretär Meißner ruft Hitler telegraph. nach Berlin zu Hindenburg.
- ♦ 19. und 21. November 1932: Hitler bei Hindenburg; Hitler führt die weiteren Verhandlungen über die Regierungsbildung, die am 24. nach der Ablehnung seiner Vorschläge durch Hindenburg ergebnislos enden, schriftlich vom Hotel Kaiserhof aus (sein Berliner Quartier seit 3. Februar 1931). Eine erneute Einladung zu Schleicher auf 1. Dezember lehnt er als aussichtslos ab.
- ♦ Dezember 1932: General v. Schleicher zum Reichskanzler, Reichswehrminister und Reichskommissar für Preußen ernannt. Versuch der Bildung einer Dritten Front mit Hilfe der Gewerkschaften.

- ♦ 6. Dezember 1932: Zusammentritt des neuen Reichstages (unter dem nat.-soz. Alterspräsidenten General Litzmann); der bisherige nat.-soz. Reichstagspräsident Göring mit 279 von 645 Stimmen wiedergewählt.
- **%** 8. Dezember 1932: Der Reichsorganisationsleiter Mitglied und des Reichswirtschaftsrates der NSDAP, Reichstagsabgeordneter Gregor Strasser, legt alle Parteiämter nieder, nachdem er am 4. Dezember eigenmächtig mit Reichskanzler von Schleicher über seinen Eintritt in die Regierung Vizekanzler verhandelt hat. Alle Reichstagsabgeordneten, Landesinspekteure und Gauleiter stellen sich hinter Hitler. Strassers Nachfolger wird der Reichsinspekteur II Dr. Ley. Zur Herstellung einer erhöhten Schlagkraft der Bewegung Umbildung der PO (politischen Organisation [Gebrauch dieser Bezeichnung von Heß am 27. Juli 1935 verboten]) der NSDAP, deren Leitung Hitler selbst übernimmt; Dr. Ley Stabsleiter (seit 10. November 1934: Reichsorganisationsleiter der NSDAP). 15. Dezember: Auflösung der Wirtschaftspolitischen Abteilung (Hauptabt. IV) und des am 22. September geschaffenen Reichswirtschaftsrates der NSDAP (unter Feder und Walther Funk), Schaffung der Politischen Zentralkommission unter Rudolf Heß zur Gewährleistung der Einheitlichkeit in der Durchführung des politischen Kampfes. Gründung des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes (seit Anfang August 1938: Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation [NS-Hago]) unter Dr. Theodor Adrian von Renteln.
- ♦ 9. Dezember 1932: Annahme des verfassungsändernden Reichspräsidenten Stellvertretungsgesetzes (mit allen gegen die deutschnationalen und kommunistischen Stimmen) und des am 22. in Kraft tretenden Amnestiegesetzes für politische Straftaten, durch das viele Nationalsozialisten noch vor Weihnachten die Freiheit erhalten. Reichstag auf unbestimmte Zeit vertagt (nicht mehr zusammengetreten).
 - ♦ 15. Dezember 1932: Schleicher verkündet sein Regierungsprogramm.
 - ♦ 19. Dezember 1932: Verordnung zur Sicherung des inneren Friedens.
 - ♦ 31. Dezember 1932: 5,77 (1931: 5,66) Mill. Arbeitslose in Deutschland.

1933 -- Hitlers Berufung (Januar 1933).

- ♦ 4. Januar 1933: Vertrauliche Besprechung Hitlers mit Papen im Hause des Bankiers Kurt von Schröder in Köln (in Gegenwart von Heß und Himmler) über die Beteiligung an einer künftigen Regierung.
- ♦ 15. Januar 1933: Landtagswahl in Lippe (4.-14. Januar: Hitler spricht in 16 Orten im Freistaat Lippe) zeigt orneuten Aufstieg der NSDAP, die 9 (bisher [Wahl vom 6. Januar 1929] keinen Sitz) von 21 Mandaten erringt (39000 [39,6 %] gegen 33000 Stimmen [34,7 %] am 6. November 1932 [Reichstagswahl]). An die Stelle der marxistischen Regierung Drake tritt eine nationalsozialistische.
- ♦ 17./28. Januar 1933: Angesichts des bevorstehenden Sturzes des Kabinetts Schleicher mit dem deutschnationalen Parteiführer Hugenberg aufgenommene Verhandlungen Hitlers und Görings führen zu einer Einigung (Hugenberg Führer der Wirtschaftspolitik); am 18. verhandelt Hitler erneut mit Papen; seit 20. verhandelt Göring mit Papen, Hindenburgs Staatssekretär Meißner und dem 1. Stahlhelm-Bundesführer Franz Seldte; am 28. das Einigungswerk vollendet.
- ❖ 22. Januar 1933: Trotz marxistischer Bürgerkriegsdrohungen ungestörter Aufmarsch der gesamten Berliner SA vor dem Karl-Liebknecht-Haus, Sitz der kommunistischen Parteileitung, auf dem Bülowplatz in Berlin, dort Vorbeimarsch am Stabschef der SA Röhm und auf dem Nikolaifriedhofe an dem von Hitler am gleichen Tage eingeweihten Grabstein für den von Kommunisten am 23. Februar 1930 ermordeten Berliner Sturmführer Horst Wessel.
 - ♦ 22. Januar 1933: Aufmarsch der gesamten Berliner SA auf dem Bülowplatz in Berlin.

- ❖ 28. Januar 1933: Rücktritt des Kabinetts Schleicher, da Hindenburg das von Schleicher geforderte Dekret für die Auflösung des Reichstages der am 31. Januar zusammentreten soll, ohne Ausschreibung von Neuwahlen verweigert. Papen führt in Hindenburgs Auftrag die sehr schwierigen Verhandlungen über die Regierungsneubildung.
- ♦ 29. Januar 1933: Das Manifest der Jugend (von Reichsjugendführer von Schirach am 24. Januar verfaßt) der HJ verkündigt.
- ♦ 30. Januar 1933: Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Stärke der HJ etwa eine Million Mitglieder.
- ♦ 30. Januar 1933: Hitler von Hindenburg mittags zum Reichskanzler, die Nationalsozialisten Dr. Wilhelm Frick zum Reichsinnenminister und Hermann Göring zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Reichskommissar für den Luftverkehr und kommiss. preuß. Innenminister ernannt (seit 10. April 1933 preuß. Ministerpräsident und Innenminister [bis 1. Mai 1934], seit 28. April Reichsminister für Luftfahrt [5. Mai: Errichtung des Reichsluftfahrtministeriums]).
- ♦ 30. Januar 1933: Marsch der Berliner SA und SS durch das Brandenburger Tor und Fackelzug Anläßlich der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

Übrige Mitglieder der Reichsregierung:

- 1. Vizekanzler (bis 26. Juli 1934) und Reichskommissar für Preußen (bis 10. April 1933): Franz von Papen.
- 2. Reichsaußenminister: Constantin Freiherr von Neurath (schon unter Papen und Schleicher).
- 3. Reichsfinanzminister: Lutz Graf Schwerin von Krosigk (schon unter Papen und Schleicher).
- 4. Reichswehrminister: Generalleutnant Werner von Blomberg.
- 5. Reichswirtschaftsminister: Alfred Hugenberg (27. Juni 1938 zurück getreten), 23. Juni 1933 bis 30. Januar 1935 Kurt Schmitt.
- 6. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Alfred Hugenberg (bis 27. Juni 1933), seit 29. Juni 1933 Walther Darré.
- 7. Reichsverkehrs- und Reichspostminister: Paul Freiherr von Eltz-Rübenach (schon unter Papen und Schleicher).
- 8. Reichsarbeitsminister: Franz Seldte, 1. Bundesführer des Stahlhelms (seit 27. April 1933 Mitglied der NSDAP).
- 9. Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung (bis 23. März 1933): Dr. Günther Gereke (schon unter Schleicher).
- 10. Reichsjustizminister (seit 1. Februar 1933: Franz Gürtner (schon unter Papen und Schleicher).
- 11. Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda (seit 13. März 1933 [Errichtung des Propaganda ministeriums]): der Berliner Gauleiter und Reichspropagandaleiter der NSDAP Dr. Joseph Göbbels.
- 12. Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (seit 1. Mai 1934): Bernhard Rust.
- 13. Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten (seit 16. Juli 1935): Hans Kerrl.
- 14. Reichsminister ohne Geschäftsbereich: Hitlers Stellvertreter (seit 27. April 1933) Rudolf Heß (seit 1. Dezember 1933 durch das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat); der bisherige bayr. Justizminister Dr. Hans Frank (seit 19. Dezember 1934).

Abends Fackelzug der gesamten Berliner SA durch das Brandenburger Tor und die Wilhelmstraße an Hindenburg und Hitler vorbei; auf dem Rückmarsch Sturmführer Hans

Maikowski und der Oberwachtmeister Zauritz bei einem kommunistischen Überfall auf den Sturm 33 in Berlin-Charlottenburg ermordet (Staatsbegräbnis unter Teilnahme Hitlers und der Reichsregierung am 5. Februar: Trauerfeier im Berliner Dom; Maikowski auf dem Invalidenfriedhof in Berlin beigesetzt). Von Beginn ihres Kampfes bis zum 30. Januar 1933 hat die Bewegung mehr als 200 Tote zu verzeichnen.

Die nationalsozialistische Revolution und der Aufbau des Dritten Reiches (1933/35).

- ♦ Februar 1933: Hindenburg löst den arbeitsunfähigen Reichstag auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung auf; Neuwahlen auf den 5. März anberaumt (durch Verordnung vom 2. Bildung von Splitterparteien unmöglich gemacht; die Auslandsdeutschen erhalten das Wahlrecht); Hitler spricht erstmalig im Rundfunk bei Verkündung des Aufrufes der Reichsregierung an das deutsche Volk (zwei große Vierjahrespläne für den Wiederaufbau).
- ♦ Februar 1933: Hitler spricht erstmalig vor dem Reichsrat. Wegen zahlreicher kommunistischer Terrorakte erläßt Göring Demonstrationsverbot für die Kommunisten in Preußen.
- ♦ Februar 1933: Der hannoversche Gauleiter der NSDAP Bernhard Rust zum kommissarischen preußischen Kultusminister ernannt. Der preußische Landtag und das Dreimännerkollegium lehnen Landtagsauflösung ab. Auflösung sämtlicher preußischer Kommunalvertretungen mit Wirkung vom 7. Februar; Neuwahlen auf den 12. März anberaumt. Verordnung zum Schutze des Deutschen Volkes (betr. Versammlungen, Demonstrationen, Presse).
- ♦ 6. Februar 1933: Durch Hindenburgs Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen (auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung) die preußische Hoheitsregierung Braun-Severing endgültig beseitigt; Vizekanzler v. Papen als Reichskommissar für Preußen mit den Befugnissen des bisherigen Staatsministeriums betraut; Auflösung des preußischen Landtages (Neuwahl zusammen mit der Reichstagswahl am 5. März).
- ♦ 10. Februar 1933: Zur Eröffnung des Reichstagswahlkampfes spricht Hitler in einer Riesenkundgebung der NSDAP im Sportpalast in Berlin; erstmalig Übertragung einer nationalsozialistischen Kundgebung durch den Rundfunk (über alle deutschen Sender).
 - ♦ Februar 1933: Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz.
 - ❖ 21. Februar 1933: Hitler warnt in einem Aufrufe an die NSDAP vor Provokateuren.
- ♦ 22. Februar 1933: Verordnung Görings über die Bildung einer Hilfspolizei in Preußen aus SA, SS und Stahlhelm (am 8. August zum 15. aufgelöst).
- ❖ 24. Februar 1933: Göring ruft als kommissarischer preußischer Innenminister SA, SS und Stahlhelm in Preußen als Hilfspolizei (zum 15. August wieder aufgelöst) auf; die anderen deutschen Länder folgen diesem Beispiel.
- ❖ 27. Februar 1933: Reichstagsbrand in Berlin; als Brandstifter der holländische Kommunist Marinus van der Lubbe am Tatort festgenommen; als der Mittäterschaft verdächtig am 28. der kommunistische Reichstagsabg. Torgler, am 9. März die bulgarischen Kommunisten Dimitroff, Popoff und Taneff verhaftet; gegen diese vom 21. September bis 23. Dezember der Brandstifterprozeß vor dem Reichsgericht in Leipzig (Bünger) durchgeführt; die Reichsminister Göring und Dr. Göbbels am 5. und 8. November als Zeugen vernommen; Lubbe wegen Brandstiftung und Hochverrat zum Tode verurteilt (am 10. Januar 1934 hingerichtet), die übrigen Angeklagten wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.
- ❖ 28. Februar 1933: Den drohenden Ausbruch des kommunistischen bewaffneten Aufstandes, für dessen Beginn der Reichstagsbrand das Signal bilden sollte, verhindert Göring durch sofortige Verhaftung von 4000 kommunistischen Abgeordneten und

Funktionären; Verbot der gesamten kommunistischen und sozialdemokratischen Presse. Verordnung zum Schutz von Volk und Staat (Todesstrafe für Volksverrat; Reichsregierung kann in die Befugnisse der Landesbehörden eingreifen); Verordnung gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe (verschärfte Strafen).

- ♦ März 1933: Tag der erwachenden Nation; Hitler spricht am Vorabend der Reichstagswahl von Königsberg aus im Rundfunk zum ganzen deutschen Volk (vom 15. Februar bis 4. März spricht Hitler auf seinem 5. Deutschlandflug in 10 deutschen Städten).
- * März 1933: Reichstagswahl: NSDAP erringt bei einer Wahlbeteiligung von 88,8 % 17,27 Mill. Stimmen (43,9 %) und 288 von 647 Mandaten (bisher [Wahl vom 6. November 1932] 196 von 584 Mandaten). Die Nationalsozialisten verfügen zusammen mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (Deutschnationale und Stahlhelm), die 8 % der Stimmen und 52 Mandate erhält, über die absolute Mehrheit im Reichstag (340 von 647 Mandaten); da die 81 kommunistischen Abgeordneten nicht zugelassen werden, zählt der Reichstag praktisch nur 566 Abgeordnete. Gleichzeitig Neuwahl des preußischen Landtags: Die NSDAP erringt 10,51 Mill. Stimmen (44 %) und 211 von 474 Mandaten (bisher [Wahl vom 24. April 1932] 162 von 422 Mandaten). Nationalsozialisten und Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (43 Mandate) verfügen auch hier über die absolute Mehrheit (254 von 474 [ohne Kommunisten 411] Mandaten). Frick greift in den Tagen vom 5.-7. März in Hamburg, Bremen, Hessen, Baden, Württemberg, Sachsen und Schaumburg-Lippe ein und übernimmt die polizeilichen Befugnisse.
- ♦ 8. März 1933: In Hamburg, Bildung einer nationalsozialistischen Regierung, unter Bürgermeister Krogmann (am 4. und 6. Rücktritt des bisherigen Senates unter Bürgermeister Petersen). Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, die kommunistische Hochburg, zugleich mit der Hissung der Hakenkreuzfahne in Horst-Wessel-Haus umgetauft.
- ♦ 9. März 1933: Infolge der bedrohlichen Lage in Bayern, wo das Kabinett Held-Stützel noch am Ruder ist, setzt Reichsinnenminister Frick Generalleutnant von Epp als Reichskommissar in Bayern ein, der am 10. März eine kommissarische Staatsregierung bildet; Himmler kommissarischer Polizeipräsident von München; am 16. Rücktritt der Regierung Held; Epp kommissarischer Ministerpräsident.
- ♦ 10. März 1933: Rücktritt der Regierung in Baden (Schmitt) und Sachsen (Schieck); hier SA-Obergruppenführer von Killinger als Reichskommissar eingesetzt.
- ♦ 11. März 1933: Rein nationalsozialistische Regierung in Baden (Gauleiter Robert Wagner [seit 8. März Reichskommissar], Köhler, Wacker, Rupp).
- ♦ 12. März 1933: Kommunalwahlen in Preußen: weitere große Erfolge der Nationalsozialisten; NSDAP erringt in Berlin 38,3 % (5. März: 34,6 %) der Stimmen und 86 von 225 Mandaten (zusammen mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot [27 Mandate] absolute Mehrheit [113 von 225, ohne Kommunisten 181 Mandaten]); am 15. März Dr. Lippert von Minister Göring als Staatskommissar zur besonderen Verwendung in Berlin eingesetzt; am 31. Mai durch Gesetz endgültig zum Staatskommissar bestellt. In 6 von den 12 preußischen Provinziallandtagen (Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Niederschlesien, Schleswig-Holstein) erringt NSDAP absolute Mehrheit. Flaggenverordnung Hindenburgs: Schwarzweißrote Fahne und Hakenkreuzfahne bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben werden Reichsfahnen; am 14. für die Reichswehr Schwarzweißrote Kokarde und Reichskriegsflagge ohne Gösch eingeführt; am 8. April Gösch aus der Handelsflagge entfernt.
- ♦ 13. März 1933: In Hessen rein nationalsozialistische Regierung (unter Staatspräsident Dr. Werner: vom 18. September 1933 bis 28. Februar 1935 Philipp Wilhelm Jung einziger hessischer Staatsminister).
- ♦ März 1933: In Württemberg Gauleiter Wilhelm Murr (seit 8. März Reichskommissar) zum Staatspräsidenten gewählt. Regierung aus Nationalsozialisten (Mergenthaler) und Deutschnationalen gebildet.
 - ♦ März 1933: Schacht an Luthers Stelle Reichsbankpräsident.

- ♦ März 1933: Neuer Senat in Bremen aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen unter Bürgermeister Dr. Richard Markert (seit 6. März Reichskommissar), seit 23. Oktober 1934 unter Bürgermeister Otto Heider.
 - ♦ März 1933: Gründung der SS-Leibstandarte Adolf Hitler.
- ♦ März 1933: Vormittags feierliche Eröffnung des Reichstages durch Staatsakt in der Garnisonkirche zu Potsdam (ohne Beteiligung der sozialdemokratischen Fraktion); Ansprachen Hindenburgs und Hitlers; nachmittags Zusammentritt des Reichstages in der als Reichstagsplenarsaal hergerichteten Krolloper in Berlin; Göring wieder zum Reichstagspräsidenten gewählt. Amnestie für Straftaten nationaler Kämpfer verkündet; Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung.
- ♦ März 1933: Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung (Strafen für unbefugtes Tragen und Besitzen von Uniformen der nationalen Verbände).
- ♦ März 1933: Zusammentritt des neugewählten preußischen Landtages; der bisherige nationalsozialistische Landtagspräsident Hans Kerrl wiedergewählt; Wiederherstellung der alten Geschäftsordnung; Wahl des Ministerpräsidenten vorläufig verschoben.
- März 1933: Hitlers Regierungserklärung im Reichstag; scharfe Entgegnung Hitlers auf die Rede des soz.-dem. Parteivorsitzenden Wels; Annahme des von der NSDAP und der Kampffront eingebrachten verfassungsändernden Ermächtigungsgesetzes (Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, gültig bis 1. April 1937; Aufhebung des Größten Teiles der Weimarer Verfassung) mit 441 gegen 94 (sozialdemokratische) Stimmen; sofortige Zustimmung des Reichsrates. Änderung der Reichstagsgeschäftsordnung. preuß. Landtagspräsident Kerrl kommissarischer preußischer Justizminister.
- ❖ 29. März 1933: Auflösung des Reichswirtschaftsrates; Neubildung beschlossen. Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe (bei Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit).
- ♦ 31. März 1933: 1. Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (Neubildung der Länderparlamente und Kommunalvertretungen außerhalb Preußens nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März unter Ausschaltung der Kommunisten.
- ♣ April 1933: Boykott gegen die jüdischen Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte usw. in Deutschland (unter Leitung des fränkischen Gauleiters der NSDAP Julius Streicher) zur Abwehr der jüdischen Greuelpropaganda im Auslande reibungslos durchgeführt. -- Der Nationalsozialist Fritz Reinhardt zum Staatssekretär im Reichsfinanzministerium ernannt. -- Gründung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP (unter Alfred Rosenberg).
- ♦ 4. April 1933: Einigung des deutschen Bauerntums unter Darré (seit 12. Januar 1934 Reichsbauernführer). -- Gesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten.
- ❖ April 1933: Übernahme des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände durch die Reichsjugendführung.
- ♦ April 1933: 2. Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (Reichsstatthaltergesetz); der Reichsstatthalter (in Preußen der Reichskanzler) ernennt und entläßt die Landesregierung und unmittelbaren Staatsbeamten, verkündet Landesgesetze, hat Begnadigungsrecht. Dadurch Gewährleistung der Reichseinheit und Unabhängigkeit der Landesregierungen von den Landtagen. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.
- ♣ April 1933: Appell der gesamten deutschen und österreichischen SA, zu der Hitler durch Rundfunk vom Berliner Sportpalast aus spricht. Besichtigungen der SA durch Hitler oder Stabschef Röhm: 7. Mai: Kiel (Gruppe Nordmark), 18. Juni: Erfurt und Frankfurt a. d. O. (Gruppen Thüringen und Ostmark), 9. Juli: Dortmund und Koblenz (Gruppe Westfalen und rheinische Motor-SA), 16. Juli: Leipzig (Gruppe Sachsen), 6. August: Berlin (gruppe-Berlin-Brandenburg), 8. Oktober: Breslau (Gruppe Schlesien); 24. September: Stahlhelmtag

- in Hannover. 11./13. August: Aufmarsch der SS-Gruppe Ost in Döberitz u. Berlin. 25. März 1934: Dresden (SA-Gruppe Sachsen).
- ❖ April 1933: Göring preußischer Ministerpräsident, Innenminister und stellvertretender Reichsstatthalter; Rücktritt Papens als Reichskommissar für Preußen. Epp Reichsstatthalter Bayerns.
- ♦ 12. April 1933: Ernennung der bayrischen Regierung,: Ludwig Siebert Ministerpräsident; Gauleiter des Gaues München-Oberbayern Adolf Wagner Innenminister; Führer des Bundes Nat.-soz. Deutscher Juristen Dr. Hans Frank Justizmin. (bis 19. Dezember. 1934); Gauleiter des Gaues Bayer. Ostmark und Gründer des Nat.-soz. Lehrerbundes (NSLB; 1927 i. Hof gegründet) Hans Schemm († März 1935) Kultusminister; Herm. Esser Minister ohne Geschäftsbereich, dann Wirtschaftsminister (1. März 1934 bis 21 März 1935).
- ♦ 17. April 1933: Hitler betont in seiner Abrüstungsrede, daß die SA und SS nicht als militärische Formationen zu betrachten seien.
- ♦ 20. April 1933: Hitler an seinem 44. Geburtstage zusammen mit Hindenburg zum Ehrenbürger Bayerns ernannt.
- ♦ 21. April 1933: Ernennung der Preußenregierung: Rust Kultusminister, Kerrl Justizminister, Popitz Finanzminister; die von dem Reichsminister Hugenberg kommissarisch verwalteten Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerien bleiben vorläufig unbesetzt.
- ❖ 22. April 1933: Der bayrische Justizminister Dr. Frank zum Reichsjustizkommissar für die Erneuerung der Rechtsordnung und die Gleichschaltung der Justiz in den Landern ernannt (bis 19. Dezember 1934).
 - ❖ 26. April 1933: 8 neue SA- und SS-Dienstgrade eingeführt.
- ❖ 27. April 1933: Hitler ernennt den Vorsitzenden der politischen Zentralkommission Rudolf Heß zu seinem Stellvertreter (seit dem 29. Juni 1933 nimmt er an den Sitzungen des Reichskabinetts teil); Reichsminister Seldte tritt zur NSDAP über.
 - ♦ 29. April 1933: Gründung des Reichsluftschutzbundes (RLB).
- ♦ Mai 1933: Tag der nationalen Arbeit; große wirtschaftsprogrammatische Rede Hitlers vor 1 1/2 Millionen Menschen auf dem Tempelhofer Feld in Berlin. Mitgliederaufnahmesperre für die NSDAP.
- ♦ Mai 1933: Die nat.-soz. Betriebszellenorganisation (NSBO) übernimmt unter Führung von Dr. Ley sämtliche Gewerkschaftshäuser der freien Gewerkschaften (die christlichen, liberalen und nationalen Gewerkschaften unterstellen sich am 3. Hitlers Führung); Gründung der Deutschen Arbeitsfront durch Dr. Ley (Organ: Der Deutsche).
- ♦ Mai 1933: Hitler erkennt die NS-Volkswohlfahrt (NSV) unter Hilgenfeldt als die für das Gebiet der Volkswohlfahrt und Fürsorge zuständige Parteiorganisation an (April 1932 in Berlin als Verein gegründet, Oktober 1932 bis April 1933 der Hauptabt. III des Gaues Groß-Berlin der NSDAP unterstellt).
- ♦ 3./4. Mai 1933: Gründung der Reichsstände des deutschen Handwerks und des deutschen Handels unter Dr. Theodor Adrian von Renteln.
- ♦ Mai 1933: Aufruf Hitlers zur Stiftung für die Opfer der nationalen Arbeit. Ernennung der Reichsstatthalter für Sachsen (Gauleiter Martin Mutschmann), Württemberg (bisheriger Staatspräsident und Gauleiter Wilhelm Murr; Ministerpräsident wird Mergenthaler), Baden (bisheriger Ministerpräsident und Gauleiter Robert Wagner; Ministerpräsident wird Walter Thüringen (bisheriger Ministerpräsident und Gauleiter Fritz Sauckel; Ministerpräsident wird Wilhelm Marschler) Hessen (Gauleiter Jakob Braunschweig-Anhalt (Gauleiter Friedrich Wilhelm Löper, † 23. Oktober 1935), Bremen-Oldenburg (Gauleiter und bisheriger Ministerpräsident Carl Röver: oldenbürgischer Ministerpräsident wird Georg Joël); am 16. Mai die Reichsstatthalter von Hamburg (Gauleiter Karl Kaufmann), Lippe und Schaumburg-Lippe (Gauleiter Dr. Alfred Meyer) und am 26. von Mecklenburg und Lübeck (Gauleiter Friedrich Hildebrandt) ernannt; am 26. Mai von Hindenburg vereidigt.

- ♦ Mai 1933: Ernennung der sächsischen Regierung (unter Ministerpräsident von Killinger; bis 28. Februar 1935).
- ♦ 10. Mai 1933: Beschlagnahme des Vermögens der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners.
- ♦ 15. Mai 1933: Bäuerliches Erbhofrecht in Preußen (Anerbenrecht) (aufgehoben durch das Reichserbhofgesetz vom 29. September 1933).
- ♦ 17. Mai 1933: Hitlers Reichstagsrede über die Abrüstung (auf alle deutschen und zahlreiche ausländische Sender übertragen); er verkündet den Friedenswillen der Regierung und des gesamten Volkes; der Reichstag billigt einstimmig Hitlers Erklärung.
- ♦ 18. Mai 1933: Der preußische Landtag und Staatsrat beschließt ein Ermächtigungsgesetz (Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Land) für die preußische Staatsregierung.
- ❖ 19. Mai 1933: Gesetz über Treuhänder der Arbeit (aufgehoben durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934). Gesetz zum Schutz der nationalen Symbole.
- ❖ 28. Mai 1933: Neuwahl des am 13. April aufgelösten Danziger Volkstages: NSDAP erhält 109029 Stimmen (51,1 %) und mit 39 und seit 2. Mai 1934 41 (bisher [Wahl vom 16. November 1930] 12) von 72 Mandaten die absolute Mehrheit; am 20. Juni Bildung einer nationalsozialistischen Regierung unter Senatspräsident Dr. Rauschning (am 23. November 1934 zurückgetreten). Direkte Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zur Herstellung besserer Beziehungen führen zu den Abkommen vom 5. August und 18. September 1933, 6. August 1934 (u. a. betr. Ausnutzung des Danziger Hafens).
- ♦ 29. Mai 1933: Durch Reichsgesetz (mit Wirkung vom 1. Juni) Tausend-Mark-Gebühr für Einreise nach Österreich eingeführt.
- ♦ Juni 1933: Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit; 21. September: 2. Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Beginn der planmäßigen Arbeitsschlacht; bis zum Beginn des Winters Rückgang der Arbeitslosigkeit um rund 2 1/4 Millionen (Höchststand am 15. Februar: 6047000 Arbeitslose; 30. November: nur noch 3714000 Arbeitslose; 31. Januar 1935: 2974000 Arbeitslose). Gründung der Deutschen Rechtsfront in Hamburg.
- ♦ Juni 1933: Der von Mussolini am 19. März vorgeschlagene Viermächtepakt zwischen Deutschland, Italien, England und Frankreich paraphiert; am 15. Juli in Rom unterzeichnet.
- **%** 12. Juni 1933: Eröffnung der am 27. Juli ergebnislos deutsche Delegation Weltwirtschaftskonferenz in London: unter reichsaußenministers von Neurath. Ausweisung des Presseattachés bei der deutschen Gesandtschaft in Wien Theo Habicht (zugleich Landesinspekteur der NSDAP für Österreich [bis zum 26. Juli 1931]).
 - ♦ 16. Juni 1933: Hitler eröffnet die Reichsführerschule der NSDAP in Bernau.
- ♦ 17. Juni 1933: Hitler ernennt den Reichsjugendführer der NSDAP Baldur von Schirach zum Jugendführer des Deutschen Reiches; 8. Juli: Errichtung der Dienststelle des Jugendführers.
- 17. Juni 1933: Hitler ernennt Reichsjugendführer von Schiraoh zum Jugendführer des Deutschen Reiches.
- ♦ 19. Juni 1933: Der österreichische christlich-soziale Bundeskanzler Dollfuß verbietet die NSDAP und SA in Österreich; Beginn schärfster Unterdrückungsmaßnahmen gegen die nationalsozialistische Bewegung in Österreich. Die deutsche Abordnung (unter Dr. Ley) verläßt die Internationale Arbeitskonferenz in Genf.
- ❖ 21. Juni 1933: Verbot und Auflösung der Kampfringe der Deutschnationalen Front, und der Bismarckjugend, in die zahlreiche Kommunisten und Sozialdemokraten aufgenommen sind; Eingliederung des Bundes Scharnhorst in die Hitler-Jugend.
- ♦ 21. Juni 1933: Eingliederung des Jungstahlhelm in die SA zwischen Hitler und dem 1. Stahlhelm-Bundesführer Seldte vereinbart (Jungstahlhelmführer Elhard von Morozowicz [† 31. Januar 1934] tritt zum Stabe des Obersten SA-Führers; Eingliederung am 31. Oktober

abgeschlossen). Im Anschluß daran die Brigade Ehrhardt dem Reichsführer der SS als selbständige Gliederung innerhalb der SS unterstellt (Januar 1934 aufgelöst und der SS oder SA eingegliedert).

- ♦ 22. Juni 1933: Verbot der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland.
- ♦ 26. Juni 1933: Gründung der Akademie für Deutsches Recht.
- ❖ 27. Juni 1933: Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens: Reichsautobahnen; am 23. September eröffnet Hitler den Bau der ersten Reichsautobahn (Frankfurt-Heidelberg). 19. Mai 1935: Hitler eröffnet die erste Reichsautobahnstrecke (Frankfurt-Darmstadt). Selbstauflösung der Deutschnationalen Volkspartei (seit 3. Mai: Deutschnationale Front); Rücktritt Hugenbergs als Reichsminister und kommissarischer preußischer Minister.
 - ♦ 28. Juni 1933: Selbstauflösung der Staatspartei.
- ❖ 29. Juni 1933: Die Reichsminister Darré und Schmitt zu preußischen Landwirtschaftsund Wirtschaftsministern, der Nationalsozialist Gottfried Feder zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium (bis 4 Dezember 1934) ernannt.
- ♦ Juli 1933: Grundlegende Neugliederung der Hitler-Jugend (HJ) und des Bundes Deutscher Mädel (BDM). Schaffung der 5 Obergebiete (Gauverbände) Ost, Nord, West, Mitte, Süd (mit 21 Gebieten [Obergauen]) und des selbständigen Gebietes (Obergaues) 22 (Deutsch-Österreich) sowie der HJ-Banne (die bisherigen Banne werden Oberbanne) und der Untergaue des BDM als neuer Einheiten. Vereinheitlichung der Uniformen der HJ und des BDM.
- ♦ 1./3. Juli 1933: SA-Führertagung in Bad Reichenhall; der gesamte Stahlhelm der Obersten SA-Führung unterstellt; 31. Juli: Seldte zum SA-Obergruppenführer befördert.
 - ♦ Juli 1933: Gründung der NSKOV (Kriegsopferversorgung) unter Hans Oberlindober.
 - ♦ Juli 1933: Selbstauflösung der Deutschen und Bayrischen Volkspartei.
 - ♦ Juli 1933: Selbstauflösung des Zentrums.
 - ❖ Juli 1933: Hitler erklärt die nat.-soz. Revolution für beendet.
- ♦ Juli 1933: Alle Mandate der sozialdemokratischen Partei und die mit sozialdemokratischer Hilfe erworbenen Mandate anderer Parteien (Staatspartei) für ungültig erklärt. Die Abgeordneten der übrigen Parteien treten im Reichstag, in den Landtagen und Kommunalvertretungen der Fraktion der NSDAP als Hospitanten bei. Neue Einteilung der gesamten SA in 8 Obergruppen (I-VIII) und 21 Gruppen.
- ♦ Juli 1933: Abschluß des Konkordats zwischen Deutschland und dem Römischen Stuhl; am 20. Juli von Vizekanzler von Papen und Kardinalstaatssekretär Pacelli unterzeichnet (Einflußsphären des Staates und der Kirche gegeneinander abgegrenzt; Verbot der politischen Betätigung der Geistlichen; Treueid der Bischöfe).
- ♦ Juli 1933: Wegen des Massenandrangs Aufnahmesperre für die SA (vom 1.-5. November 1933 vorübergehend aufgehoben) und SS (im September 1934 vorübergehend aufgehoben).
- ♦ 14. Juli 1933: Gesetz über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche. Gesetz gegen die Neubildung von Parteien (unter Strafe gestellt). Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (Erbgesundheitsgerichte). Gesetz über Volksabstimmung.
 - ♦ 15. Juli 1933: Generalrat der Wirtschaft gebildet.
 - ♦ 15. August 1933: Ostpreußen von Arbeitslosen frei.
- ❖ August 1933: Der am 11. Januar 1923 (Tag des Ruhreinbruchs) von Fritz Kloppe gegründete national-revolutionäre Kampfverband Der Wehrwolf, der sich mit allen Gliederungen am 14. Juli der Obersten SA-Führung unterstellt hat, in die SA eingegliedert.
- ♦ 27. August 1933: Große Kundgebung am Tannenbergdenkmal in Hindenburgs und Hitlers Gegenwart (Ostland-Treuefahrt).
- ❖ 31. August 1933 bis 3. September: 5. Reichsparteitag (Parteitag des Sieges) der NSDAP (die 1930/32 fälligen Parteitage fanden wegen starker Beanspruchung der Partei durch Wahlen und sonstige politische Aufgaben nicht statt); Appell von 150000 Amtswaltern (auf

- der Zeppelinwiese), 60000 Hitlerjungen (im Stadion) und 100000 SA-, SS-Männern und Stahlhelmern (im Luitpoldhain); Reden Hitlers über Kultur und Rasse und Volk und Rasse.
- ♦ September 1933: 5. Reichsparteitg der NSDAP in Nürnberg. Appell von 60000 Hitlerjungen im Stadion. Ansprache Hitlers.
- September 1933: 5. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg; Hitler verleiht im Luitpoldhain der SA 118 Standarten und der SS 8 Standarten und 150 Sturmfahnen; wegen des starken Anwachsens der SA und SS dürfen nur Abordnungen jeder Formation am Parteitag teilnehmen; 100000 SA- und SS-Männer und Stahlhelmer marschieren an Hitler auf dem Adolf-Hitler-Platz (früher: Hauptmarkt) vorbei.
- ♦ 13. September 1933: Bildung des Reichsnährstandes unter Reichsminister Darré. Reichsminister Dr. Göbbels verkündet den Plan des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes (Kampf gegen Hunger und Kälte). Im Winter 1933/34 werden 358 Millionen Reichsmark an Geld- und Sachspenden aufgebracht.
- ♦ 15. September 1933: Göring eröffnet in Berlin den von ihm durch Gesetz vom 8. Juli geschaffenen neuen Preußischen Staatsrat.
- ♦ 21. September 1933: Eingliederung der evangelischen Jugendverbände in die HJ abgeschlossen.
- ❖ 22. September 1933: Die Reichsregierung beschließt die Schaffung einer Reichskulturkammer; am 15. November vom Präsidenten, Reichsminister Dr. Göbbels, in Berlin eröffnet.
- ♦ 28. September 1933: Reichsminister Dr. Göbbels spricht vor der internationalen Presse in Genf.
- ♦ Oktober 1933: Erntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln; Rede Hitlers. Verkündung des Reichserbhofgesetzes (vom 29. September).
 - ♦ Oktober 1933: Schriftleitergesetz (am 1. Januar 1934 in Kraft getreten).
- ❖ 13. Oktober 1933: Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens (verschärfte Strafen für Angriffe aus politischen Gründen auf SA, SS und Stahlhelm).
- **%** 14. Oktober 1933: Da Deutschland die Gleichberechtigung auf der Abrüstungskonferenz in Genf nicht zugestanden wird, beschließt das Reichskabinett Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund (am 19. Oktober notifiziert); Aufruf Hitlers an das deutsche Volk; Hitler begründet in einer Rundfunkrede, die von allen deutschen und zahlreichen ausländischen Sendern übertragen wird, vor der ganzen Welt diesen Schritt von höchster politischer Bedeutung; Auflösung des Reichstages (Neuwahlen zugleich mit der Volksabstimmung über Hitlers Politik auf den 12. November angesetzt) und sämtlicher deutschen Länderparlamente (ohne Neuwahlen).
- ♦ 15. Oktober 1933: Heß verfügt, daß keinem Mitglied der NSDAP aus seiner Einstellung zur Kirche und Religion ein Nachteil erwachsen darf. Hitler legt in München den Grundstein für das Haus der deutschen Kunst (an Stelle des am 6. Juni 1931 niedergebrannten Glaspalastes).
- ♦ Oktober 1933: Hitler eröffnet den Reichstagswahlkampf im Sportpalast in Berlin; seine Rede auf alle deutschen Sender übertragen (25. Oktober bis 9. November: 6. Deutschlandflug Hitlers; er spricht in 10 Städten).
- November 1933: Bisheriger Kernstahlhelm wird SA-Reserve I (neben SA und SS) (unter Oberstlandesführer von Stephani), deren Organisation (Oberlandes- und Landesverbände) der der SA (Obergruppen und Gruppen) angeglichen wird. Kyffhäuserbund, Regimentsvereine usw. werden SA-Reserve II (unter Oberst a. D. Wilhelm Adolf Reinhard).
- November 1933: Ernennung von SA- und SS-Führern zu Sonderbevollmächtigten, bzw. -beauftragten des Obersten SA-Führers bei den Regierungsstellen Preußens und dann auch anderer deutscher Länder zur Beratung (am 4. Juli 1934 abberufen).
 - ♦ 8./9. November 1933: Zehnjahresfeier der Erhebung von 1923 in München.
- ♦ November 1933: Vereidigung der SS-Leibstandarte Adolf Hitler am 10. Jahrestag der Erhebung von 1923 von der Feldherrnhalle in München auf Hitler.

- ♦ November 1933: Während der einstündigen, von allen deutschen und zahlreichen ausländischen Sendern übertragenen Rede Hitlers Für Gleichberechtigung und Frieden vor der Arbeiterschaft in den Siemenswerken in Berlin ruht in ganz Deutschland die Arbeit.
- November 1933: Volksabstimmung über Hitlers gesamte Innen- und Außenpolitik (einschließlich des Austritts aus dem Völkerbund): bei einer Wahlbeteiligung von 96,3 % werden 40,6 Mill. Ja-Stimmen (95,1 %) und 2,1 Mill. Nein-Stimmen (4,9 %) abgegeben. Gleichzeitig Reichstagswahl: bei einer Wahlbeteiligung von 95,2 % werden für die Einheitsliste der NSDAP 33.64 Mill. Stimmen (92,2 %) (am 5. März 1933 43,9 %) abgegeben; damit sind 661 Abgeordnete gewählt (639 Mitglieder der NSDAP und 22 Gäste).
- ❖ 24. November 1933 bis 27. Januar 1934: Der Kommandeur der Politischen Polizei in Bayern (seit 3. April 1933) Heinrich Himmler, Reichsführer der SS, wird zum Kommandeur der Politischen Polizei von Hamburg, Mecklenburg, Lübeck, Württemberg, Baden, Hessen, Anhalt, Thüringen. Bremen, Oldenburg, Sachsen und Braunschweig ernannt; 20. April 1934: Göring ernennt Himmler zum Leiter der Preußischen Politischen Polizei und des preußischen Geh. Staatspolizeiamtes; Zentralisierung der gesamten deutschen Politischen Polizei.
- ♦ November 1933: Organisation der Freizeit Kraft durch Freude; Umgestaltung der Arbeitsfront als Trägerin dieser Organisation.
- ♦ November 1933: Stiftung des SA-Sportabzeichens, am 15. Februar 1936 durch Hitler neugestiftet.
- ♦ Dezember 1933: Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat; NSDAP wird eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes (mit eigener Disziplinargerichtsbarkeit).
- ♦ Dezember 1933: Durch das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat (NSDAP eine Körperschaft öffentlichen Rechts) wird der Stabschef der SA Röhm als Minister ohne Geschäftsbereich Mitglied der Reichsregierung (am 3. Juli 1934 diese Vorschrift aufgehoben); Einführung der SA-Gerichtsbarkeit (bereits am 28. April 1933 vom Reichskabinett beschlossen).
- ♦ Dezember 1933: Eröffnung des Reichstages; Göring wieder Reichstagspräsident; der bisherige preußische Landtagspräsident Kerrl 1., der bisherige bayr. Landtagspräsident Esser 2. Reichstagsvizepräsident.
- ♦ Dezember 1933: Verkündung des deutschen Rechtsstandes unter Reichsjustizkommissar Dr. Frank.
- ♦ Dezember 1933: Neues preußisches Gemeindeverfassungsgesetz; Aufhebung sämtlicher Preußischen Provinziallandtage und Kommunalvertretungen. -- Vereinigung von Mecklenburg- Schwerin und -Strelitz (zum 1. Januar 1934 unter Ministerpräsident Engell, seit 26. Oktober 1934 unter Staatsminister Dr. Scharf).
- ♦ 21. Dezember 1933: Eingliederung des evangelischen Jugendwerkes in die Hitler-Jugend vollzogen.
 - ❖ 31. Dezember 1933: 4,06 (1932: 5,77) Mill. Arbeitlose in Deutschland.
- ♦ 20. Januar 1934: Schaffung neuen Arbeitsrechtes durch Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (u. a. soziale Ehrengerichtsbarkeit).
- ❖ 24. Januar 1934: Tagung der Führer der Hitler-Jugend als Vertreter der geeinten deutschen Jugend in Potsdam; Schirach weiht in der Potsdamer Garnisonkirche 342 neue Bannfahnen der HJ. -- Hitler beauftragt Rosenberg mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, der gleichgeschalteten Verbände und des Werkes Kraft durch Freude.
 - ♦ 24. Januar 1934: HJ-Bannfahnenweihe in Potsdam.
- ❖ 25. Januar 1934: Völlige Verschmelzung der SA-Reserve I (Kernstahlhelm), die künftig nur die braune Uniform trägt, mit der SA; Unterstellung der SA-Reserve I unter die Führer der einzelnen SA-Gruppen; Aufhebung der Dienststelle des Führers der SA-Reserve I.
- ♦ 26. Januar 1934: Als erste Frucht von Hitlers Friedenspolitik Unterzeichnung des auf 10 Jahre abgeschlossenen deutsch-polnischen Verständigungsabkommens durch Reichsaußenminister von Neurath und den polnischen Gesandten Josef Lipski.

- ❖ 30. Januar 1934: Anläßlich des Jahrestages von Hitlers Machtübernahme spricht dieser vor dem Reichstag über alle innen- und außenpolitischen Fragen. Einstimmige Annahme des verfassungsändernden Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches im Reichstag und Reichsrat; endgültige Beseitigung der Landtage, Übertragung der Länderhoheitsrechte auf das Reich, Unterstellung der Länderregierungen unter die Reichsregierung, Ermächtigung für die Reichsregierung zum Erlaß eines neuen Verfassungsrechtes. Auf Grund dieses Gesetzes am 5. Februar (mit Wirkung vom 7.) die deutsche Reichsangehörigkeit geschaffen und am 14. Februar Aufhebung des Reichsrates.
 - ♦ Januar: Errichtung der 4 SA-Inspektionen West, Südost, Mitte, Ost.
- ♦ Januar/März: Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Obersten SA-Führung Schaffung eines Politischen Amtes, eines Presseamtes (in Berlin unter SA-Gruppenführer Wilhelm Weiß) und eines SA-Ministeramtes (in Berlin unter SS-Gruppenführer Rolf Reiner) der Obersten SA-Führung.
- ♦ 25. Februar 1934: Hitlers Stellvertreter Heß vereidigt vom Königsplatz in München aus durch Rundfunk über eine Million Amtswalter der NSDAP sowie ihrer Neben- und Unterorganisationen und Führer der Hitler-Jugend auf Hitler.
- ♦ März 1934: Bildung der Deutschen Front im Saargebiet; 2. März: Eingliederung der saarländischen NSDAP in die Deutsche Front (Landesleiter Pirro) (am 20. März 1935 aufgelöst).
 - ♦ 21. März 1934: Eröffnung der Arbeitsschlacht durch Hitler.
- ♦ März 1934: Umgründung des Stahlhelms in den Nationalsozialististischen Deutschen Frontkämpferbund (NSDFB) mit dem Sitz in Magdeburg unter Bundesführer Seldte (aufgelöst am 7. November 1935).
 - ♦ April/May: Bildung drei neuer deutscher SA-Obergruppen (VIII-X).
- ❖ April 1934: Hitler ernennt Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Gottfried Feder auf Grund des Erlasses vom 29. März zum Reichskommissar für das Siedlungswesen (bis 4. Dezember 1934).
- ♦ 5. April 1934: Der Staatskommissar der Hauptstadt Berlin (Dr. Lippert; am 30. April durch Ministerpräsident Göring eingeführt) durch Gesetz dem preußischen Ministerpräsidenten unmittelbar unterstellt und sein Aufgabenbereich über das Gesetz vom 31. Mai 1933 hinaus wesentlich erweitert.
- ♦ 12. April 1934: Der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen als Abteilung IV in die Rechtsabteilung der Reichsleitung der NSDAP eingegliedert.
- ❖ April 1934: Nach der Auflösung des Reichsverbandes deutscher Arbeitsdienstvereine wird der Nationalsozialistische Arbeitsdienst (unter Reichsarbeitsführer Staatssekretär [seit 31. März 1933] Hierl) eine Organisation der NSDAP und weiter dann eine staatliche Organisation.
- ❖ April 1934: Errichtung der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums unter dem Reichsgeschäftsführer der NSDAP Philipp Bouhler.
- ❖ 24. April 1934: Ernennung Joachim von Ribbentrops zum Beauftragten für Abrüstungsfragen (Ende Mai 1935 zum außerordentlichen bevollmächtigten Botschafter ernannt). Gesetz über die Schaffung eines Volksgerichtshofes (in Berlin) zur Aburteilung der Hoch- und Landesverräter (am 14. Juli zusammengetreten; Verhandlungsbeginn am 1. August).
- ♦ Mai 1934: Nationalfeiertag des deutschen Volkes. Staatsakt auf dem Tempelhofer Feld in Berlin. Errichtung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter dem Preußischen Kultusminister Rust, den Hitler zugleich zum Reichskultusminister ernennt. 12. Dezember: Vereinigung des Reichs- und Preußischen Erziehungsministeriums. Rücktritt Görings als Preußischer Innenminister. Auf Görings Vorschlag ernennt Hitler den Reichsinnenminister Frick auch zum preußischen Innenminister. Inkrafttreten des Göring-Planes zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Berlin.

- ♦ Juni 1934: Die Saarabstimmung auf den 13. Januar 1935 festgesetzt (am 16. Juni Bildung des Saarabstimmungsausschusses).
- ♦ Juni 1934: Stiftung des HJ- und BDM- (im Oktober 1935 des Jungvolk-) Leistungsabzeichens durch Reichsjugendführer von Schirach.
- ♦ Juni 1934: Der Kampfbund für deutsche Kultur und der Reichsverband Deutsche Bühne (am 23. März 1933 unter Dr. Walter Stang gegründet) durch Alfred Rosenberg zur nationalsozialistischen Kulturgemeinde unter Stang vereinigt.
- ♦ 7. Juni 1934: Abkommen zwischen Reichserziehungsminister Rust und Reichsjugendführer von Schirach über den Staatsjugendtag für das Jungvolk (Einführung durch Erlaß vom 30. Juli).
- ♦ 14. Juni 1934: Note der Reichsregierung an die ausländischen Gläubigerstaaten (Dawesund Younganleihe) betr. des Transferproblems.
- ♦ 14./15. Juni 1934: Zusammentreffen Hitlers und Mussolinis zu einer außenpolitischen Aussprache in Venedig.
- ♦ Juni 1934: Reichsjustizminister Gürtner mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Preußischen Justizministers beauftragt. Der bisherige preußische Justizminister Kerrl zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt (seit 16. Juli 1935 Reichs- und Preußischer Minister für die kirchlichen Angelegenheiten).
 - ❖ Juni 1934: Hitler besichtigt den Arbeitsdienst in Westfalen.
- ♦ Juni 1934: Hitler verhütet durch überraschendes Eingreifen (Nachtflug Bonn-München) den Ausbruch der von Stabschef Röhm und einem kleinen Kreis höherer SA-Führer zusammen mit General von Schleicher unter dem Schlagwort der zweiten Revolution vorbereiteten Revolte, indem er in München und Wiessee unter persönlichem Einsatz die Verschwörer verhaftet und sie als des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr ihrer verdienten Strafe überliefert, während in seinem Auftrag der Preußische Ministerpräsident Göring die Säuberungsaktion in Berlin und ganz Norddeutschland durchführt. Röhm und eine Anzahl von SA-Führern und -Männern als Hochverräter erschossen. 1. Juli: Abschluß der ganzen Aktion. 2. Juli: Danktelegramme Hindenburgs an Hitler und Göring. 3. Juli: Die Reichsregierung Beschließt ein Gesetz, nach dem Hitlers Maßnahmen als Staatsnotwehr rechtens sind. 10. Juli: Der Reichspropagandaminister Dr. Göbbels wendet sich in einer über alle deutschen und viele ausländische Sender übertragenen Rundfunkansprache gegen die Hetzpropaganda im Ausland wegen der Niederschlagung der Röhm-Revolte. 13. Juli: Hitler erstattet vor dem Reichstag einen ebenfalls über alle deutschen und zahlreiche ausländische Sender verbreiteten Bericht über die mit der Röhm-Revolte zusammenhängenden Vorgänge.
- ♦ Juni: Nach Absetzung des bisherigen Stabschefs Röhm (am 1. Juli erschossen) und seiner Ausstoßung aus der NSDAP und SA ernennt Hitler den Führer der SA-Obergruppe VI Obergruppenführer Viktor I,utze zum Chef des Stabes und erläßt an ihn eine 12 Punkte umfassende Proklamation über die Neugestaltung der SA. Durchführung einer Reorganisation der SA: u. a. Auflösung der 10 SA-Obergruppen (höchste SA-Einheiten sind in Zukunft die 21 deutschen SA-Gruppen), der 4 Inspektionen, der Generalinspektion der SA, der Generalinspektion des SA-Sanitätswesens sowie des Ministeramtes, des Politischen Amtes und des Presseamtes der Obersten SA-Führung. Verselbständigung des Chefs des Ausbildungswesens (Obergruppenführer Wilhelm Krüger) [26. Januar 1935: Aufhebung der Dienststelle des Chefs des Ausbildungswesens]. Neubesetzung des Führerpostens der SA-Gruppen Schlesien, Ostmark, Pommern Berlin-Brandenburg, Mitte, Sachsen und Hochland sowie zahlreicher anderer SA-Führerstellen; 1. August: Ende des SA-Urlaubs.
 - ♦ Juli 1934: Göring zum Reichsforstmeister ernannt.
- ♦ Juli 1934: Staatssekretär Hierl an Stelle des Reichsarbeitsministers Seldte (seit 13. März 1933) zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst ernannt.
- ♦ Juli 1934: Hitlers Stellvertreter Heß richtet von Königsberg aus durch den Rundfunk Friedensappell an die Frontkämpfer aller Länder.

- ♦ Juli 1934: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund dem Stellvertreter des Führers unmittelbar unterstellt; am 30. Juli Außerdem in die Oberste Leitung der PO und in den Gaustab der Gaue der NSDAP eingegliedert (Albert Derichsweiler als Nachfolger Oskar Stäbels zum Führer des Studentenbundes ernannt), seit 14. November alleiniger Träger der studentischen Erziehung.
- ♦ Juli 1934: Hitler erhebt die SS zu einer selbständigen Organisation im Rahmen der NSDAP. Der Reichsführer der SS Himmler (bisher dem chef des Stabes unterstellt) unmittelbar dem Obersten SA-Führer unterstellt.
- ❖ 25. Juli 1934: Mißlungener Putschversuch in Wien und zahlreichen anderen österreichischen Orten; der bei der Besetzung des Bundeskanzleramtes in Wien schwer verwundete österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß erliegt seinen Verletzungen. Die deutsche Reichsregierung verfügt sofort eine am nächsten Tage bereits wieder aufgehobene völlige Sperrung der deutschen Grenze gegen Österreich und Verhaftung der Aufständischen im Falle der Grenzüberschreitung. Der deutsche Gesandte in Wien Dr. Rieth wegen unbefugter Intervention sofort durch die Reichsregierung abberufen.
- ❖ 26. Juli 1934: Wegen der Wiedergabe von nicht genügend kontrollierten Meldungen über die österreichischen Vorgänge durch den Münchener Sender der dafür verantwortliche österreichische Landesinspekteur der NSDAP Dr. Theo Habicht von seinem Posten enthoben und zur Disposition gestellt. Der bisherige Vizekanzler von Papen unter gleichzeitigem Ausscheiden aus dem Reichskabinett und unter Entbindung vom Amt des Saarkommissars für eine befristete Zeit in Sondermission auf den Posten des deutschen Gesandten in Wien berufen, um die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich wieder in normale Bahnen zu leiten. Am 10. August der pfälzische Gauleiter Josef Bürckel zum Saarbevollmächtigten des Reichskanzlers ernannt, am 11. Februar 1935 zum Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes bestellt.
- ❖ 27. Juli 1934: Reichsarbeitsminister Seldte mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit in den sozialpolitischen Angelegenheiten beauftragt.
- ♦ 30. Juli 1934: Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht vom Reichspräsident an Stelle des erkrankten Reichswirtschaftsministers Schmitt (am 30. Januar 1936 zurückgetreten) mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers und Preußischen Wirtschafts- und Arbeitsministers betraut.
- ❖ August 1934: Tod des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg (6. August: Trauerfeier im Reichstag; 7. August: Staatsbegräbnis im Tannenbergdenkmal). Hitler übernimmt als Führer und Reichskanzler auf Grund des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 1. August zugleich das Amt des Reichspräsidenten (unter Verzicht auf diesen Titel); Vereidigung der Beamten und Reichswehr auf Hitler.
- ♦ August 1934: Von Hitler am 2. August angeordnete Volksabstimmung über das Gesetz vom 1. August betr. Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers. Bei einer Wahlbeteiligung von 95,7 % werden 38,36 Mill. Ja-Stimmen (89,9 %) abgegeben.
- ♦ 26. August 1934: Hitler betont in seiner Rede auf dem Ehrenbreitenstein bei der Saar-Treuekundgebung Anläßlich der Saarabstimmung die Verständigungsbereitschaft des deutschen Volkes mit Frankreich.
- ❖ 28. August 1934: Motor-SA und Nationalsozialistisches KraftfahrKorps (NSKK; seit dem 26. Oktober 1933 eine SA-Gliederung) zum NSKK unter dem Chef des Kraftfahrwesens der SA Obergruppenführer Adolf Hühnlein (im Dezember 1934 zum Korpsführer ernannt) zusammengefaßt und bei gleichzeitiger völliger Trennung von der SA als selbständige Gliederung Hitler unmittelbar unterstellt.
- ♦ 4./10. September 1934: 6. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg. Appell von 52000 Mann des Arbeitsdienstes und 200000 Politischen Leitern (auf der Zeppelinwiese), 60000 Hitlerjungen (im Stadion), 97000 SA- und 11000 SS-Männern (im Luitpoldhain); Aufmarsch von Reichswehrformationen auf der Zeppelinwiese. Erstmalige Teilnahme des

Arbeitsdienstes und der Reichswehr an einem Parteitag der NSDAP. Große kulturpolitische und historische Rede Hitlers.

- ♦ September 1934: 6. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg. Appell von 60000 Hitlerjungen im Stadion. Ansprache Hitlers.
- September 1934: 6. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg; im Luitpoldhain verleiht Hitler der SA 126 Standarten und der SS 75 Standarten; 97000 SA- und 11000 SS-Männer marschieren als Abordnungen der deutschen SA und SS an Hitler auf dem Adolf-Hitler-Platz vorbei.
- ♦ 15. September 1934: Weihe von 28 HJ-Bannfahnen in München durch Reichsjugendführer von Schirach.
- ♦ 26. September 1934: Einweihung der SS-Reichsführerschule auf Schloß Wewelsburg b. Büren (Westfalen) durch den Reichsführer der SS Himmler.
- ♦ 30. September 1934: Erntedankfest (Tag des deutschen Bauern). Staatsakt auf dem Bückeberg bei Hameln.
 - ♦ Oktober 1934: Bund der Artamanen in die HJ engegliedert.
- ♦ Oktober 1934: Eröffnung des Winterhilfswerkes 1934/35 durch Hitler in der Krolloper in Berlin. Im Winter 1934/35 werden über 362 Millionen Reichsmark an Geld- und Sachspenden aufgebracht.
 - ♦ 15. Oktober 1934: Änderung der SS-Gliederung und -Dienstgradbezeichnungen.
 - ♦ 16. Oktober 1934: Vereidigung der Reichsminister durch Hitler.
- Oktober 1934: Vereinigung des Reichs- und preußischen Justizministeriums durch Erlaß vom 16. Oktober; 5. Dezember: Aufhebung der Justizministerien der Länder.
- ❖ 24. Oktober 1934: Hitlers endgültige Verordnung über die Deutsche Arbeitsfront (Zusammenschluß der Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, Angestelltenverbände und Unternehmervereinigungen mit dem Ziel der Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft; Trägerin der Organisation: Kraft durch Freude).
- ♦ 25. Oktober 1934: Aufnahme der 21 jährigen Angehörigen des BDM in die NSDAP verfügt, wenn sie dem BDM mindestens zwei Jahre angehört haben (aufgehoben am 14. Mai 1935).
- ❖ 27. Oktober 1934: Auflösung der Obergebiete (Gauverbände) und Oberbanne (Gaue). Die 24 (seit Rückgliederung des Saargebietes: 25) HJ-Gebiete und Obergaue des BDM sind künftig die höchsten Einheiten.
- ♦ Oktober/1. November 1934: Tagung der höchsten deutschen SA-Führer unter Lutzes Vorsitz in Berlin; Hitler gibt ihnen die Richtlinien für die künftige Gestaltung der SA bekannt.
- November 1934: Vereinigung des Reichs- und Preußischen Innenministeriums durch Erlaß vom 20. Oktober. Vereidigung der Reichsstatthalter durch Hitler.
- November 1934: Der Gauleiter und Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers Bürckel erläßt für die Zeit vom 10. Januar bis 10. Februar 1935 Anläßlich der Saarabstimmung (13. Januar) für die SA und SS ein Aufmarschverbot innerhalb einer 40-Kilometer-Zone längs der Grenze des Saargebietes und am 6. Dezember ein Einreiseverbot in das Saargebiet für reichsdeutsche SA- und SS-Männer (soweit nicht abstimmungsberechtigt).
- November 1934: Der Leipziger Oberbürgermeister Gördeler (vom 10. Dezember 1931 bis 16. Dezember 1932 Preiskommissar der Reichsregierung) von Hitler zum Reichskommissar für Preisüberwachung ernannt.
 - ♦ 7. November 1934: Verlegung der Reichsführung SS nach Berlin.
- November 1934: Anläßlich der Totengedenkfeier übernimmt der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß feierlich an der Feldherrnhalle in München die achtzehnjährigen Hitlerjungen und die einundzwanzigjährigen Mitglieder des Bundes Deutscher Mädel in die Partei
- ♦ November 1934: Vereidigung der neueingetretenen Angehörigen der Leibstandarte Adolf Hitler und anderer aktiver SS-Standarten Anläßlich der Totengedenkfeier an der

Feldherrnhalle in München auf Hitler. Übernahme der achtzehnjährigen Hitler-Jungen in die SA, SS oder das NSKK, soweit sie nicht Politische Leiter der NSDAP werden.

- ♦ 18. November 1934: Kreistags- und Gemeindewahlen in Danzig nach fast anderthalbjähriger nationalsozialistischer Regierung. Bei den Kreistagswahlen in den Kreisen Danziger Niederung und Danziger Werder erringt die NSDAP bei einer Wahlbeteiligung von 93,2 % bzw. 92% 11610 Stimmen (79,4 %) bzw. 18102 Stimmen (78 %) [Wahl vom 28. Mai 1933: 62 % bzw. 60,8 %, vom 7. April 1933: 81,6 % bzw. 80,4 %] gegen Christlich-Nationale [Deutschnationale und Zentrum], Sozialdemokraten und Kommunisten. Bei den gleichzeitig durchgeführten Gemeindewahlen erhält die NSDAP sogar 92 % bzw. 86 % der abgegebenen Stimmen.
- ♦ 28. November 1934: Der bisherige Danziger Senatsvizepräsident und Innensenator Arthur Karl Greiser (nat.-soz.) zum Senatspräsidenten (an Dr. Rauschnings Stelle) gewählt.
- ♦ 30. November 1934: Eingliederung der Turn- und Sportjugend in die HJ. Stärke der HJ etwa 6 Millionen Mitglieder.
 - ♦ 31. Dezember 1934: 2,60 (1933: 4,06) Mill. Arbeitslose in Deutschland.
- ♦ Januar 1935: Vereinigung des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.
- ♦ Januar 1935: Neujahrsbotschaft des Reichsjugendführers von Schirach (über alle deutschen Sender): Außenstehende Jugendliche können als Gäste in die Hitler-Jugend und das Deutsche Jungvolk aufgenommen werden.
- ♦ Januar 1935: Dr. Theodor Adrian von Renteln von Dr. Ley zum Stabsleiter der Deutschen Arbeitsfront ernannt.
- ♦ 13. Januar 1935: Die Saarabstimmung dank der mustergültigen Disziplin der Deutschen Front unter ungeheurer Wahlbeteiligung reibungslos durchgeführt. Gesamtergebnis (am 15. Januar verkündet): für Deutschland 90,76 % (477119 Stimmen), für Frankreich 0,40 %, für den Status quo 8,84 % der gültigen Stimmen abgegeben.
- ♦ 24. Januar 1935: Weihe von 597 Jungbannfahnen durch Stabsführer (seit 19. Mai 1934) Lauterbacher auf der Marienburg.
- ♦ 30. Januar 1935: Neues Reichsstatthaltergesetz unter Aufhebung des Gesetzes vom 7. April 1933, Saargesetze (u. a.: Saargebiet durch 8 Abgeordnete im Reichstag vertreten, der jetzt 669 Abgeordnete zählt) und Deutsche Gemeindeordnung verkündet.
- ♦ 24. Februar 1935: Hitlers Stellvertreter Heß vereidigt von München aus durch Rundfunk die Politischen Leiter der NSDAP und ihrer Gliederungen.
- ♦ März 1935: Feierliche Rückkehr des Saargebietes zum Deutschen Reich; der Reichsregierung unmittelbar unterstellt. Gauleiter Bürckel als Reichskommissar von Reichsinnenminister Frick eingeführt. Erster Besuch Hitlers im Saargebiet. Wiederbegründung der NSDAP im Saargebiet (Gau Pfalz-Saar).
- ♦ 9. März 1935: Offizielle Ankündigung der Wiedererrichtung einer deutschen Militärluftfahrt.
- ♦ 15. März 1935: Umgruppierung des NSKK durch Zusammen. legung der ehemaligen Kraftwagen-Abteilungen mit den Motor-Standarten.
- ♦ 16. März 1935: Die Reichsregierung beschließt Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die deutsche Heeresstärke auf 12 Korpskommandos mit 36 Divisionen festgesetzt.
- ♦ März 1935: Mit Hitlers Genehmigung die durch Gesetz vom 27. Februar 1934 geschaffene Organisation der gewerblichen Wirtschaft als korporatives Mitglied in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert (Leipziger Abkommen zwischen Ley, Schacht und Seldte). 22. Juli: Die Organisation des deutschen Verkehrsgewerbes dem Leipziger Abkommen beigetreten. 14. September: Auf dem Nürnberger Reichsparteitag der durch Anordnung von Dr. Ley (vom 19. Juni) gebildete Reichsarbeits- und -wirtschaftsrat (der in Ausführung des Leipziger Abkommens der Selbstverwaltung aller schaffenden Deutschen dienen soll) durch Hitler eingesetzt.

- ❖ 24./27. März 1935: Besuch des englischen Außenministers Sir John Simon und des Lordsiegelbewahrers Anthony Eden in Berlin bei Hitler.
- ♦ April 1935: Überführung der Justizverwaltungen der Länder in eine Reichsjustizverwaltung (unter dem Reichsjustizministerium). Eingliederung des SA-Feldjägerkorps in die Preußische Schutzpolizei. Neuaufstellung der SA im Saargebiet; am 13. Oktober vom Stabschef Lutze vereidigt.
- ❖ April 1935: Neuwahl des am 21. Februar mit den 41 Stimmen der nat.-soz. Fraktion gegen die Stimmen der übrigen Parteien aufgelösten. Danziger Volkstages: NSDAP erringt bei sehr starker Wahlbeteiligung (94 %) gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Zentrum. Deutschnationale und Polen 139043 Stimmen (58,7 %) und 42 (bisher [Wahl vom 28. Mai 1933] 39) von 72 Mandaten. Bei den gleichzeitigen Kreistagswahlen im Kreis Danziger Höhe erringt die NSDAP 15 von 21, bei den Zoppoter Gemeindevertretungswahlen 15 (bisher keines) von 28 Mandaten und damit überall die absolute Mehrheit.
- ♦ Mai 1935: Nationalfeiertag des deutschen Volkes. Staatsakt auf dem Tempelhofer Feld in Berlin.
- ♦ 14. Mai 1935: Die Mitgliederaufnahmesperre der NSDAP durch Verfügung von Reichsschatzmeister Schwarz auch auf die Aufnahme von Mitgliedern der Hitler-Jugend und des Bundes Deutscher Mädel in die Partei ausgedehnt.
- ♦ 21. Mai 1935: Rede Hitlers vor dem Reichstag über die deutsche Außenpolitik (Friedensrede der 13 Punkte), auf alle deutschen und zahlreiche ausländische Sender übertragen. Das Reichskabinett Beschließt (unter Aufhebung des Wehrgesetzes vom 23. März 1921) neues deutsches Wehrgesetz. Hitler Oberster Befehlshaber der gesamten deutschen Wehrmacht.
- ♦ 18. Juni 1935: Abschluß eines deutsch-englischen Flottenabkommens zwischen Joachim von Ribbentrop und dem englischen Außenminister Sir Samuel Hoare (die deutsche Flottenstärke auf 35 % der englischen festgesetzt); 8. Juli: Bekanntgabe des deutschen Flottenbauprogramms für das Jahr 1935.
- ♦ Juni 1935: Hitler verfügt für die SA einen Reichswettkampf; am 4. Juli auch auf das NSKK ausgedehnt.
- ❖ 26. Juni 1935: Einführung der Reichsarbeitsdienstpflicht (ab 1. Oktober 1933) durch das Reichsarbeitsdienstgesetz; gleichzeitig Luftschutzgesetz, Reichsnaturschutzgesetz usw. vom Reichskabinett beschlossen.
- ♦ 30. Juni 1935: Reichsführer der SS Himmler weiht im Braunschweiger Schloß die zweite SS-Reichsführerschule ein.
- ♦ 14./31. Juli 1935: Großes Deutschlandlager der HJ in Kuhlmühle (b. Wittstock) mit 1500 auslandsdeutschen Hitler-Jungen (aus 54 verschiedenen Staaten) mit anschließender Deutschlandfahrt, die auf dem Nürnberger Parteitag endet.
 - ♦ Juli 1935: Gründung des NS-Dozentenbundes als einer Gliederung der NSDAP.
- ❖ August 1935: Hitler verleiht der Stadt München die Ehrenbezeichnung: Hauptstadt der Bewegung.
- ♦ 10./16. September 1935: 7. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg (Parteitag der Freiheit. Appell von 54000 Arbeitsdienstmännern und 100000 Politischen Leitern (auf der Zeppelinwiese), von 50000 Hitlerjungen (im Stadion), von 86000 SA-, 18000 SS-, 10500 NSKK-Männern und 2000 Fliegern (im Luitpoldhain); Aufmarsch von Teilen der deutschen Wehrmacht unter Teilnahme der neugeschaffenen Waffen (Tanks, Flieger, motorisierte Einheiten) auf der Zeppelinwiese (mit Gefechtsübungen und anschließender Parade). Reden Hitlers über nat.-soz. Kulturpolitik (Stiftung des Preises der NSDAP für Kunst und Wissenschaft) und über Partei und Staat (Aufgaben der Partei in der Macht).
- ♦ 14. September 1935: 7. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg. Appell von 50000 Hitlerjungen im Stadion. Ansprache Hitlers.
- ♦ 15. September 1935: Auf der in das Kulturvereinshaus in Nürnberg einberufenen Reichstagssitzung spricht Hitler über die deutsche Außen- (Memelfrage) und Innenpolitik

(Judenfrage). Nach Aufhebung der bisherigen Reichstagsgeschäftsordnung einstimmige Annahme und Verkündung des Reichsflaggebgesetzes (Hakenkreuzflagge ist Reichs- und Nationalflagge), des Gesetzes über das Reichsbürgerrecht (Erfüllung von Punkt 4 des Parteiprogramms) und des Gesetzes zum Schutze des Deutschen Blutes und der deutschen Ehre (u. a. Mischehenverbot).

- ♦ 15. September 1935: 7. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg; im Luitpoldhain verleiht Hitler der SA 36 Standarten, der SS 40 Standarten und 30 Sturmbannfahnen sowie dem NSKK 28 Feldzeichen; 86000 SA-, 18000 SS- und 10500 NSKK-Männer marschieren als Abordnungen der deutschen SA, SS und des NSKK an Hitler auf dem Adolf-Hitler-Platz vorbei.
- ♦ Oktober 1935: Erntedankfest (Tag des deutschen Bauern). Staatsakt auf dem Bückeberg bei Hameln.
- ♦ Oktober 1935: Eröffnung des Winterhilfswerkes 1935/36 durch Adolf Hitler in der Krolloper in Berlin.

Die NSDAP.

Der Führer: Adolf Hitler.

Stellvertreter des Führers: Rudolf Heß. Reichsorganisationsleiter: Robert Ley.

Die Gaueinteilung der NSDAP.

(Stand vom 1. Oktober 1935.)

32 gaue:

- 1. Baden
- 2. Bayer. Ostmark
- 3. Groß-Berlin
- 4. Danzig
- 5. Düsseldorf
- 6. Essen
- 7. Halle-Merseburg
- 8. Hamburg
- 9. Hannover-Ost
- 10. Hannover-Süd
- 11. Hessen-Nassau
- 12. Koblenz-Trier
- 13. Köln-Aachen
- 14. Kurhessen
- 15. Kurmark
- 16. Magdeburg-Anhalt
- 17. Mainfranken
- 18. Mecklenburg-Lübeck
- 19. Mittelfranken
- 20. München-Oberbayern
- 21. Ostpreußen
- 22. Pfalz-Saar
- 23. Pommern
- 24. Sachsen
- 25. Schlesien
- 26. Schleswig-Holstein
- 27. Schwaben
- 28. Thüringen
- 29. Weser-Ems
- 30. Westfalen-Nord
- 31. Westfalen-Süd
- 32. Württemberg-Hohenzollern.

Politische Leiter:

- 1. Gauleiter
- 2. Kreisleiter
- 3. Ortsgruppenleiter
- 4. Sektionsleiter
- 5. Zellenleiter
- 6. Blockleiter.

Gliederungen der NSDAP.

- SA (Sturmabteilungen)
- SS (Schutzstaffeln)
- NSKK (Nat.-soz. Kraftfahrkorps)
- HJ (Hitler-Jugend)
- NS-Frauenschaft
- Nat.-soz. Deutscher Studentenbund (NSDStB)
- Nat.-soz. Dozentenbund

Der NSDAP angeschlossene Verbände.

- Nat.-soz. Deutscher Ärztebund
- Bund Nat.-soz. Deutscher Juristen (BNSDJ)
- Nat.-soz. Lehrerbund (NSLB)
- NS-Volkswohlfahrt (NSV)
- Deutsche Arbeitsfront (DAF)
- Nat.-soz. Kriegsopferversorgung (NSKOV)
- Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB)
- Nat.-soz. Bund Deutscher Techniker (NSBDT)

SA, SS und NSKK.

(Stand vom 1. Oktober 1935.)

SA

Oberster SA-Führer: Adolf Hitler. Chef des Stabes: Viktor Lutze.

22 SA-Gruppen:

- 1. Bayer
- 2. Ostmark
- 3. Berlin-Brandenburg
- 4. Franken

- 5. Hansa
- 6. Hessen
- 7. Hochland
- 8. Kurpfalz
- 9. Mitte
- 10. Niederrhein
- 11. Niedersachsen
- 12. Nordmark
- 13. Nordsee
- 14. Ostland
- 15. Ostmark
- 16. Pommern
- 17. Sachsen
- 18. Schlesien
- 19. Südwest
- 20. Thüringen
- 21. Westfalen
- 22. Westmark.

SS

(Hitler unmittelbar unterstellt; Reichsführer SS: Heinrich Himmler)

10 SS-Oberabschnitte: (in Abschnitte [mit römischen Ziffern] untergeteilt):

- 1. Ost
- 2. Südost
- 3. Süd
- 4. Südwest
- 5. Rhein
- 6. West
- 7. Nordwest
- 8. Nord
- 9. Nordost
- 10. Mitte.

NSKK

(Hitler unmittelbar unterstellt; Korpsführer: Adolf Hühnlein).

4 Kraftfahrinspektionen:

- 1. Süd
- 2. Ost
- 3. West und Nord (untergeteilt in: 1 Motorgruppe: Hessen [mit den 2 Motorbrigaden: Darmstadt und Kurhessen] und 19 Motorbrigaden: Bayer, Ostmark, Berlin, Franken, Hansa, Hochland, Kurpfalz, Leipzig, Mitte, Niederrhein, Niedersachsen, Nordmark, Nordsee, Ostmark, Pommern, Sachsen, Südwest, Thüringen, Westfalen, Westmark) und
- 4. 2 selbständige Motorgruppen: Ostland und Schlesien.

Dienststellen

der SA:	der SS:	des NSKK:		
	Kraftfahrinspektion			
Gruppe	Oberabschnitt Motorgruppe, bzw. selb Motorgruppe			
Brigade	Abschnitt	Motorbrigade		
Standarte	Standarte	Motorstandarte		
Sturmbann	Sturmbann	Motorstaffel		
Sturm	Sturm	Motorsturm		
Trupp	Zug	Motortrupp		
Schar	Gruppe	Motorschar		
	Trupp			
	Rotte			

Dienstgrade

der SA:	der SS:	des NSKK:		
Chef des Stabes	Reichsführer SS	Korpsführer		
SA-Obergruppenführer	SS-Obergruppenführer	NSKK-Obergruppenführer		
SA-Gruppenführer	SS-Gruppenführer	NSKK-Gruppenführer		
SA-Brigadeführer	SS-Brigadeführer	NSKK-Brigadeführer		
SA-Oberführer	SS-Oberführer	NSKK-Oberführer		
SA-Standartenführer	SS-Standartenführer	NSKK-Standartenführer		
SA-Obersturmbannführer	SS-Obersturmbannführer	NSKK-Oberstaffelführer		
SA-Sturmbannführer	SS-Sturmbannführer	NSKK-Staffelführer		
SA-Sturmhauptführer	SS-Hauptsturmführer	NSKK-Sturmhauptführer		
SA-Obersturmführer	SS-Obersturmführer	NSKK-Obersturmführer		
SA-Sturmführer	SS-Untersturmführer	NSKK-Sturmführer		

SA-Obertruppführer	SS-Haupt-(Stabs-)scharführer NSKK-Obertruppführer			
SA-Truppführer	SS-Oberscharführer	NSKK-Truppführer		
SA-Oberscharführer	SS-Scharführer	NSKK-Oberscharführer		
SA-Scharführer	SS-Unterscharführer	NSKK-Scharführer		
SA-Rottenführer	SS-Rottenführer	NSKK-Rottenführer		
SA-Sturmmann	SS-Sturmmann	NSKK-Sturmmann		
SA-Mann	SS-Mann	NSKK-Mann		
SA-Anwärter	SS-Anwärter	NSKK-Anwärter		

HJ.

(Stand vom 1. Oktober 1935.)

Hitler-Jugend (Reichsjugendführer: Baldur von Schirach).

Hitler-Jugend (HJ) und Deutsches Jungvolk (DJ) in der Hitler-Jugend (Bund Deutscher Mädel [BDM] in der Hitler-Jugend und Jungmädel [JM] in der Hitler-Jugend):

25 Gebiete (Obergaue): Ostland (1), Kurmark (2), Berlin (3), Schlesien (4), Pommern (5), Nordmark (6), Nordsee (7), Niedersachsen (8), Westfalen (9), Ruhr-Niederrhein (10), Mittelrhein (11), Westmark (12), Hessen-Nassau (13), Kurhessen (14), Mittelland (15), Sachsen (16), Thüringen (17), Franken (18), Hochland (19), Württemberg (20), Baden (21), Bayer, Ostmark (22), Mittelelbe (23), Mecklenburg (24), Pfalz-Saar (25).

Dienststellen (und Dienstgrade)

der Hitler-Jugend:	des Deutschen Jungvolks:	des Bundes Deutscher Mädel (Jungmädel):				
(Obergebietsführer)	(Obergebietsjungvolkführer)	(Gauverbandsführerin)				
Gebiet(sführer)	Gebiet(sjungvolkführer) Obergau(führerin)					
(Oberbannführer)	(Oberjungbannführer)	(Gauführerin)				
Bann(führer)	Jungbann(führer)	(Jungmädel-)Untergau(führerin)				
Unterbann(führer)	Stamm(führer)	(Jung-)Mädelring(führerin)				
Gefolgschaft(sführer)	Fähnlein(führer)	(Jung-)Mädelgruppe(nführerin)				

Schar(führer)	Jungzug(führer)	(Jung-)Mädelschar(führerin)		
Kameradschaft(sführer)	Jungenschaft(sführer)	(Hordenführer)		
(Rottenführer)	(Jung-)Mädelschaft(sführerin)			

Jahr der Parlamentsneuwahl und Zahl der nationalsozialistischen Mandate im Verhältnis zur Gesamtzahl der Abgeordneten (1924/33):

Parlamente	1924 ¹)	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933 ²)
Reichstag	32(10):472 14(4+3):493				12:491		107:577		230:608 196:584	288:566(647)
Anhalt	2:36 1(1):36				1:36				15:36	14:26
Baden		0:72				6:88				30:57
Bayern	23(6):129				9:129				43:128	48:104
Braunschweig	1(0):48			1:48			9:40			19:33
Bremen	4(0):120			0:120			32:120			31:80
Hamburg	4(1):160			2:160	3:160			43:160	51:160	50:104
Hessen	1(0):70			0:70				27:70	32:70	25:45
Lippe		0:21				0:21				9:21 11:18
Lübeck	6(0):80		0:80			6:80			27:80	22:46
Mecklenburg- Schwerin	13(0):64		0:50	0:50		2:51			30:59	24:44
Mecklenburg- Strelitz				0:35	0:35				9:35	9:14
Oldenburg		0:40			3:48			19:48	24:46	20:37
Preußen	11(1):450				6:450				162:422	211:411(474)
Sachsen			2:96			5:96	14:96			38:70
Schaumburg- Lippe		0:15			0:15			4:15		6:12
Thüringen	7(3):72			2:56		6:53			26:60	30:50
Württemberg	3(3):80				0:80				23:80	26:54

1.) Da im Jahre 1924 die NSDAP noch verboten war, wurden damals die verschiedenen Wahlen zusammen mit den Deutschvölkischen durchgeführt (Einheitslisten). Die erste Ziffer bezeichnet die Stärke der gemeinsamen Fraktion (Nationalsozialisten und Deutschvölkische), während die eingeklammerte Ziffer nur die Zahl der bei den Wahlen auf Nationalsozialisten gefallenen Mandate angibt; in dem am 7. Dezember 1924 gewählten Reichstag traten zu den ursprünglichen 4 nationalsozialistischen Abgeordneten Anfang 1927 noch 3 weitere von der Deutschvölkischen Freiheitspartei über.

^{2.)} Alle deutschen Landtage sind mit Ausnahme des Preußischen Landtages, der zugleich mit dem Reichstag am 5. März 1933 neu gewahlt wurde, auf Grund des 1. Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933 (unter Ausschaltung der Kommunisten) neu gebildet. Die obere Zahl bei dem Lippischen Landtag stellt das Ergebnis der Landtagswahl vom 15. Januar 1933 dar. Die eingeklammerte Zahl bei der Stärke des Reichstages und des Preußischen Landtages bedeutet die Gesamtzahl der am 5. März gewahlten Abgeordneten unter Einschluß der bei dem Parlamentszusammentritt nicht zugelassenen Kommunisten, während für die auf Grund des Gleichschaltungsgesetzes gebildeten außerpreußischen Landtage keine kommunistischen Mandate zugeteilt wurden. Am 14. Oktober 1933 sind alle deutschen Landtage aufgelöst, am 30. Januar 1934 durch Reichsgesetz für immer beseitigt.